

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

formie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 4.

Unser Nachwuchs.

Die sich um das Osterfest gruppierenden Wochen sind nicht nur die Zeit der Wiebergeburt der uns umgebenden Natur, sondern auch die Zeit, in der die Schicksale geboren werden. Wenn an Baum und Strauch die bräunlichen Knospen schwellen, wenn sich zartgrüne Keimspitzen aus dem warm umfängenden Erdenhoh an das Licht emporwagen, wo bald Sonnenschein sie umschmelzen, bald Sturm und Regen sie peltsen wird, dann lösen sich auch stets viele junge Menschenkinder aus ihrer bisherigen Umgebung, die sie schützend umfing, um ins Leben zu treten, das bisher ein großes Geheimnis für sie war. Aber es wird sich ihnen bald offenbaren als ein Durch-einander von erbarmungslosen, feindlichen Mächten, denen zu widerstehen, die zu bewältigen gar zu oft über ihre kleinen, ungetriebenen Kräfte geht. Mit neugierigen, lachenden Kinderfragen kommen sie heran, frohlockend, nun endlich dem je länger je kälteren Schulzwange entronnen zu sein, und glauben, ein Leben voller eitel Freude und Freiheit warte ihrer. So kommen sie zur Arbeit, in die Werkstätten, auf die Bauplätze.

Aber Lehrjahre sind keine Herrenjahre und werden niemals werden. Wer lernt, muß sich unterordnen, muß Rat annehmen und für den Rat danken durch Aufmerksamkeit und Fleiß. Doch wenn nun auch Lehrjahre keine Herrenjahre sind und niemals werden können, so brauchen sie deswegen keineswegs Leidensjahre zu sein. Zwar bleiben keinem Lernenden Leiden, mancherlei Art erpart, und besonders die Lehrlinge des Maurergewerks müssen sich mit Geduld und Ausdauer wappnen; aber die Leiden, die noch der barbarischen Anschauung des alten, glückselig überwindenen Zustimmens ein unerlässlicher Teil der Handwerkslehre waren, die können und müssen dem heutigen Nachwuchs erspart bleiben. Nämlich jene brutalen Mißhandlungen der Lehrlinge durch Gesellen und Lehrmeister, ohne die man sich früher keine richtige gültige Lehre, keine wahre handwerksmäßige Ausbildung denken konnte. Leider kann man nicht sagen, daß diese Mißhandlungen schon völlig überwunden wären, sie sitzen teilweise noch sehr tief und fest in den Anschauungen rückwärtiger Kollegen. Aber nichtsdestoweniger ist es eine Ehrenpflicht der Arbeiterbewegung, für eine menschlichere Behandlung, für eine andere, höhere Wertung des Handwerksnachwuchses einzutreten, und nicht bloß platonisch einzutreten, sondern auch tatkräftig zu wirken durch Wort und Beispiel.

Diese Pflicht erwacht uns aus den unwandelbaren Ideen der modernen Arbeiterbewegung, deren erste die Solidarität aller für Lohn Arbeitenden ist. Die Pflicht der Solidarität erhält noch dadurch eine besondere Weihe, daß sie dem hohen Zwecke der Befreiung des gesamten Proletariats von dem Joche unwürdiger Abhängigkeit und grausamer Not dient. Der Jungezeit war der Begriff einer solchen Solidarität fremd. Sie konnte nur den ebenso engherzigen wie brutalen Kastengeist, der Solidarität nur für die Angehörigen des gleichen Gewerks forderte, er war der Niederlag der Sonderinteressen, die jedes Gewerk gegen das andere und gegen die Konsumenten zu vertreten und zu verteidigen hatte, der Niederlag der Privilegienwirtschaft, die das ganze Erwerbsleben beherrschte. Auf dem Boden einer solchen Anschauung konnte keine ideale Solidarität und keine mitfühlende Humanität erwachsen, wohl aber leistete sie der Habsucht und Rücksichtslosigkeit Vorschub. Erst das Aufkommen des Klassenbewusstseins schuf diesen Boden. Die Erkenntnis von den gleichen Interessen aller Arbeiter wandelte die Sinne und erzeugte das Brüderlichkeitsgefühl; jeder Arbeiter mußte ein Mitkämpfer werden; jeder war nötig, wenn die Interessen wirksam vertreten werden sollten.

Und das gilt auch für die Lehrlinge. Denn dieser Nachwuchs gehört in wenigen Jahren zu uns; nach be-

endeter Lehrzeit verlangen wir von ihm, daß er in unsere Reihen tritt und mit uns für die gemeinsame Sache kämpft. Darum sind wir verpflichtet, uns der Lehrlinge anzunehmen, ihnen von ihrem Eintritt ins Handwerk an durch die Tat den Gedanken der Solidarität einzupflanzen. Diese Pflicht, die sowohl durch die Gebote der Moral, wie durch das Interesse der Organisation begründet ist, sollte jeder Kollege ernst nehmen. Sie ist jedoch nicht dadurch erschöpft, daß wir den Lehrling vor unbilliger und schmähtlicher Behandlung schützen, sondern sie schließt auch die Sorge für seine allgemein-menschliche, für seine geistige wie für seine handwerkliche Erziehung und Ausbildung in sich.

Man wirke verebend auf den Charakter des Lehrlings, indem man ihn zu redlichem Tun, zur Wahrheit und Gerechtigkeit anhalte. Der Lehrling steht in jenem Alter, wo alles noch bildsam an ihm ist; die Eindrücke der Lehrjahre, die dort erhaltenen Lehren und Ratsschläge wirken bei ihm, wenn auch oft unbewußt, das ganze Leben. Darum mühe man diese Zeit, um gute Menschen zu erziehen, Menschen, die lebendige Zeugen der hohen, sittlichen Prinzipien der Arbeiterbewegung sind. Aber wie sich der Charakter in dieser Zeit bildet, so auch der Körper. Und darum sei es unsere Pflicht, die jungen Burschen davor zu bewahren, den Fonds ihrer Lebenskraft frühzeitig durch Leichtsin und Laster zu vermindern. Vor allem möchten wir, daß man sie auf die schweren schädlichen Folgen des Alkoholgenußes hinweist, lebendige Demonstrationsobjekte finden sich ja leider genug. Mögen sie ihre freie Zeit, die ihnen die Vorbereitung für den Beruf läßt, zu freiem Spiel in freier Luft, das die Glieder geschmeidig macht, oder zu Wanderungen in die Wälder und Felder benutzen, das erfrischt und stärkt den Körper und macht die Augen sehend für Dinge, die schöner sind als die lärmvollen Straßen und die veräucherten Wirtschaftslokale.

Für die geistige Bildung läßt sich im Rahmen unseres Arbeitsverhältnisses ebenfalls mehr tun, als man vielleicht glaubt. Wer aber selbst nicht daran helfen kann, der halte die Lehrlinge wenigstens dazu an, daß sie sich Wissen zu erwerben suchen. Der altväterlichen Auffassung, daß ein Arbeiter ja nicht so viel zu wissen brauche, wollen wir mit allem Nachdruck entgegenreten. Nicht allein wirtschaftliche und politische Kraft, sondern auch die geistigen Potenzen gehören zu den Vorbedingungen des Sieges unserer Sache. Und um sie zu erwerben, dazu sind unsere Bibliotheken da. Selbstverständlich haben wir auch ein wohlgegründetes Interesse daran, daß die Lehrlinge eine gründliche fachliche Ausbildung erhalten. Der Nichtstümer ist auch stets ein schlechter Kämpfer, er ist ohne weiteres geneigt, sich zu bücken und sich manches gefallen zu lassen, was er zurückweisen könnte, wenn er mehr „an den Fingern“ hätte. Gerade darin können die Kollegen sehr viel tun. Da können sie mit Rat und Unweisung helfen. Besonders müssen die Lehrlinge zur vollen Arbeitsausführung angehalten werden. Es ist ja eine alte Redensart: „Erst gut; das viele kommt von selbst, nämlich durch die Übung. Wer sich das Pfuschen schon in der Lehre angewöhnt, der bleibt wohl auch sein Leben lang dabei. So können die Kollegen den Lehrlingen bei der praktischen Arbeit unschätzbare Hilfe erweisen. Weniger wird es ihnen möglich sein, die theoretische Ausbildung zu fördern. Aber das können und wollen wir, nämlich die Lehrlinge anhalten, den etwaidigen Unterricht in den Fortbildungsschulen ja gut auszunutzen. Sie können die dort erworbenen tieferen Kenntnisse stets verwerten. Es ist eine Schmach für unser Gewerbe, daß es viele Maurer gibt, deren Handwerksfähigkeiten nicht über das mechanische Steinverpacken hinausgehen. Gewiß, sie sind sicher nur zum kleinsten Teile schuld daran, ihre Lehrmeister und später die schändliche Arbeitsweise tragen die Verantwortung dafür; aber wir wollen dafür streben, daß das anders wird. Der Maurer soll nicht nur Stein an Stein fügen können, sondern er soll auch ein Urteil haben in der Bauanlage

und Konstruktion, er soll auch die Eigenschaften des Materials kennen.

Wertwüchigerweise wird von namhaften Unternehmern ein entgegengesetzter Standpunkt vertreten. So von dem Baumeister Geuer in Berlin, der in den berichtigten Gutachten über die Bestrebungen klagte, den Handwerksnachwuchs mehr in die Bautechnik einzuführen. Herr Geuer hält nur die praktische Ausbildung für notwendig. Der Standpunkt ist nur verständlich, wenn man im Maurer nichts weiter als ein Ausbeutungsobjekt sieht, aber selbst dann scheint er uns noch reichlich falsch zu sein. Wir sehen in jedem Maurer ein Glied des ganzen Handwerks, und darum soll er möglichst viel vom Handwerk kennen. Der Maurer soll nicht bloß Stehverpacker sein, er soll von seiner Arbeit auch einen Genuß haben, das Bauwerk als Ganzes soll er beurteilen können. Sein Interesse und sein Verständnis sollen weiter gehen als bis zur Kofuge; denn ohne das keine rechte Freude am Beruf und an der Berufarbeit.

Auch darin können wir im Rahmen unserer Organisation helfen, wenn man nämlich den Anregungen folgt, die unser Kölner Verbandstag in der Lehrlingsfrage gegeben hat. Den Weg dazu hat unfers Erachtens sehr gut gezeigt die Lehrlingskommission unfers Hamburger Zweigvereins, die sich hierdurch vielleicht veranlaßt sehen wird, über ihr Wirken einmal der Kollegenschaft zu berichten. Wir halten, wie gesagt, ihre Arbeitsweise für gut und nutzbringend, sowohl für unfers Nachwuchs wie für die Organisation. Es wird jedoch nicht in allen Zweigvereinen möglich sein, in gleicher Weise zu arbeiten, weil Mittel und Kräfte dazu gehören, über die nicht alle unfere Vereine verfügen. Aber auch ohne eine solche feste organisatorische Grundlage läßt sich viel für die Lehrlinge tun. Mögen nicht nur die Vorstände, sondern alle Kollegen diese Darlegungen beachten und bemüht sein, danach zu handeln. Mögen sie die hier kurz entwickelten Gedanken in die lebendige Tat umsetzen; es ist eine Arbeit, die wir den kommenden Geschlechtern schuldig sind.

Die Wahrheit.

Der größte Segen der Wahrheit offenbart sich dem, der sie übt. Sei wahr! Habe den Mut zur Wahrheit, und du wirst den Segen fühlen. Er ist ein Gaubertant, der Kraft und Stärke gibt. Gewiß nicht die Stärke der Faust, aber die Stärke der Seele; die Kraft des ruhigen Blickes, der nicht um die andern herumflattert, sondern sie fest betrachtet und ihnen ausruft: Ich fürchte mich nicht, ich habe nichts zu verbergen! Das Bewußtsein der Wahrheit durchströmt unfers ganzes Sein wie eine reinigende Flut, die alles Schlechte und Schwache, alles Halbe und Furchtame aus uns hinaus treibt. Willst du ein Mann werden, ein guter und starker Mann, der sich selbst achtet, so sei wahr. Ja, sei es; denn du mußt bedenken, daß uns erst die Selbstachtung die höchsten Energien zur Selbstverteidigung finden läßt. Willst du deinen Charakter verderben, willst du schwach und furchtbar werden, willst du in deinem verborgenen Innern stets das germalende Bewußtsein der eignen Unwürde mit dir herumtragen, so lüge; du wirst dich wundern, welche Fortschritte du machst.

Zur Verschmelzungsfrage.

In der Nr. 13 des „Bau-Hilfsarbeiter“ hat sich der Verbandsvorsitzende Gustav Behrendt zur Verschmelzung geäußert und zu einigen in die Diskussion geworfenen Fragen präzis Stellung genommen. Behrendt ist ein warmer Befürworter der Verschmelzung, welcher Standpunkt ja auch durch die Beschlüsse verschiedener Verbandstage seiner Berufsgenossen gegeben ist. Der Durchführungsmöglichkeit der Arbeitslosenunterstützung für Maurer und Hilfsarbeiter steht B. genau so skeptisch gegenüber wie unser Verbandsvorstand; jedenfalls ist es ihm äußerst unsympathisch, die Verschmelzung von der Durchführung der Arbeitslosenunterstützung abhängig zu machen, wie er es auch nicht für möglich hält, daß für die Bau-

hilfsarbeiter als Reichsaktion die Unterstützung durchgeführt werden könne, ohne daß die Gesamtorganisation die gleiche Einrichtung habe. Behrendt kommt zu dem allein richtigen Schluß: „Sind wir ernstlich gewillt, die Verschmelzung mit dem Maurerverband zu betreiben, so wollen wir ruhig die Frage (die Arbeitslosenunterstützung) zu den Akten legen, bis sie später von der Gesamtorganisation entschieden werden kann.“

Den Nutzen der Verschmelzung sieht Behrendt mit Recht in der stärkeren Stütze, die die Bauhilfsarbeiter von dem Maurerverband zu erwarten haben: „Mehr geistige Kraft, mehr physische Kraft, mehr finanzielle Kraft. Die geistige Kraft, verbunden mit der physischen, soll auch für die Hilfsarbeiter in der Agitation nutzbar gemacht werden. Die finanzielle Kraft wird bei Lohnbewegungen sowie bei Unterstützungen eine Rückendeckung für die Bauhilfsarbeiter sein. Wenn gesagt wird, die Maurer hätten in dieser Hinsicht nichts hiervon, so weiß ich darauf hin, daß sich allein schon auf Grund des Kartellvertrages vieles gegen früher gebessert hat.“ Behrendt sieht einige Nachteile von Zweigvereinen seines Verbandes und wohl nicht minder einige Nachteile im „Bauhilfsarbeiter“ als Maßnahmen an, die geeignet sind, der Verschmelzung Steine in den Weg zu legen und den von den Verbandstagen gewünschten Schritt unmöglich zu machen; er ruft seinen Kollegen zu: „Wenn wir die Verschmelzung nicht wollen, so sagen wir es frei heraus: Wir wollen bleiben; was wir sind!“

Dieser offene und mannhafte Standpunkt hat nun unsern Spezialfreunde Roche nochmals die Feder in die Hand gedrückt. Nach einigen Luftstößen, die gegen unsern Verband und uns gerichtet waren, ihr Ziel aber völlig verfehlt, macht er gegenüber Behrendt folgende häßliche Bemerkung: „Was wüßtest Du davon sagen, wenn ich so boshaft wäre, darauf zu antworten.“ „Wenn wir mit den Maurern darin einverstanden sind, daß die Verschmelzung bedingungslos nach einem geheim abgetarnten Plan zwischen wenigen einflussreichen Personen zustande kommen soll, dann sagen wir es frei heraus: Die Verschmelzung ist uns Selbstmord.“

Roche will nicht die Behauptung aufstellen, daß die Verschmelzung von wenigen Personen nach einem geheim abgetarnten Plan betrieben wird. Roche ist klug genug, zu wissen, daß er „mit beiden Öhren ans Scheitern genagelt“ würde, wenn er eine so blödsinnige Behauptung aufstellte. Aber ihm scheint doch das richtige Tatgefühl zu fehlen und vielleicht auch die richtige Erkenntnis über die Tragweite vielbeutiger Hypothesen. Roche will nach seinen eignen Worten nicht so boshaft sein, eine Behauptung aufzustellen, aber er wirft seinen Kollegen einen Brocken hin, den sie sich denken können: Behrendt und Genossen betreiben die Verschmelzung aus persönlichem Interesse — zum Schaden des Bauhilfsarbeiterverbandes.

Wir haben den Genossen Behrendt nicht gegen diese Insinuation in Schutz zu nehmen; um den ekelhaften Anwurf zurückzuweisen, ist er selbst Mannes genug. Da aber in der Rocheschen Hypothese der gleiche Verdacht gegen unsern Verbandsvorstand erweckt werden muß, können wir nicht umhin, gegen diese Art Polemik Stellung zu nehmen.

Zwischen uns und den Vorständen beider Organisationen eine Vorlage vereinbart, die dem in der nächsten Woche stattfindenden Verbandstage der Bauhilfsarbeiter als Grundlage der Verschmelzungsdebatten dienen wird. Danach führt der neue Verband den Namen: „Deutscher Bauarbeiterverband“ oder „Zentralverband der Bauarbeiter Deutschlands“. Zugelassen zum Verband sind alle im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter, mit Ausnahme der Angehörigen solcher Berufe, für welche eine der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossene besondere Organisation besteht.

Die Vorstände der Zweigvereine sollen, soweit es möglich ist, aus Angehörigen der gelehrten und nichtgelehrten Arbeiter zusammengesetzt sein. Sind Abteilungen gebildet, dann ist der Zweigvereinsvorstand durch Vertreter dieser Abteilungen zu ergänzen. Die Verwaltung der Kasse, die Einziehung der Beiträge und die Verbreitung des Verbandsorgans soll in jedem Zweigverein einheitlich sein. Paritätisch (etwa der Kopfzahl der Mitglieder entsprechend) sollen auch alle übrigen Anstalten des Verbandes zusammengesetzt sein. Die Erwerbslosenunterstützung bleibt bei der Verschmelzung zunächst außer Betracht. Die übrigen Unterstützungen sollen nach den jeweiligen beiderseitigen Statuten geregelt werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Schwächezustände an den Börsen. — Das Allgemeinbild in Amerika, England und Deutschland. — Rezession und Auswanderung.

Wir sind noch lange nicht über den Berg, oder richtiger: über die letzten Tiefen der Krisis. In jedem Lande eine erfreuliche Ausnahme bilden, so läßt man sich leicht zu einem hoffnungs-

reicheren Allgemeinurteil verleiten. Aber jeder ungünstige Zwischenfall übt so weit sich erstreckende, verhängnisvolle Wirkungen aus, daß damit am allerbesten die fortwährende Schwäche der durchschnittlichen Wirtschaftszustände erwiesen ist.

Gleich nach dem Märzanfang bildeten wiederum die Balkanwirren die Ursache empfindlicher Erschütterungen an allen Börsen. Die dritte Märzwoche, die jeden Tag den trügerischen Zusammenstoß zwischen Oesterreich-Ländern und Serbien zu bringen drohte, brühte naturgemäß die Kurse am meisten herunter; meist war alsdann der 18. März der Wendepunkt, weil sich gleich darauf wieder feindselige Ausichten zu eröffnen schienen. Aber vom 13. bis 18. März sanken beispielsweise: Bodener Guthaft von 216,75 auf 210,00, Gelsenkirchener Bergwerk von 184,25 auf 177,75, Böhm. von 165,00 auf 159,10, Diskontogesellschaft von 186,00 auf 182,25, Deutsche Bank von 244,90 auf 242,00, Dresdner Bank von 149,50 auf 146,90, Oesterreichische Kreditaktien von 197,40 auf 194,75, Russenbankaktien von 139,50 auf 135,50. Selbstverständlich blieben die Anleihenwerte der nachfolgenden und schließlich aller interessierten Staaten nicht unberührt. Die 1902er vierprozentigen Anleihen gingen in Berlin von 83,75 auf 82,90 herunter, die vierprozentigen Raten von 84,20 auf 83,80. Und selbst unsere einheimischen Staatspapiere hielten nicht stand, obwohl sie erst in den letzten Monaten sich ziemlich färrnerlich und langsam genug verbessert hatten. So glitt die 3prozentige Reichsanleihe zwischen dem 13. und 18. März immerhin von 96,20 wieder auf 85,60 herab.

Da jeder Krieg vor allem den Geldmarkt stark anspannen und die gelagerten Renten zu größter Verwirrung zwingen würde, so fühlten besonders diejenigen Unternehmungskreise den Rückschlag, die wie das Baugeschäft, am meisten in ihrer Zukunft auf „flüssiges, fremdes Geld“ angewiesen sind. So ging von den Berliner Bau- und Terrängereigenschaften zwischen dem 13. und 18. März (in Klammern fügen wir den mehrfachen bereits wieder günstigeren 20. März bei): herunter: Berlin-Nordost von 204,50 auf 206,00 (208,00), Berliner Terrain- und Baugesellschaft von 138,00 auf 129,25 (131,50), Wohnungsgesellschaft Hochhaus Schönhauser Allee von 107,10 auf 100,60 (104,50), Frankfurter Schaussee von 137 auf 130 (134), Nordpark-Terrain von 808,50 auf 2075 (3040), Schöneberg-Friedenau Terrain von 199,25 auf 185,10 (190,50), Schönhauser Allee von 570 auf 550 (558), Weissenhofer Bauverein von 1365 auf 1312 (1330). Das mag, wie schon die bisherige Erholung zeigt, mit den politischen Wetterausflüssen tauch wechseln; aber es offenbart, wie wenig geistigt die Anstöße zur Besserung vorläufig noch sind.

Ferner wird durch eine Reihe der jüngsten Erfahrungen bewiesen, daß diese veraltete Unsicherheit und Depression international für alle kapitalistisch hochentwickelten Länder gilt.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat die Freigabe der Eisen- und Stahlfabrik durch die maßgebenden, früher verbundenen Unternehmungen zwar die Preise tief nach unten fallen lassen, aber sie hat die Kaufkraft der Abnehmer trotzdem nicht anzufachen vermocht. Die Abnehmer, soweit sie überhaupt ihrerseits mit einem besseren Zukunftsbedürfnis rechnen können, warten weiter ab, weil nach ihrer Meinung die Preise noch weiter sinken müssen und weil ihnen nach dieser Richtung vielleicht außerdem noch Zollermäßigungen zu Gille kommen können. „In Eisen- und Stahlfabrik“, urteilt ein sachmännischer Berichtsersteller, „ist die Ansicht vorherrschend, daß die Industrie für die nächsten sechs Monate in demoralisiertem Zustand bleiben wird.“ Von der angelängigten Lohnverfärfung für die Zeit nach dem 1. Mai — bis dahin laufen noch die alten Lohberechnungen — werden etwa 340 000 Arbeiter des Stahls und im ganzen wohl gegen 600 000 Arbeiter der Eisengewerbe betroffen.

In England ist das Bild ein ganz ähnliches, obwohl die Arbeitslosenstatistik des Labour Department eine leise wirtschaftliche Besserung in den allerletzten Monaten zu ergeben scheint, allerdings noch immer unter starkem Zurückbleiben gegen das bereits abnorm schlechte Vorjahr (Ende Februar 8,4 pSt. Arbeitslose bei 416 Trade Unions mit 696 688 Mitgliedern, Ende Januar 1909 8,7 pSt., jedoch Ende Februar 1908 immerhin nur 6 pSt.). Aber nach derselben Quelle überwogen im Februar die Lohnföhrungen ganz bedeutend. Von 148 000 Arbeitern, für die Lohnveränderungen irgendwelcher Art zu verzeichnen waren, hatten 144 000, vor allem Durham Kohlenbergleute, Hüttenarbeiter und Wäschereifabrikanten, Lohnreduktionen zu erdulden. Der oft erwähnte Rückgang des englischen Außenhandels hat sich im Februar nochmals fortgesetzt. Die Wareneinfuhr fiel gegen Februar 1908 um 1,98 Millionen Pfund Sterling, die Ausfuhr englischer Waren um 3,93 Millionen Pfund Sterling, und nur die Ausfuhr kolonialer und fremder Erzeugnisse hob sich um 0,98 Millionen Pfund Sterling. Bei den Schiffsbauern am Ärmelkanal breitet sich eine förmliche Panik aus, je mehr die alten Aufträge ihrer Erledigung entgegengehen und je weniger neue Bestellungen hereinkommen. „Große Mengen von Menschen sammeln sich täglich an den Eingängen in der Hoffnung auf eine Wendung, um Besseren, und man schätzt die Zahl der gegenwärtig am Ärmelkanal auf 13 000.“ Der Glasgower Eisenmarkt zeigt nichts von der Belebung, die sonst jedes Frühjahr mit sich bringt. In Middlesbrough häufen sich die Hohlisenanlagen, während die Preise weiter sinken. In der Kantahirer Baumwollindustrie dürfte es in nächster Zeit zu allgemeinen Betriebsbeschränkungen kommen, weil man die enorme Ueberproduktion, die sich aus den maßlosen Reugründungen und Erweiterungen der letzten Jahre ergab, anders nicht mehr los werden kann. Dagegen scheint die Leinenindustrie in Barnsley, Belfast und Dundee sich wesentlich gehoben zu haben. Auch die Wolleindustrie leidet viel weniger als die Baumwollindustrie an Kanahis.

Deutschland hat sich bisher noch immer etwas günstiger halten können als die erwähnten beiden größten Industriestaaten. Aber die Februar-einfuhr (37,31 Millionen Doppelzentner) ist um 8,3 Millionen Doppelzentner hinter dem Februar 1908 (45,63 Millionen Doppelzentner) zurückgeblieben, die Februar-ausfuhr um über 2,48 Millionen Doppelzentner (34,69 Millionen Doppelzentner im Februar 1909 gegen 37,17 Millionen Doppelzentner in 1908). Auch wenn man berücksichtigt, daß der vorjährige Februar wegen des Schaltjahres einen Tag

mehr zählte, bleibt der Abfall ganz beträchtlich. Die deutschen Eisenbahnen ergaben im Februar gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat ein Minus von 4 441 817 oder pro Kilometer 2,77 pSt. weniger; im Güterverkehr ein Minus von 4 766 165, oder pro Kilometer 7,65 pSt. weniger. Der Unterschied von einem Tage läßt sich hier das Schlussergebnis immer noch unerfreulich genug. Das einzige, worauf Optimisten hinweisen könnten, wäre die Milderung des Abfalles pro Tag und Kilometer seit November. Auf den Tag berechnet gestaltete sich nämlich die Einnahme aus dem Güterverkehr pro Kilometer in

	November	Dezember	Januar	Februar
1907/08	86,8	81,4	80,4	75,4
1908/09	89,3	76,7	75,4	83,7
Spannung	— 7,5	— 4,7	— 5,0	— 3,8

Die Rohseifenherzeugung in Deutschland (inkl. Luxemburg) betrug während des Monats Februar 1909 949 667 Tonnen, gegen 994 188 Tonnen im Februar 1908 und 978 191 Tonnen im 1907. Für die Zeit vom Jahresbeginn bis Februarende stellte sie sich auf 1 971 589 Tonnen gegen 2 055 616 Tonnen in 1908 und 2 040 943 Tonnen in 1907. In den Textilgewerben ist man schon damit zufrieden, daß im allgemeinen eine normale Verschleißrate ausgeblieben ist. So heißt es Mitte März in einem durch die Arbeiterpresse laufenden Heberbild: „In den Baumwollwebereien ist die Beschäftigung noch durchaus ungenügend. Im M. Gladbacher Bezirk, in Schleien, Oberfranken, Sachsen und der bayerischen Industriemetropole Augsburg stehen zusammengekommen noch viele Tausende Webstühle still. Nur in einzelnen Zweigen dieser Branche hat die Besserung angefangen. So in den — sogenannten Buntwebereien und der Fabrikation von Futterstoffen. In andern Zweigen aber ist nach kurzer, vorübergehender Belebung wieder ein Rückschlag erfolgt. Das gilt vor allem für die Webereien der schäßlichen Lausitz. Auch die Webefabrikation in Hohenstein-Ernstthal, Richtenstein, Calnberg und in Oberfranken liegt noch sehr darnieder.“

Unre Eo korederien kommen jetzt mit ihren Jahresberichten heraus, und diese bringen erschütternde Beweise für die Aktionäre recht unerquicklich. So betrug bei der Hamburg-Amerika-Linie 1908 die Gesamtbruttoeinnahme 18,68 Millionen Mark, gegen 30,56 Millionen Mark in 1907, 37,32 Millionen Mark in 1906, 39,99 Millionen Mark in 1905. Es blieb ein Betriebsgewinn von 12,88 Millionen Mark, gegen 25,24 Millionen Mark in 1907, 32,30 Millionen Mark in 1906 und 36,14 Millionen Mark in 1905. Obwohl für Abschreibungen, Reserveverföhrung und Erneuerung diesmal viel geringere Beträge als früher angelegt wurden (für 1908 12,88 Millionen Mark, dagegen 1907 17,83 Millionen Mark, 1906 21,52 Millionen Mark, 1905 23,86 Millionen Mark), so bleibt dennoch nichts zur Dividendenverteilung übrig, während man 1907 noch 6 pSt., 1906 10 pSt. und 1905 11 pSt. ausbezahlen konnte.

Der Ballon hofft jedoch auf eine rasche Hebung des Verkehrs mit Amerika. Bisher ist das nur für die lebende Frucht der Auswanderer eingetroffen. Ueber Hamburg wurden nämlich im Januar und Februar zusammen 20 478 Personen befördert, gegen 8009 Personen im gleichen Zeitraum des Vorjahres (und 26 169 in 1907). Von Bremen aus gingen gleichzeitig über See 28 607 Personen, gegen 6738 in 1908. Vor allem die zeitweilig zurückgewanderten scheinen wieder Mut geschöpft zu haben, obwohl man hier nur vor Illusionen über die amerikanischen Krisenbeendigung warnen kann.

Berlin, den 21 März 1909. Mag Schippel.

Politische Umschau.

Reichstagsdebatten über die äußere und innere Politik: Das Ende der Blockpolitik und der Reichsfinanzreform. Sozialdemokratische Kritiken. Reichstagsferien. Sozialdemokratische Interpellation. Die Balkankrise.

Im Zuge der dritten Beratung des Etats gelangte der Reichstag am 29. März zum Spezialakt des Reichsfinanzlers. Daß es bei dieser Gelegenheit zu einer großen Debatte über die auswärtige und die innere Politik, für die Fürst Bülow die Verantwortung vor dem Parlament trägt, kommen werde, stand fest. Der Reichsfinanzler konnte nicht umhin, vor dem vollbesetzten Hause zu erscheinen. Kritische Bemerkungen aus dem Hause abzuwarten, hielt er nicht für nötig. Er nahm sofort das Wort und verbreitete sich in langer Rede über die wichtigsten Ereignisse und Fragen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Seine mit höchstem Eifer vorgetragenen Ausführungen waren durchweg sehr gemeinplötzlich, nicht geeignet, ein besonderes Interesse zu erwecken. Sie gingen in der Hauptsache dahin, daß die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England erwünscht sei und notwendig ist; daß das Marokko-Abkommen zu begrüßen sei und die „Leumne-Politik“ nun ein Ende habe; daß „Deutschland treu zu Oesterreich hält“, und daß darin eine „eminente Friedensverföhrung“ zu erblicken sei. Er nahm für die deutsche Diplomatie ein hohes Verdienst für die Abwendung der Kriegsgefahr und die Erhaltung des Friedens in Anspruch.

Allgemein überragte, daß Fürst Bülow das wichtigste Thema, die deutsch-englische Flottenfrage, in seiner einleitenden Rede nicht berührte, trotzdem er sagte, daß die Sozialdemokraten eine Resolution beantragt hatten, die ein internationales Uebereinkommen zur Einschränkung des Flottenbaues und die Aufhebung der Kaperei forderte. Die Reden der Wortführer der bürgerlichen Parteien waren breite Wettelluppen. Sie waren im allgemeinen gang im Sinne der Ausführungen Bülows gehalten und

erhöhen sich über diese in keiner Hinsicht. Zentrum und Sozialparteien billigten die Haltung der Regierung in der auswärtigen Politik.

Größtenteils und besonderes Interesse in Anspruch nehmend, wurde die Debatte erst, als der sozialdemokratische Abgeordnete Rebeur seine sehr umfassenden Ausführungen machte, die alles in allem in ernster und nachdrücklichster Weise auf die Erhaltung des Friedens gerichtet waren. Dafür verurteilte dieser Redner das Wettstreiten zwischen England und Deutschland und die auf die Enzweiung hinwirkende chaotische Geheer in beiden Ländern. Hier wie dort stehen die Arbeiter energisch für den Frieden ein.

Fürst Bülow war dann doch genötigt, zu der Flottenaufrüstungsfrage Stellung zu nehmen; er half sich mit der Erklärung, daß die deutsche Regierung nicht daran denke, bezüglich des Flottenbaues mit der englischen in Wettbewerb zu treten; die deutsche Flottenpolitik sei durch das Flottengesetz genau bestimmt und dies werde innegehalten. Keine der bürgerlichen Parteien trat für die sozialdemokratische Resolution ein.

So endete die „große“ Debatte über die auswärtige Politik. Ihr folgte am 20. März eine siebenstündige Unterhaltung über die innere Politik. Sie begann mit einer Rede des nationalliberalen Abgeordneten Waffernann über die so überaus kritische Frage der Reichsfinanzreform und der Währungsreform. Sowohl dieser Redner wie der freisinnige Abgeordnete Wiemer betonten sehr beweglich, daß die Finanzreform durch den Währungs und nicht gegen diesen mit Hilfe des Zentrums gemacht werden müsse, während der Abgeordnete Kaufmann von der süddeutschen Volkspartei unter dem Rohen und Heulen der Rechten erklärte, der Währungs sei tot, die Währungsreform sei vorüber, nachdem die konservativen sie durch ihr Verhalten in der Frage der Steuerreform unmöglich gemacht hätten.

Eine große und feisende Leistung war die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. David. Er unterzog das Elend der Finanzreform, das Verhalten der „nationalen“ Parteien, die Stellung der Regierung gegenüber den egoistischen Konserwativen und Agariern in der Frage der Nachschußsteuer einer gründlichen und vernichtenden Kritik. Fürst Bülow erfuhr dabei eine äußerst factische Behandlung als „Hansbanger der allerhöchsten Person“ und als der „Staatsmann mit drei Weinen“:

„Am stärksten ausgebildet ist das agrarische Wein. Das politische Wein ist durch Uebung auch ein sehr brauchbares Wein geworden, und dann das liberale Wein, das ist nur eine Nummerform, auf der er nicht stehen kann. Und wenn er es doch tut, so nimmt er eine sehr schiefte Stellung ein. Das liberale Wein könnte er sich ohne Schaden amputieren lassen, beim sozialistischen wäre das schon bedenklicher, aber das gefährlichste ist, wenn das agrarische Wein Schaden leidet. Und da mußte es ihm nun passieren, daß er mit dem agrarischen Wein über die Nachschußsteuer stolperte. Es ist nicht ganz klar: ist es gebrochen, oder hat er es sich nur verstaubt? In letzterem Falle läßt es sich ja wieder einrenken, und ich glaube, so wird es auch gehen.“

Dieses Bild des Mannes mit den drei Weinen erweckte im ganzen Hause, auch unter den Besuchern der Hofloge, gewaltige Heiterkeit. David schloßerte dann den unhaltbaren jetzigen Zustand der Reichsfinanzreform. Er sagte u. a.:

„Das Deutsche Reich ist ein unfertiger Bau, der zu eilig zurückergegriffen ist und unmöglich so weiter bestehen kann. Das würde immer wieder zu inneren Krisen führen. Kein ernsthaft denkender Politiker kann den jetzigen verfassungsmäßigen Zustand für einen endgültigen halten. Es besteht ein unhaltbarer Widerspruch zwischen der preussischen und der Reichsverfassung. Preußen regiert das Reich, nichts kann von den Reichsinstanzen geschehen, wozu nicht die preussischen Instanzen ihre Zustimmung gegeben haben. Auch für die Reichsregierung ist es ein unhaltbarer Zustand, auf die Dauer mit einer Reichstagsmehrheit zu rechnen, die eine andere ist als die Mehrheit des Landtags, der aus dem elendsten und erbärmlichsten Wahlrecht hervorgeht, das die große Mehrheit des Volkes zu einer ohnmächtigen Minorität verdammt, während eine kleine, aber durch das große Portemonnaie mächtige Minderheit regiert. Diese Klassenherrschaft in Preußen ist die Quelle aller Widersprüche; sie zu beseitigen wäre die erste Aufgabe des Herrn Reichskanzlers. Die Mehrheit im preussischen Landtag zwischen Agariern und Reichleuten ist die natürliche Währungsbrüderlichkeit auch für den Reichstag.“

Der Reichskanzler sagte im preussischen Landtag, die Sozialdemokraten suchten die christlich-nationale Kultur zu erschüttern. Umgekehrt: die Sozialdemokratie will erst die Fundamente einer wirklich christlichen und nationalen Kultur schaffen. Heute haben wir eine Kultur des Materialismus! Der Kern des Christentums ist doch: daß jede menschliche Persönlichkeit in ihrem Persönlichkeitswert als Mitmensch anerkannt wird, daß man nicht Herren und Knechte, sondern nur gleichberechtigte Glieder und Mitmenschen kennt. Diese allgemeine Anerkennung der Gleichberechtigung der Menschen, auch derer ohne Besitz, die nur

von ihrer Hände Arbeit leben, will die Sozialdemokratie erst herbeiführen. Sie ist nicht vorhanden in einem Staat, der den großen Teil seiner Bevölkerung in Bezug auf das Wahlrecht — um einen Ausdruck Dehls zu wiederholen — zu Sklaven macht. Unter nationaler Kultur verstehen wir nicht Kriegserklärungen und Operationen vor einzelnen Persönlichkeiten, sondern eine Kultur, die die Masse des deutschen Volkes zu menschenwürdigen Lebensverhältnissen hinaufhebt und die unsichere, materiell unwürdige Lage von Millionen aus der Welt schafft. Denken Sie daran, wie in diesem Winter bei der Krise Hunderttausende bei der scharfen Kälte und den hohen Preisen für die notwendigen Dinge arbeitslos auf der Straße lagen. Das ist ein Schandbild für die nationale Ehre.“

Weiter schloß David das großindustrielle Magnatenium, das beständig auf die Regierung einwirkt zwecks Verhinderung sozialistischer Maßnahmen zugunsten der Arbeiter.

Schließlich bemerkte er:

„Daß jeder ehrlich arbeitende Mensch auch eine menschenwürdige Existenz hat, muß das Ziel einer Sozialpolitik sein, welche die Persönlichkeit achtet und schützt. Wir brauchen eine Finanz- und Steuerpolitik, die die Steuern nicht auf die Massen legt, sondern dort, wo die Millionen zusammengefasst werden! Eine Verfassungsreform verlangen wir, die die großen Massen des Volkes zum ausschlaggebenden Faktor macht, eine äußere Politik, die den Frieden als ihr Ziel aufstellt und ihn nicht durch fortgesetzte Drohungen zu sichern wähnt. Wir rechnen auf die öffentliche Meinung, auf die wachsende Einsicht der breiten Massen der Völker. Den Krieg wollen nur wenige, die mit ihrem großen Portemonnaie daran interessiert sind. Wir wollen den Frieden, wir wollen Vernunft und Gerechtigkeit auch in der Ordnung der Dinge unter den Völkern. Der Reichskanzler wünscht einen Währungs und nicht einen Bürgerkrieg gegen die Sozialdemokratie. Auch dieser Währungs wird an der Sozialdemokratie zerfallen. Denn wir haben auf unserer Seite alle diejenigen, die einsehen, daß der Kampf gegen die kapitalistischen Interessen, gegen die Portemonnaieinteressen aufgenommen werden muß von allen denen, die ihre Existenz gründen auf eigene Arbeit und nicht auf Nebenbuen und Dividenden.“

In seiner Entgegnung, die hauptsächlich der Davidischen Rede galt, erklärte der Reichskanzler, er erstrebe nicht Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie, wie man aus seiner kürzlich im preussischen Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede gefolgert habe. Die Möglichkeit sei allerdings nicht ausgeschlossen, daß gegenüber den Sozialdemokraten der Weg der Gesetzgebung beschritten werde, wenn sie beabsichtige, es zu „revolutionären“ Erhebungen zu treiben.

Mit der Frage der Währungsreform und der Finanzreform fand sich Fürst Bülow sehr leicht ab. Er glaubt nicht, daß der „Gedanke des Währungs“ tot ist. Die Finanzreform dürfe keinen Aufschub mehr; die Regierung verlange noch in dieser Session eine feste und unzweideutige Entscheidung des Reichstags. Seine Rede klang aus in eine Mahnung an die Währungsparteien, sich schnellstens zu verständigen.

So ging die Debatte über die innere Politik aus. Der Reichstag hatte dann noch drei Tage nötig, um die anderen Teile des Stats in dritter Lesung zu erledigen. Die einzelnen Positionen wurden förmlich durchgeprüft. Freitag, den 2. April, konnte der Präsident das Haus in die Osterferien entlassen, die bis zum 20. April dauern. Diese Zeit werden die Führer der Währungs- und die Regierung dazu benutzen, sich hinter den Kulissen über die Reichsfinanzreform zu verständigen.

Wegen der Währungsreform hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellation eingebracht: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß sich durch die von Arbeitgebern für die Arbeiter ihrer Betriebe errichteten Pensions-, Witwen- und Waisenanstalten schwere Mißstände und Schädigungen für die aus den Betrieben ausscheidenden Arbeiter ergeben haben?“

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, durch eine gezielte Regelung der Reichsverhältnisse dieser Klasseninteressen den zutage tretenden Mißständen zu begegnen, insbesondere die Ansprüche der aus den Betrieben ausscheidenden Arbeiter zu wahren durch die Berechtigung der Arbeiter auf eine freiwillige Weiterversicherung oder die Verpflichtung der Klassen auf Rückzahlung der Beiträge?“

Diese Interpellation wird gleich nach den Ferien auf die Tagesordnung kommen.

Die Kriegsgesetze von Ballan kann als beiseite gelassen werden. Das von Ausland herbeigeführte Serbien hat sich den Ratsschlüssen der Großmächte gefügt und sich verpflichtet, die Haltung des Protestes und Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangener Oktober angenommen hat, aufzugeben. Es verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem auf dem Fuß der freundschaftlichen Beziehungen zu leben. Daß der König Peter genötigt war, sich zu diesem Schritt zu verstehen, hat seine Stellung im Lande erschüttert. Nachdem er vor einigen

Xagen an „sein“ Volk eine Proklamation getichtet hat, in der er den Verzicht des bisherigen Kronprinzen Georg auf die Thronfolge bekannt gibt und seinen zweiten Sohn, den Prinzen Alexander von Serbien, zum Thronfolger proklamiert, verläutet jetzt, daß er entschlossen sei, selbst abzutreten, wenn ihm Bedingungen gewährt werden, die ihm gestatten, sein Leben unter nicht unfeindlichen Verhältnissen zu beschließen, da er dem Ausland nicht das Schauspiel bieten wolle, einen früheren serbischen König in lächerlichem Zustand zu sehen. Er verlange eine Apotege von Fr. 250 000, Übernahme der Schulden der Zivilisten im Betrage von 2½ Millionen Franken durch das Land und als Entgelt für verschiedene im Lande aus Mitteln der Zivilisten ausgeführte Investitionen den Ankauf einer großen Besitzung für ihn bei Nizza, die man ihm angeboten habe.

Wenn die Serben gewillt sind, dann jagen sie ihren Peter ohne weiteres zum Teufel.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

- Hansastädte:**
Hamburg (Sperre über die Schornsteinbaufirma Diedrich);
- Schleswig-Holstein:**
Rendsburg (Sperren über die Karlsbütte und das Kokswerk in Amdorf);
- Mecklenburg:**
Sülze (Sperre über Holdorf), Friedland (Sperre über Kreienbrink), Lüthzen (Sperre über das Kaliwerk);
- Brandenburg:**
Frelenwalde a. d. O. (Differenzen);
- Pommern:**
Wolgast (Aussperrung), Treptow a. d. Rega (Sperre über Paul Wittke), Bergen a. R. (Sperre über Rudolf Wahl in Binz);
- Ost- und Westpreussen, Posen:**
Zoppot (Sperre über Witt), Konitz, Vandsburg, Richtenberg-Franzburg, Graudenz (Differenzen);
- Königr. Sachsen:**
Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse), Mülsen (Sperren über E. Meier in Ortmannsdorf und F. Döhn in Mülsen-St. Nikolaus), Frankenberg (Sperre über Winkler);
- Provinz Sachsen und Anhalt:**
Merseburg (Sperre über den Schulnebau in Schafstädt b. Lauchstädt), Weissenfels (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Halle (Sperre über Iffland in Passendorf und über Paul Koch in Landsberg), Aken (Sperre über Karl Karthäuser), Formersleben (Sperre über die Firma Klöha);

Schlesien:
Fentzig (Sperre über den Neubau in der Putzlerschen Glashütte);

Thüringen:
Ortenburg bei Eisenach (Streik), Allstedt (Aussperrung), Ronneburg (Sperre über Kretschmar), Arnstadt (Sperre über O. Grossler);

Hannover-Oldenburg:
Hünden (Streik), Walsrode (Streik), Hannover (Sperre über die Firma Berger & Comp. aus Bromberg), Misburg (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), Osterholz-Ritterhude (Sperre über Bahnbauten, Unternehmer Stabenow in Gütersloh), Nordenham (Sperre über die Bauten des Metallwerks), Schneverdingen (Streik);

Westfalen und Rheinland:
Oynhausen (Sperre über das Eisenwerk „Wesselhütte“), Haspe (Sperre über das Eisen- und Stahlwerk), Essen (Sperre über die Putzarbeiten der Gesulth-Gesellschaft), Oberhausen-Klein-Styrum (Sperre über Plassmann);

Elsass-Lothringen:
Strassburg (Sperre über Schütterle).

Lippe-Detmold:
Lemgo (Streik);

Fliesenleger:

Mühlheim-Ruhr (Sperre über Möhlenbrück & Matheis), Cöln und Düsseldorf (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), München (Aussperrung).

Isolierer und Steinholzleger:

Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 28), Cöln (Sperre über die Korkelthwerke), Chemnitz (Sperre über Ziegner & Fritsche), Hamburg (Aussperrung), Dresden (Sperre über die Firma Rudolf Michel).

Oesterreich:

Asch (Streik).

Holland:

Velp und Zutphen (Aussperrung; Differenzen im ganzen Lande).

Gau Berlin.

In **Samter** führt die Firma **Gebrüder Hartmann** aus Kosten einen größeren Neubau aus. Für **Samter** besteht ein Lohnsatz, der einen Stundenlohn von 40 $\frac{1}{2}$ vorsieht. Genannte Firma beschäftigt jedoch keine Maurer aus **Samter**, sondern durchweg solche aus **Köpenick** und zu einem Stundenlohn von 38 $\frac{1}{2}$. Die Firma **Hartmann** ist durch den Kollegen **Schulz** auf diese Angelegenheit aufmerksam gemacht und ersucht worden, den für **Samter** tariflich festgesetzten Lohn zu zahlen. Darauf erhielt **Kollege Schulz** folgende Antwort:

Auf Ihr werdes Schreiben vom 18. cr. erwidern wir, daß wir unsere Leute in **Samter** beschäftigen, weil sie seit fünf Monaten dort gewesen sind, und wir haben keine Veranlassung, ihnen einen höheren Lohn, als unser Vertrag vorsieht, zu zahlen. Wir sind gern bereit, dortige Maurer, soweit solche noch an dem Bau angestellt werden können, zu beschäftigen, werden aber mehr als 38 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn nicht zahlen. Sollten Sie darauf bestehen, daß die Leute 40 $\frac{1}{2}$ erhalten müssen, so werden wir den Bau mit lauter Jungesellen, die wir hier in Massen bekommen, besetzen, und alle verheirateten Leute werden wir dann entlassen müssen.

Achtungsvoll **Gebrüder Hartmann**.

Der **Kostener** Vertrag, der zwischen den dortigen Unternehmern und dem christlichen Verband geschlossen ist, sieht zwar einen Lohn von 38 $\frac{1}{2}$ und bei Überlandarbeit 38 $\frac{1}{2}$ vor, hat aber außerdem die Klausel: „Wenn Arbeiter in einem Lohnbezirk ausgeführt werden, wo vertraglich ein höherer Lohn gezahlt wird, so muß dieser ebenfalls gezahlt werden.“ Wühn stellt selbst nach dem **Kostener** Vertrag eine Vertragsverletzung vor. Während ist die Rücksichtnahme auf die fünf Monate lange Brotlosigkeit. Das Erbarmen schlägt aber sofort um, wenn darauf bestanden werden sollte, den vertraglichen Lohn zu zahlen; dann sollen die Familienväter entlassen und Jungesellen an deren Stelle eingestellt werden, denen der Lohn durch die berühmte „freie Vereinbarung“ festgesetzt wird. Da die beschäftigten Gesellen Mitglieder des christlichen Verbandes sind, so ist diesem die weitere Regelung übertragen worden. Wir wollen wünschen, daß der christliche Verband alles daran setzen möge, damit nicht durch seine Mitglieder in einem Vertragsgebiet die bestehenden Löhne durch Lohnbrüderie verdorben werden.

Gau Bremen.

Unsere Kollegen in **Schneeverbinden** haben die Arbeit am 29. März eingestellt, nachdem die Unternehmer es abgelehnt hatten, die Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden herabzusetzen, sowie den Stundenlohn von 40 auf 45 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen.

In **Enlingen**, wo unsere Kollegen fordern, den Stundenlohn von 36 auf 42 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen, sowie auch einige Nebenforderungen erheben, haben uns die Unternehmer einen vollständigen Vertragsentwurf zugesandt. Die Unternehmer wollen für einen tüchtigen Maurergesellen 37 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zahlen. Auch wollen die Unternehmer keine Neubauten und Aborte errichten. Jedenfalls müssen wir erst einmal einen Kampf mit den Unternehmern ausfechten, bevor sie Vernunftgründen zugänglich werden.

In **Ringeln**, wo das Vertragsverhältnis am 31. März abgelaufen ist, haben wir bereits zwei Verhandlungen gehabt, die aber beide resultatlos verlaufen sind. Bei der zweiten Verhandlung hatten sich die Unternehmer die Generalratschmacker aus **Emden** geholt, um die Sache zu dreheln; aber auch das wird sie nicht davon abhalten, noch andere Zugeständnisse machen zu müssen, denn in **Ringeln** ist die Arbeitslosigkeit sehr gut.

In **Okerholz-Scharbeck** ist der Vertrag am 31. Dezember abgelaufen. Dort wollen die Unternehmer ohne die Zimmerer nicht verhandeln. Die Zimmerer haben es aber abgelehnt, und infolgedessen wird ohne Vertrag gearbeitet. Die Unternehmer haben uns ein Schreiben geschickt, worin sie sich erbieten, den alten Lohn weiterzugeben.

In **Kirchweiche**, das zum Lohngebiet **Brinsum** gehört, ist der bestehende Vertrag von uns gekündigt worden. Für die Lohngebiete **Obernauand** und **Worswede**, die dem Zweigverein **Bremen** angehören, haben unsere Kollegen den Unternehmern gleichfalls Forderungen eingereicht. In **Obernauand** soll der Bremer Vertrag Gültigkeit haben. Die Lohnbewegung in **Eske** ist für unsere Kollegen mit Erfolg erledigt.

In **Bremerhaven** hatten unsere Kollegen im Dezember 1908 Forderungen eingereicht, darunter die neunzehnstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 60 $\frac{1}{2}$. Gleichzeitig haben unsere Kollegen den Unternehmern auch einen Affordarif zugesandt. Die erste Forderung wurde überhaupt nicht berücksichtigt, und der Affordarif wurde beiseite gelegt. Dafür haben die Unternehmer aber einen solchen ausgearbeitet, der jeder Beschreibung spottet. Leider liegt uns bis heute ein solches Musterexemplar nicht vor. Zu verhandeln gibt es bei den Unternehmern nichts, sondern Lohn- und Arbeitsbedingungen werden einseitig von ihnen festgelegt. In **Bremerhaven** müssen sich unsere Kollegen die nötige Achtung noch erkämpfen. Es muß den Unternehmern an der Unterwerfung bezeugt werden, daß Lohn- und Arbeitsbedingungen von beiden Seiten festgelegt werden.

In **Delmenhorst** läuft das Vertragsverhältnis am 1. Juni ab. Es haben schon Verhandlungen stattgefunden, die aber noch nicht zum Abschluß gelangt sind.

Gau Danzig.

In **Danzig** ist es doch noch in letzter Stunde zu einem Vertragsverhältnis gekommen. Es gelang den Unternehmern für den Verlauf der Freistunde am Sonnabend einen Pfennig Lohnzulage abzutrinken, den sie in der ersten Sitzung durchaus nicht bewilligen wollten. Danach beträgt jetzt der Lohn für Maurer 55 $\frac{1}{2}$, Zimmerer 55 $\frac{1}{2}$ und Bauhilfsarbeiter 38 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Der Lohn der Bauarbeiter betrug nach dem bisherigen Vertrag 36 und 39 $\frac{1}{2}$. Der Stundenlohn von 39 $\frac{1}{2}$ wurde aber nur wenigen Eintragsrunden gezahlt, deshalb verlangte man allgemein die Zahlung eines Einheitslohnes. Diese wenigen (laut Statistik erhielten von 268 Bauarbeitern nur etwa 88 Gills-

arbeiter 89 $\frac{1}{2}$) waren natürlich mit dieser Regelung des Einheitslohnes nicht zufrieden und forsten für Ablehnung des Vertrags in der ersten Versammlung. In der zweiten Versammlung wurde er aber mit großer Mehrheit angenommen. Das ist infolgedessen mit großer Wichtigkeit, weil der Arbeitgeberverband nur einen Tarif mit allen Berufsgruppen abschließen wollte und bei Ablehnung des Tarifs durch eine Organisation überhaupt kein Tarif zustande kommen sollte. In diesem Falle drohten die Unternehmer mit einer sofortigen Lohnreduzierung von 10 pSt. Diese Maßnahmen glaubten die Unternehmer sich erlauben zu können, weil sie wissen, daß das Baugeschäft noch sehr daniederliegt. Etwa 500 Maurer sind heute noch in Danzig arbeitslos von circa 750 ortsanfässigen. Diese Verhältnisse berücksichtigend, haben sowohl unsere Kollegen als auch die Zimmerer dem Vertrage zugestimmt.

In **Poppe** und **Neufahrt** drohen die Unternehmer mit einer Lohnherabsetzung von 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. In **Poppe**, wo auch wir in Frage kommen, kündigen die Unternehmer durch große Plakate an den Kontoren ihren Willen an. Verhandlungen sind eingeleitet worden.

Auch in **Osternode**, wo sich seit einigen Tagen die Unternehmer organisiert und dem Ostpreussischen Bezirksverband angeschlossen haben, präsentieren sie uns am 29. März eine Verschlechterung des Lohnes von 44 auf 42 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Einige andere Bestimmungen des Tarifs wollten sie auch zu unsern Ungunsten „verbessern“. Wir lehnten es ab, über Verschlechterungen zu diskutieren, worauf die Unternehmer erklärten, in Königsberg anfragen zu wollen, ob sie den bisherigen Tarif verschlechtern dürften. Am dritten Feiertag werden wir uns wieder darüber unterhalten. Unsere Kollegen fordern 48 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Der alte Tarif läuft am 15. April d. J. ab.

Die **Königer** Unternehmer schreiben uns, daß nicht der Arbeitgeberverband den abgeschlossenen Vertrag nicht einhalten wolle, sondern daß es die Herren Baugeschäftsinhaber seien, die die Lohnherabsetzung und Verringerung der täglichen Arbeitszeit nicht eintreten lassen wollten. Ein famoser Unterschied, der hier gemacht ist! Die Herren Baugeschäftsinhaber, die seinerzeit den Vertrag mit uns abgeschlossen haben, sind Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, so, man kann annehmen, daß diese überhaupt nur den Arbeitgeberverband bilden. Darum ist dies die reine Wortklauberei. In Wirklichkeit ist es nichts als ein plummes Rohkäufersunkniffchen, was man sich in Königsberg hat. Nun, wir werden darauf sehen, daß die, die den Tarif unterschreiben haben, ihn auch halten und daß sich die Fernschreibern auch an den Tarif gewöhnen, wenn es auch dem einen oder anderen schwer fallen sollte.

Auch in **Insterburg** kommen wir vorwärts. Die Unternehmer haben bereits 2 $\frac{1}{2}$ Lohnherabsetzung geboten. Wir wollen aber noch einen Pfennig dazu haben, so daß der Lohn 48 $\frac{1}{2}$ pro Stunde beträgt. Es ist das erstemal, daß hier der Arbeitgeberverband mit Vertretern des Zentralverbandes verhandelt hat. Bisher besorgten sie das mit dem Gesellenausschuß. Diesen Gesellenausschuß haben wir zur Lohnkommission gemacht und so gelang es uns, die beginnende Bewegung in die richtigen Bahnen zu lenken. Versammlungen von 100 bis 150 Maurern sind jetzt in Insterburg keine Seltenheiten.

Die Lohnbewegung in **Goldap** wird zum Teil von dem Ausgang der Verhandlungen in Insterburg abhängig sein. Die Goldaper Unternehmer sind Mitglieder des Insterburger Arbeitgeberverbandes und als solche natürlich an die Beschlüsse des gesamten Verbandes gebunden. Verhandlungen haben auch bereits in **Goldap** stattgefunden. Die Unternehmer boten 1 $\frac{1}{2}$ Zulage, also 46 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Unsere Kollegen fordern, wie die Insterburger, 48 $\frac{1}{2}$. Wenn sich die Goldaper Kollegen entschließen könnten, die Kollegen der Nachbarorte zu organisieren, so wäre die Erledigung ihrer Lohnbewegung um sehr vieles leichter.

In **Grandsen** sind wir mit unserer Lohnbewegung noch immer auf dem alten Fied. Die Unternehmer, die uns, wie bekannt, bedeutende Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgehoben haben, sind davon in keiner Beziehung zurückgetreten. Die letzten Verhandlungen, die sie selber vorgehoben haben, konnten nicht stattfinden, weil weder der Vorstehende noch sein Stellvertreter anwesend waren. Nun, wir haben auch Zeit.

Die Verhandlungen in **Königsberg** sind auf den 5. April verlegt worden. In diesen Verhandlungen werden einige Bestimmungen des Tarifs zur Diskussion kommen, die wir nicht annehmen können. Ueber die Lohnhöhe ist eine Einigung erzielt worden. Unsere Kollegen hatten das Angebot der Unternehmer angenommen, den Lohn um 1 $\frac{1}{2}$, also auf 56 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu erhöhen. Der christliche Verband verlangte 57 $\frac{1}{2}$, ging also in diesem Falle über unsere Forderung hinaus, obwohl wohl niemand daran glaubte, dem Königsberger Arbeitgeberverband mit Herrn **Kauffer** an der Spitze in der jetzigen schlechten Zeit die 57 $\frac{1}{2}$ abringen zu können. Unsere Kollegen sagten uns deshalb: Wenn Ihr der Meinung seid, daß es die 57 $\frac{1}{2}$ doch nicht gibt, so wollen wir dem christlichen Verbande nicht den Gefallen tun und unser Hand dazu bieten, daß der Abschluß des Vertrages noch weit wie lange noch verzögert wird. Es wurde weiter gesagt, der christliche Verband wollte nur deshalb die Verschleppung, um Zeit zu gewinnen, alle Frühjahrsbauten durch den berühmten Arbeitsnachweis mit seinen Mitgliedern zu besetzen und unsere Mitglieder hierbei auszuscheiden. Das also die Gründe, die für das Verhätten der Verhandlungskollegen maßgebend waren. Diese Gründe hätte auch der „Vorwärts“ berücksichtigen müssen, wenn er über eine Bewegung, wie die Königsberger, berichten will. Kann man das nicht, dann sollte man lieber die Finger davon lassen. (Anmerkung der Redaktion: Der „Vorwärts“ hatte in einem Bericht die einfachen Tariflagen geschildert, ohne die eigenartigen Verhältnisse in Königsberg näher zu schildern. Die nachte Werbung, daß unsere Kollegen das Unternehmerangebot annehmen, während die Christlichen weitergehende Forderungen vertraten, mußte allerdings unverständlich erscheinen und unsere Kollegen in ein falsches Licht bringen. Wie man aus diesem Bericht sieht, hatten sie sehr gute Gründe dazu.)

In **Wandburg** weigern sich elliiche Unternehmer, den mindlich vereinbarten Lohn zu zahlen; sie wollen ihn von 42 auf 40 $\frac{1}{2}$ reduzieren und drohen mit Heranziehung fremder Maurer. Deswegen ist der Zug von Wandburg ferngehalten.

Gau Dresden.

In **Dresden** hatten die Zimmerleute den Vertrag gekündigt, die Maurer und Bauarbeiter nicht. Da einige, machen Arbeit in Aussicht ist, haben die Unternehmer den Zimmerleuten 1 $\frac{1}{2}$ Lohnherabsetzung angeboten. Da bisher Maurer und Zimmerleute den gleichen Lohn hatten, wünschten die Baumeister, daß wir den Vertrag auch unterzeichnen sollten und auch die Bauarbeiter. Dies haben wir getan. Unsere Mitarbeiter erhalten nun vom 1. April an 41 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und die Bauarbeiter 38 $\frac{1}{2}$. Ueber den Nach- und Sonntagsarbeit wurde nach dem alten Vertrag nach freier Vereinbarung bezahlt. Nach dem neuen Vertrag gibt es nun 5 $\frac{1}{2}$ für Nachstunden und 16 $\frac{1}{2}$ für Nacharbeit pro Stunde mehr. Hier haben wir einmal etwas erhalten, was unsere Kollegen gar nicht wollten. Offenlich sind sie nicht böse darüber.

In der **Antschauptmannschaft Birna** sind die Unternehmer nicht so freigebig. Hier sollen wir vom 1. April an laut Schiedsspruch 3 $\frac{1}{2}$ Lohnherabsetzung erhalten. Wahrscheinlich müssen wir uns die 3 $\frac{1}{2}$ nach Ostern erkrämpfen. Einige Unternehmer haben sich schon ausgelassen, nur fremde Arbeiter zu beschäftigen. Natürlich um nicht den Lohn zu bezahlen, der den Maurern zusteht. Bevor wir nicht an dieser Stelle bekannt geben, daß sich die Unternehmer dem Schiedsspruch gefügt haben, ersuchen wir alle Kollegen, die im pirnaischen Gebiet Arbeit nehmen wollen, sich erst genau zu erkundigen, entweder bei unserm pirnaischen Zweigverein oder in Dresden.

Gau Erfurt.

In **Triebes (Neuh)** müssen die Kollegen unter den Willkürlichkeiten des Baumeisters **Funkel** leiden. Nachdem sie es abgelehnt hatten, sich die Lohnfürzung von 40 auf 35 $\frac{1}{2}$ gefallen zu lassen, beschäftigt **Funkel** nun fremde Gesellen und verdrängt die einheimischen. Die Kollegen bitten um Fernhaltung des Zugangs, bis sich die Sache geregelt hat.

Gau Frankfurt a. M.

Die Unternehmer glauben, daß ihre Zeit nun gekommen sei, um eine Herabsetzung der Löhne in größerem Umfang durchzuführen zu können. Wohl in keiner Frage haben wir unter den Unternehmern eine solche Sinnlosigkeit, wie in dieser. Großunternehmer wie **Reinmeister** etc. herab zum **Schauerer**, in der Stadt wie auf dem Lande, gleichen alle an derselben Strickle. „Hohe Löhne“ sind allen ein Greuel. Ihr Denken ist zum Teil vom alten „Junkgeist“ beherrscht und obenrein total beschränkt. Man findet nirgend einen Funken modernen Geistes. Volkswirtschaftlich findet man selten bei einer Unternehmerrunde eine so konzentrierte Kurzsichtigkeit, wie bei den Baunternehmern.

In den **Orien**, wo die Organisation mit den Unternehmern in einem Vertragsverhältnis steht, ist die Sache etwas schwieriger; aber in letzter Zeit sind Mittelungen eingegangen, wonach auch dort Verträge gemacht werden, die Löhne zu drücken. Eine solche Meldung liegt aus **Wettburg, Offenbach a. M., Eich bei Gießen, Warburg** und einigen anderen **Orien** vor. Teilweise handelt es sich um ein planvolles Handeln, teilweise sind es Einzelfälle. Ganz rigoros sind die Unternehmer in **Limburg-Diez** verfahren. Dort sind die Löhne im Durchschnitt um 2 bis 3 $\frac{1}{2}$ gekürzt worden; würden die Einzelfälle noch zu prüfen sein, so würden die Abzüge in diesem Frühjahr 2 bis 5 $\frac{1}{2}$ betragen. Ein geradezu unerträgliches Vorgehen! Was die Konjunktur schlecht sein, mögen die meisten Arbeiter unorganisiert sein, mag die gegenseitige Konkurrenz der Unternehmer die Preise enorm drücken, so ist doch wohl ein so rücksichtsloses, unemenschliches Vorgehen geradezu fassungslos. Nebenbei sei nur erwähnt, daß **Limburg** eine **Wischstadt** ist, wo die „christliche“ Nachkommenschaft allein schon eine solche Handlungsweise verbieten sollte. Aber wahrscheinlich kann man auch hier sagen: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Seitdem sich die Kirche mit der kapitalistischen Produktionsweise ausgesöhnt und den Profit geheißelt hat, seitdem brauchen sich die „gläubigen“ und „frommen“ Unternehmer nicht mehr besonders aufzuregen. Die Arbeiter sind auch nach der christlichen Sittenslehre dazu da, daß sie ausgebeutet werden sollen. Für die Kollegen in **Limburg-Diez** und Umgebung, wie für die in anderen **Orien**, ist dies wieder einmal einen Denkfleiss für ihre Gleichgültigkeit. Wie oft ist es ihnen gesagt worden in Besprechungen bei der Hausagitation und in Flugblättern! Aber alle Mahnungen waren bisher unnütz. Werden sie endlich aus ihrem Schummer aufwachen und sich energisch gegen die Unternehmer zur Wehr setzen im Interesse ihrer Familie? Sie haben gewiß auch heute die Unterstützung der Organisation, aber sie mögen selbst Träger dieser Bewegung sein. Die ebenfalls nach Lohnfürzung kassierenden Unternehmer in **Triebes** und **Wettburg**, **Wiesbaden**, **Wiesbaden**, hat das energische Vorgehen der Kollegen bald zur Vernunft gebracht. Sie haben der Organisationsleitung mitteilen lassen, daß sie bereit sind, den alten Lohn von 42 $\frac{1}{2}$ weiter zu zahlen.

Gau Hamburg.

In **Lüthsen** ist über die Maurerarbeiten am **Kollwerk Friedrich Franz** die Sperre verhängt worden, weil die Betriebsleitung nicht mit dem Arbeitgeberverband für die beiden Großherzogthümer **Mecklenburg** vereinbarten Lohn zahlen will.

In **Wienburg** ist mit den Unternehmern ein Vertrag abgeschlossen worden, dem unsere Kollegen am 31. März zustimmen. Die wichtigsten Bestimmungen sind diese: Der Lohn steigt am 1. April auf 60 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, für Nachstunden und Sonntagsarbeit gibt es 10 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, bei Nacharbeit 30 $\frac{1}{2}$, bei Arbeiten in heißen Feuerungsanlagen 40 $\frac{1}{2}$ Aufschlag pro Stunde. Der Lohn wird in Zukunft am Freitagnachmittag ausbezahlt, damit die Frauen schon am Sonnabend Einkäufe besorgen können. Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1910. Haben die Kollegen auch nicht alle ihre Hoffnungen in Erfüllung gehen sehen, so muß es ein Einsporn für sie sein, ihre Organisationen immer besser auszubauen, um beim nächsten Abschluß noch besser abzuschnellen.

Gau Leipzig.

Zu der Arbeitsentstellung bei dem Hotelneubau in **Bad Elster**, Zweigverein **Alten**, schreibt uns der Zweigvereinsleitung noch einige Einzelheiten, die der Zweigverein wert sind. Auf diesem Bau waren circa 40 Kollegen beschäftigt, die bis Weihnachten 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn erhielten. Dann führte der **Polier**, ohne vorher ein Wort

haben zu sagen, den Lohn um 2 1/2. Die Kollegen waren kaum zur Hälfte organisiert und ließen es sich darum gefallen. Ebenso ließen sie sich gefallen, daß sie der Polizei volle Hände behandelte. Sogar Tätlichkeiten mußten sie von diesem Durschen hinnehmen. Der Polizei hatte damals verprochen, den alten Lohn im Frühjahr wieder zu zahlen. Als es jetzt nun dem Frühjahr entgegen ging, erinnerten die Kollegen den Polizei an sein Versprechen, erhielten aber nur die tröstliche Versicherung, daß der Polizei „mal sehen“ wollte; sie sollten nur erst bis zum Sonnabend weiter arbeiten. Die Kollegen gingen klageweise nicht darauf ein, denn sie sagten sich, daß es dem Polizei nur darum zu tun sei, Zeit zu gewinnen, um sich Erleichterungen zu besorgen. Als sie darum auf eine förmliche Erklärung drangen, erhielten sie den Bescheid, daß jeder gehen könne, wer nicht mit 38 1/2 zufrieden sei. Die Kollegen zogen die Konsequenz und legten die Arbeit nieder, bis auf vier, die sich trotz dieser Umstände wohl fühlten. Kollege Schmidt, der Leiter des Zweigvereins, setzte sich mit dem Unternehmer (Enders & Söhne) ins Benehmen, aber ohne Erfolg. Herr Enders war nur empört über die „Unanständigkeit“ der Arbeiter, die er nach seiner Meinung durch den Winter „geschleppt“ hatte. Im übrigen fand er noch Worte der Entschuldigung für den prägenden Polizei. Als dann die Kollegen die Arbeit eingestellt hatten, sprach die Königl. Amtshauptmannschaft Oelsnitz mit folgender Bekanntmachung ein:

In Bad-Elster ist bei dem Neubau des „Bettiner Hofes“ ein Streik ausgebrochen, der von den Maurern, die die Vergütung während der Beschäftigung bei diesem Baue während des ganzen Winters gehabt haben, lediglich zu dem Zwecke herbeigeführt sein soll, um aus dem Umstände, daß sich augenblicklich der Bedarf an Mauern allgemein erhöht, und der Verpflichtung der Bauleitung, den Bau in Kürze zu vollenden, Vorteile zu ziehen. Ohne zu diesem Lohnkampf Stellung zu nehmen, will die Königl. Amtshauptmannschaft nicht unterlassen, im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in Bad-Elster und im eigenen Interesse der Streikenden noch ausdrücklich vor jeder Verletzung wie des Publikums, so insbesondere der Arbeitswilligen, sei es durch Handlungen oder Worte, die Verleumdungen oder Drohungen enthalten, wie z. B. „Streikbrecher“ u. dgl., in wohlmeinender Weise ernstlich zu warnen; etwaige Ausgrenzungen würden strengste Ahndung finden müssen. Die Arbeitswilligen haben einen Anspruch auf bestmöglichen Schutz und können darauf rechnen, daß ihnen solcher in vollem Maße gewährt werden wird. Den während der Dauer des Streiks zwecks Ergänzung der öffentlichen Sicherheit etwa ergebenden Anordnungen der Königl. Gendarmerie und der örtlichen Polizeibehörde ist zur Vermeidung von Konflikten, bis zu 14 Tagen, unbedingt sofort Folge zu leisten.

Wenn wir dazu hier der lauten Wahrheit gemäß feststellen, daß bei der Arbeitseinstellung auch nicht die geringste Ungerechtigkeit der Arbeiter vorgekommen war, so qualifiziert sich diese Bekanntmachung als eine flagrant Verletzung der Unparteilichkeit, die wir als Staatsbürger von jeder Verletzung zu verlangen haben. Wir fragen die p. t. Amtshauptmannschaft, ob sie nicht auch in amtliche Ermahnung gezogen hat, den Streikbrechern eine Mahnung zum Wohlverhalten erteilen werden zu lassen. Hat sie daran nicht gedacht? Oder hat sie es nicht für nötig gehalten? Ist ihr nicht bekannt, daß dieser „Schutz der Arbeitswilligen“ in beherrschender Auffassung, schon oft Ergebnisse der Streikbrecher provoziert hat, weil sich die Gesellschaft für die „Schutz“ über einen Freibrief zu allen Streikbrechern? Ohne zu dem Lohnkampf Stellung zu nehmen“ sagt die Amtshauptmannschaft, und dabei enthält ihre Bekanntmachung gleich in der Einleitung eine tendenziöse Verdächtigung der Streikenden! Ohne es direkt auszusprechen, sagt ihre Bekanntmachung doch, daß sie, wenn ihre erhaltene Auskunft richtig sein sollte, das Vorgehen der Maurer beurteilt. (Wo hat die Amtshauptmannschaft die Auskunft gehabt hat, sagt sie leider nicht, wir wissen aber bestimmt, daß sie die Streikenden nicht gefragt hat.) Wir sind der Ansicht, daß es die unparteiliche Oelsnitzer Amtshauptmannschaft zunächst gar nichts angeht, weshalb und warum die Maurer Forderungen stellen; sie mag sich ja auch nicht hinein, wenn Unternehmer die Forderungen der Arbeiter auszuheben und diesen Lohnabzüge machen. Wie sehr man um das Wohl der Streikbrecher besorgt war, ergibt sich daraus, daß sofort, nachdem die Amtshauptmannschaft Kenntnis von der Bewegung erhielt, die Gendarmerie von zwei auf sieben Mann erhöht wurde und man konnte von dem Tage an beobachten, daß neben den Streikenden sowohl auf dem Bahnhofs, wie auch vor der Baustelle Gendarmen postiert standen. In welcher Weise aber die Amtshauptmannschaft weiter ihre Unparteilichkeit wahrte, geht noch daraus hervor, daß man den österreichischen Kollegen das Streikpostensitzen verbot, woran sich die betreffenden Kollegen aber mit Recht nicht ließen. Der Ausgang des Kampfes bedeutet für uns zwar keinen vollen Erfolg, und wir hätten dem Vergleich auch nicht zugestimmt, wenn sich nicht doch allmählich 14 Streikbrecher gefunden hätten, aber gleichwohl können wir vorläufig damit zufrieden sein, werden doch die Maurer dieses Bezirks, die wir bisher nicht für die Organisation gewinnen konnten, nun empfinden haben, wie notwendig es ist, sich eine starke Organisation zu schaffen.

Gau Magdeburg.

Daß der Winter auch im Stettiner das Amt unserer Kollegen nicht brechen konnte, ist daraus zu ersehen, daß die Kollegen in einer ganzen Reihe von Orten die Absicht haben, als eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erlangen. In 12 Zweigvereinen beziehungsweise Lohnbezirken mit rund 700 Mitgliedern und circa 200 nichtorganisierten Kollegen haben die Kollegen den Unternehmer ihre Forderungen schon unterbreitet. In 9 Bezirken mit rund 800 Mitgliedern bei circa 100 nichtorganisierten sind bis jetzt noch Bewegungen in Aussicht genommen. In den Bezirken, wo bisher Forderungen eingereicht wurden, verhielt sich die Unternehmer fast überall ablehnend. In Jerschow, wo die Schlosserei für Eisenarbeiten erweitert wird, ist es im Laufe der Woche mit den diese Arbeit ausübenden Unternehmern Schulz und Pieper zu Verhandlungen gekommen. Der Unternehmer Schumann, der an diesen Arbeiten nicht beteiligt ist, dem aber die Forderung auch gestellt war, war nicht ein-

stimmten. Mit Schulz und Pieper kam es zur Einigung; ein Vertrag, der den Kollegen 3 1/2 Lohnsteigerung sichert, wurde abgeschlossen. Das Vertragsgebiet umfaßt nicht nur die Bauten der Anstalt, sondern gilt für die Orte Jerschow, Hirschberg, Groß- und Klein-Mangelndorf, Gr.- und N.-Bulow, Rabelitz, Algenried, Melsdorf, Reddin, Stettin und Bütz. Da die in Frage kommenden Kollegen in kurzer Zeit alle auf den Anstaltsbauten untergebracht werden können, wird Schumann sehr bald auf der Einigung kommen, daß er vielmehr doch gefasster getan hätte, wenn er sich dem Verträge angeschlossen hätte.

In Loburg ist es zu Differenzen gekommen, die einen Streik mit Folge haben können. Seit Jahren sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der hiesigen Bauarbeiter gegenüber so manchem andern Orte ziemlich weit zurück, doch hatten es die Unternehmer immer noch verstanden, die Arbeiter vom Anschluß an eine moderne Organisation abzuhalten. Als der Unmut der Arbeiter im vergangenen Jahre gar zu hoch stieg, bewilligten die Herren 3 1/2 Lohnsteigerung und erreichten damit auch für den Augenblick, daß eine Organisation noch nicht zustande kam. Im Herbst 1908 wurde ein Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands gegründet. Unter Mitwirkung des Bauvorstandes wurde nun von einigen Mitgliedern der Unternehmern die Forderung gestellt, den Stundenlohn von 35 auf 38 1/2 zu erhöhen. Die Unternehmer antworteten, daß sie bereit seien, den Stundenlohn um 1. Mai auf 36 1/2 zu erhöhen, das würden sie aber nur tun, wenn die Arbeiter die Forderung des Lohnes wieder um 5 1/2 pro Stunde reduziert werden. In wahlloser Empörung über dieses Vorgehen der Herren wurde ihnen das Antwortschreiben mit dem Bemerken zurückgeschickt, daß die Forderung aufrechterhalten würde und daß niemand daran dachte, dem Verbands den Rücken zu kehren. Der Bauvorstand versuchte nun, vermittelnd einzugreifen. Der Unternehmer Bengel erklärte sich auch zu Verhandlungen bereit, der Unternehmer Graul dagegen bestieg, als er den hiesigen Organisationsvorhaben in Begleitung des Bauleiters kommen sah, sofort sein Rad und fuhr mit dem Bemerken, er habe jetzt gar keine Zeit, davon. Abends 7 Uhr fand dann eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt; bis auf sieben Kollegen — die alle schon alt an Jahren sind — waren alle Mitglieder in der Versammlung. Die Verhandlung über das Schreiben des Herrn Graul wurde mit großer Entrüstung aufgenommen. Auch die Polizei wurde mit großer Entrüstung aufgenommen. Doch in letzter Minute, als es so ein Streik unvermeidlich. Da sich Arbeitswillige nicht nach den Forderungen der Herren richten werden, wurde, wenn es zum offenen Kampfe kommt, der Sieg in kurzer Zeit den Kollegen zumal misst.

In Biersdorf fordern die Kollegen Erhöhung des Stundenlohnes von 36 auf 40 1/2; 38 1/2 haben die Unternehmer geboten, womit aber unsere Kollegen noch nicht einverstanden sind.

Gau Mannheim.

In Zweibrücken (Zweigverein St. Johann) wurde nach dreimaliger Verhandlung ein neuer Vertrag abgeschlossen. Die Kollegen erhalten vom 1. April an eine Lohnsteigerung von 3 1/2 pro Stunde sowie einige weitere Verbesserungen.

Die Unternehmer des Saargebietes haben uns schriftlich mitgeteilt, daß sie in diesem Jahre einen Vertrag mit uns nicht abschließen wollen. Den bisherigen Lohn von 32 1/2 pro Stunde wollen sie jedoch an tägliche (!) Maurer weiterzahlen. Hier im Saargebiet war ja die Schaffmacherei von jeher zu Hause. Nun macht sich auch noch der Einfluß der rheinisch-westfälischen Schaffmacherei bemerkbar, mit denen die Unternehmer des Saargebietes ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen haben.

In Pforzheim hatten die Unternehmer den Tarif gekündigt. Wir wollten abwarten, was die Arbeitgeber nun wohl gegen uns unternehmen würden, aber den Herren scheint die Zeit dabei lang geworden zu sein. Der Pforzheimer Arbeitgeberverband ließ deshalb durch den Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu Verhandlungen einladen. Es haben nun bereits dreimal Verhandlungen stattgefunden, aber jedesmal ohne Resultat. Unsere Kollegen fordern eine längere Arbeitszeit an Montagen und Samstagen sowie eine Erhöhung des Lohnes und die vollständige Lohnzahlung. Die Unternehmer verlangen die Einführung des Musterarbeits, wollen aber sonst kein Zugeständnis machen. An der letzten Verhandlung nahm auch der Vorsitzende des hiesigen Arbeitgeberverbandes, Herr Adolph Heppeler-Freiburg, teil. Dieser Herr spielte dabei den „harthen Mann“. Als wir anfragen, unsere Forderungen zu begründen, sagte Herr Heppeler: Das hat alles keinen Zweck, bewilligt wird doch nichts. Heppeler stellte auch noch die Behauptung auf, daß sich die Arbeiterverbände 1908 verpflichtet hätten, auch für 1909 die Grundzüge anzuerkennen, wonach es bis zum 31. März 1910 keine Lohnsteigerungen gibt. Damit führt Herr Heppeler die Pforzheimer Unternehmer irre.

In Speyer scheint allmählich ein Konflikt herauszuwachsen. Der Unternehmer Paul Schmidt aus Borsum hat in Speyer einen Fabrikneubau übernommen. Nun ist in Speyer die Affordarbeit tariflich ausgeschlossen. Die Bauleiter versuchen aber, bereits das Aufschlagen in Afford zu vergeben. Dies gelang aber nicht. Nun soll das Bauwerk als Affordarbeiten vergeben werden. Anscheinend werden sich auch Maurer finden, und zwar aus dem Zweigbezirk Mainz, die im Afford arbeiten wollen. Wir werden zunächst versuchen, den Unternehmer Schmidt zur Anerkennung des Speyerischen Tarifs zu bewegen; wenn dies nicht gelingt, dürfte es zur Sperre kommen.

Gau Stettin.

In dem eine gute Meile von Stettin gelegenen Altdamm lehnen die Unternehmer jede Verbesserung des Lohnes ab. Hierbei tragen die Herren der Entwidlung, die durch den Schiffsahrtzug Stettin-Berlin bedingt wird, nicht Rechnung; es muß erst immer zum Brauch kommen. Eine Verbesserung ist um so mehr geboten, als der Lohn in Altdamm noch um 2 1/2 hinter dem im Nachbarbezirk Bodebusch zurückbleibt.

Im Bezirk Bodebusch hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe von Stettin und Kreis Rantow seine Hand im Spiele. In einigen kleinen Punkten sind uns Zugeständnisse gemacht worden, doch will auch dieser Verband von einer allmählichen Gleichstellung mit Stettin nichts wissen.

Beharrlich lehnt man eine Verhandlung im Orte selbst ab, so daß die Annahme berechtigt erscheint, der Verband habe im Gebiet nur ein Mitglied und erstrebe einen „Nominierter“ Vertrag.

In Greifenhagen, dem dritten Vereinsgebiet am rechten Oderufer, ist es nun gerade nicht die Schuld der Unternehmer, daß die Löhne zwischen 40 und 45 1/2 schwanken. Reichlich ein Drittel der Kollegen findet diesen Zustand so schön, daß sie unsern Verband den Rücken kehren. Eine industrielle Anlage nach der andern wird errichtet, die unter den hiesigen befindlichen Kreiselanlagen werden ausgebaut, neue Wohnhäuser sowohl im Orte wie in der Umgebung erbaut; bei einigem guten Willen könnten unsere Kollegen den Unterschied zwischen dem Stettiner und dem Greifenhäger Lohn wesentlich verringern.

Die Unternehmer des Gebietes Bütz haben sich dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angeschlossen. Hoffentlich sind nicht alle 26 Unternehmern diesem Verband beigetreten; denn einige der Herren sind bei uns wegen Schulden gestrichen, und da wäre es doch nur recht und billig, daß sie, bevor sie ihre „Unternehmerinteressen“ vertreten, erst ihre Pflichten gegen die Arbeiterorganisation erfüllen. Darauf sollte auch der Arbeitgeberbund sehen. Aber die im Januar eingereichten Wünsche haben wir am 2. April mit den Unternehmern verhandelt. Von einer Lohnsteigerung wollen die Unternehmer nichts wissen, es soll der bisherige Lohn von 45 1/2 weiter gegeben werden, doch mit der Bedingung, daß statt eines Lohnbezirks nunmehr drei gebildet werden. Für die Orte Arznowitz, Stolzenhagen, Glentzen, die dem Stettiner Lohngebiet eingegliedert sind und wo nur vereinzelt kleine Unternehmern den Versuch machen, weniger zu zahlen, will man täglich 50 1/2 zahlen. Für Bütz und sieben andre Orte sollen 45 1/2 gelten und für zehn Orte nördlich und nordöstlich von Bütz 42 1/2 1/2. Die ganze Verhandlung war „Sand in die Augen“. Erst wird jede Verhandlung abgelehnt und schließlich werden Vorschläge gemacht, deren Undurchführbarkeit jedem Menschen klar ist. Damit ist dann die Form gewählt.

In Stettin hat der zweite Arbeitgeberverband der Verlängerung des bisherigen Vertrages bis zum 31. März 1910, unter Festlegung des sich über 16 selbständige Gemeinden erstreckenden Geltungsbereichs, zugestimmt.

Die Unternehmer zu Anklam versuchen mit einer Beharrlichkeit, die einer besten Sache wert ist, ein verbessertes Vertragsmuster einzuführen. Von Festsetzung der Arbeitszeit, Bewilligung einer Lohnsteigerung und gar von einer Landzulage sowie Gewährung wirklich menschenwürdiger Massenquartiere wollen die Unternehmer nichts wissen. In Anklam mit seinen 15 000 Einwohnern und einer wohlhabenden Banngemeinde soll der Lohn noch auf zwei Jahre auf 40 1/2 stehen bleiben. Mit Ausnahme von Garmen und Gültow zählt man in der ganzen Umgebung höheren Lohn. Im Vorpommern treibt wieder einmal ein blödes Herrenproletariat die Arbeiterkraft zum äußersten Schritt. In Bützsch lehnen die Unternehmer jede Verhandlung ab, weil dem einen die eignen Kollegen nicht gebildet genug sind, während dem andern die Maurer bei 40 1/2 pro Stunde und vier Monate Arbeitslosigkeit schon zu viel verdienen; einige kleine Unternehmer wollen abwarten.

Maurermeister Kreienberg in Friedland i. M. hat auf Bismarck zwei mit Kubarbeit beschäftigte Maurer wegen Faulheit entlassen. Dabei hatten beide in zusammen 59 Stunden den Kopf eines Saales von 12 x 8 m = 163 qm Deckenputz und entsprechendem Wandputz gepußt. Dabei mußten zwei Unterzüge verkleidet und mit Drahtgewebe gespannt werden. An den drei Fensteröffnungen mußten bei 50 cm Laubung die Zirkelbögen nach der Reier gepußt werden. Auch sonst wurde auf wirklich gute Arbeit geachtet. Rechnet man hierbei nur 20 1/2 pro Quadratmeter, so haben beide Gesellen zusammen A 23,60 Lohn bekommen, ein Arbeiter für 29 1/2 Stunden A 8,85 = A 32,45, verdient sind bei 20 1/2 pro Quadratmeter A 32,60. Aber kein Unternehmer erhält in dieser Gegend nur 20 1/2, schließlich sind 36 1/2 der Durchschnitt, und danach kommen A 58,68 heraus, die Gesellen haben also einen Lieberdienst von A 26,23 für den Maurer erarbeitet. Als am 14. März alles Neden nichts nützte, legten am 15. März 14 Kollegen die Arbeit nieder. Dies soll nun ein Vertragsbruch sein. Na ja, so'n redsten „Entschlossen“ hat immer recht, und so überseht man Entlassung nach „freiem Ermessen“ mit Willkür, und einen Streik um eine „angemessene Gegenleistung“ regelt man unter Umgehung der Schlichtungskommission einfach durch Entlassung. Am 24. März kam es nach langem Hin und Her zu einer Einigung, die in folgender Erklärung ihren Ausdruck findet: „Die Maurer heben die Sperre unter der Bedingung auf, daß bei Einstellung von Arbeitskräften die an der Sperre Beteiligten berücksichtigt werden, und daß aus Anlaß der Sperre keine Maßregelungen vorkommen.“ Damit ist der Wille der Kollegen erreicht.

Im Bezirk Götzhof ist der bisherige Vertrag auf die Dauer eines Jahres verlängert worden.

Der Arbeitgeberverband für Neukettin lehnte am 20. März jede Lohnsteigerung ab, doch will er über die Lohnhöhe und Gewährung von Massenquartieren nochmals verhandeln. Da uns zum Abhalten von Versammlungen kein Lokal zur Verfügung steht, sagte der Vorsitzende der Arbeiter keine Vermittlung zur Beschaffung eines solchen zu. Bis dahin müssen wir mit unserer Beschäftigung warten. Inzwischen haben die Zimmerer, die bis zur Verhandlung mit uns gemeinsame Sache machten und die 2 1/2 weniger Lohn erhalten als wir, einer Verlängerung des alten Vertrags zugestimmt, ohne eine gemeinsame Sitzung, die nach Beschaffung eines Versammlungsortes stattfinden sollte, abzuwarten.

Im Lohngebiet Bismarck-Jahnsdorf ist der bisherige Vertrag stillschweigend bis zum 1. März 1910 verlängert worden. Es muß nun energisch auf die strikte Durchführung der Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr bei allen Unternehmern des Bezirks gehalten werden.

In Nichtenberg-Brandenburg ist noch kein Vertrag abgeschlossen worden.

In Treptow a. d. Rega hat der Unternehmer P. Bittke einige Maurer gefunden, die ihm die notwendigste Arbeit fertigstellen. Ebenso steht es mit B. a. d. R.

In Warthum kam es am 30. März 1909 nochmals zur Verhandlung. Nach langem Hin und Her machten Treß und Biegels den Vorschlag, vom 1. Juni 1909 an 42 1/2 pro Stunde

Abschluß.

Einnahme.....	M. 5784,92
Ausgabe.....	5722,88
Rassenbestand.....	M. 12,04

Germann Baube, Gausvorsitzender.

Die Revisoren:

Johann Proste. Franz Koch II. Karl Diegorel.

Gau Münden.

Einnahme.

Rassenbestand vom Jahre 1907.....	M. 1087,58
Vom Verbandsvorstand erhalten:	
a) Beiträge auf Grund des Statuts.....	3094,19
b) Zuschuß.....	651,30
c) Ausgaben für Streikleitung zurück.....	1001,87
Beiträge der Zweigvereine.....	1163,90
Sonstige Einnahmen:	
Druckkosten für Tarife.....	M. 110,47
Kontrollkarten.....	212,-
Handzettel.....	17,20
Schreibmaterial.....	5,50
Localitäten von zwei aufgelösten Zweigvereinen.....	22,08
Summa.....	M. 7316,04

Ausgabe.

Beamtengeld.....	M. 2200,-
Entgangener Arbeitsverdienst anderer Kollegen.....	406,37
Däten.....	1233,50
Fahrtgeld.....	800,75
Bureaumiete, Heizung, Licht und Bureauausstatten.....	270,10
Druckkosten.....	380,67
Porto und Schreibmaterial.....	247,58
Sonstiges:	
Versicherung.....	M. 65,48
Reisungen.....	46,62
Gaukonferenz.....	119,70
Summa.....	M. 5847,02

Abschluß.

Einnahme.....	M. 7316,04
Ausgabe.....	5847,02
Rassenbestand.....	M. 1469,02

H. Hartl, Vorsitzender. H. Stadler, Kassierer.

Die Revisoren:

H. Feist. A. Griesberger. H. Järber.

Gau Straßburg.

Einnahme.

Rassenbestand vom vorigen Jahre.....	M. —
Vom Verbandsvorstand erhalten:	
a) Beiträge auf Grund des Statuts.....	796,12
b) Zuschuß.....	8503,88
c) Ausgaben für Streikleitung zurück.....	—
Beiträge der Zweigvereine.....	406,70
Sonstige Einnahmen.....	17,52
Summa.....	M. 4424,29

Ausgabe.

Beamtengeld, Spesen usw.....	M. 1925,50
Entgangener Arbeitsverdienst.....	120,15
Däten.....	896,80
Fahrtgeld.....	773,12
Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht und Bureauausstatten.....	558,56
Druckkosten.....	21,11
Porto und Schreibmaterial.....	86,51
Sonstiges, Versicherungsbeiträge.....	98,96
Summa.....	M. 4480,70

Abschluß.

Einnahme.....	M. 4724,29
Ausgabe.....	4480,70
Bestand.....	M. 243,59

Karl Voigt, Vorsitzender. Johann Fried, Kassierer.

Gau Stuttgart.

Einnahme.

Rassenbestand vom Jahre 1907.....	M. 63,09
Vom Verbandsvorstand erhalten:	
a) Beiträge auf Grund des Statuts.....	1778,69
b) Zuschuß.....	8021,31
Beiträge der Zweigvereine.....	581,30
Sonstige Einnahmen.....	46,30
Summa.....	M. 5490,69

Ausgabe.

Beamtengeld.....	M. 2300,-
Entgangener Arbeitsverdienst anderer Kollegen.....	214,10
Däten.....	1339,80
Fahrtgeld.....	797,45
Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht usw.....	246,94
Druckkosten.....	197,35
Porto und Schreibmaterial.....	112,16
Sonstige Ausgaben.....	282,26
Summa.....	M. 5490,06

Abschluß.

Einnahme.....	M. 5490,69
Ausgabe.....	5490,06
Rassenbestand.....	M. —,63

Stuttgart, den 22. Januar 1909.

H. Stolle, Vorsitzender. Jos. Funt, Kassierer.

Die Revisoren:

Joh. Sengle. Jos. Böß. Adam Wolfer.

Berichte.

Gau Frankfurt a. M. Konferenzbericht. Die hiesige Konferenz des Gau Frankfurt tagte am 14. März im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. Nach der Eröffnung durch den Gausvorsitzenden Güttmann, wählte man

Güttmann und Junglaus-Cassel zu Vorsitzenden, Schmitt-Fulda und Simon-Rambach zu Schriftführern der Konferenz. Die Tagesordnung lautete:

1. Tätigkeits- und Jahresbericht des Gausvorsitzenden;
2. Tarifverträge und Unternehmerrorganisation;
3. Bildungsaufgaben in der Organisation;
4. Neuwahl des Gausvorsitzenden;
5. Sonstige Anträge.

Anträge waren eingegangen vom Zweigverein Cassel: 1. Der gedruckte Bericht des Gausvorsitzenden ist 14 Tage vor dem Stattfinden der Konferenz herauszugeben. 2. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung ist auf die Tagesordnung zu setzen. 3. Im Fürstentum Waldeck und in den angrenzenden Gebieten ist eine gemeinsame, planmäßige Agitation zu betreiben. Ferner hatte der Zweigverein Mainz eine Resolution beantragt, die sich mit dort bestehenden Differenzen befaßt. Der Bericht des Gausvorsitzenden lag gedruckt vor, Güttmann ergänzte ihn: Er besprach die Wirkung der Krise auf die Organisation. Die Krise habe uns manche Kollegen abtrünnig gemacht, die den Gedanken der modernen Arbeiterbewegung noch nicht genügend erfasst hätten. Der absolute Mitgliederzuwachs betrug rund 3000. Gemeinsame Aufgabe aller Kollegen, insbesondere der Fachstellen- und Zweigvereinsleitungen, müsse es sein, dieser unerfreulichen Erscheinung zu wehren. Nicht überall habe man die volle Mithat getan. Mit Beginn des Jahres 1908 wurde der Gau Cassel aufgehoben und insofern dessen dem Gau Frankfurt 16 Zweigvereine mit 2508 Mitgliedern angegliedert. Das Gebiet hat sich dadurch wesentlich erweitert. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 1907 16 671, 1908 14 670, 1909 wurden 1908 weniger beschäftigt. Die Krise von 1900 übte eine härtere Wirkung auf unsere Organisation aus; der damalige Verlust betrug 35 pSt., diesmal ungefähr 9 bis 10 pSt. Daraus ist zu erkennen, daß der Verband die Wirkungen der Krisen bedeutend herabzumindern imstande ist. Auf der vorigen Konferenz hatte man sich eingehend mit Coblenz beschäftigt. Dort entsprach die Entwicklung bis dahin keineswegs den aufgegebenen Mäßen und Mitteln. Erfreulicherweise brachte eine bessere Konjunktur 1907 die erwartete Besserung. Nun wurden andere zurückgelassene Bezirke systematisch bearbeitet. Ganz besonders wurden Nassau, Fulda und Limburg a. d. Lahn ins Auge gefaßt. In Nassau beträgt der Mitgliederzuwachs bereits 100. In den beiden anderen Bezirken sind die zu überwindenden Hindernisse etwas schwieriger. Die gemachten Aufwendungen stellen starke Anforderungen an die Gauskasse, die sich bei der mit dem Mitgliederzuwachs verbundenen Mindereinnahme besonders bemerkbar machen. Die vom Gau Cassel angegliederten Zweigvereine haben sich im allgemeinen gut gehalten, nur der Zweigverein Wilmshausen löste sich wieder einmal auf. Von anderen Organisationen kommen in erster Linie die „Christlichen in Betracht, worin die in den Zweigvereinsbezirken Fulda und Limburg. In den übrigen Bezirken sind sie trotz der rein katholischen Bevölkerung, kaum lebensfähig. Im Verlaufe der Jahre hat der „christliche“ Bauhandwerkerbund nach dem Bericht in seinem Fachorgan rund 550 Mitglieder verloren. Dies ergibt ein Rückgang von 20 pSt. Daraus ist ersichtlich, daß die christliche Organisation relativ stärker unter der Krise leidet als wir. Im Coblenzer Gebiet wohnen auch einzelne „Fachabteilungschriften“, die ganz unter dem Einflusse der Weltwirtschaft stehen. Die „Syndikalisten“ hatten den Gau Frankfurt einen Besuch ab. Von einem Erfolg hat man nichts gehört. Es genügt auch vollkommen, wenn auch Organisationen vorhanden sind; die Spaltung bedeutet schon Unheil genug. In Verfassungen der Unternehmerr, die Böhme zu fügen, schied es nicht. Die Bewegung der Spezialabteilungen endete mit Erfolg. Das Einberufen mit den Zweigvereinen ist stets gut gewesen. Zur Erlebung der äußeren Agitation wurden insgesamt 335 Orte besucht, in 288 Fällen von Mitgliedern des Gausvorsitzenden und in 47 Fällen von anderen Kollegen. — Den Rassenbericht erstattete Kollege Seig. Im Namen der Revisoren erklärte Kollege Wolbader, Kasse und Bücher in Ordnung gefunden zu haben und beantragte Entlastung. Diese wurde einstimmig erteilt. In der Diskussion begründete Fröhder-Mainz die von dort beantragte Resolution. Delp-Darmstadt besprach die Verhältnisse im Dieburger Gebiet und die Stellung der Reichswehr der dortigen Maurer zur Organisation. Barth-Mainz hält die Gauskonferenz für nicht kompetent, in ihrer Streikfrage zu entscheiden.

Bömelburg, Vertreter des Verbandsvorstandes, ergrüßte die Mainzer Streikliste nicht hier zu erörtern, es wäre schade um die kostbare Zeit. Er bittet, der Resolution zuzustimmen, die den Verband und Gausvorsitzenden auffordert, vermittelnd einzugreifen. Die von Cassel beantragte Arbeitslosenunterstützung erörtert Bömelburg von der finanziellen und praktischen Seite. Unser oberster Grundgedanke ist es von jeher gewesen, das Gauspaupern auf die Ergrünung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen zu richten. Die Unterstützungsanstalten in unserm Verband sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. So war es immer und so wird es auch bleiben.

Gortler-Mannheim schildert das verwerfliche Verhalten der Streikbrecherkolonnen aus dem Kreuznacher und Dieburger Bezirk, besonders im Saargebiet. Wegen dieser Elemente sei ein gemeinsames Vorgehen notwendig. Junglaus-Cassel erklärte, wie die Anträge zustande gekommen seien. In der Frage der Arbeitslosenunterstützung ist er der Meinung Bömelburgs, die nötigen Mittel dazu können nicht im gegenwärtigen Augenblick aufgebracht werden. Schmitt-Fulda besprach die Verhältnisse in seinem Bezirk. In den ländlichen oberflächigen Gebieten werden die Maurer noch mit Naturalien entlohnt. Diese Mithandigkeit wirkt unheilvoll auf das Kulturniveau der Kollegen. Ged-Langen kritisierte den Mitgliederverlust; Gießen reise dabei an erster Stelle. Auch Fulda hätte die oberflächigen Orte mehr halten können. Der Gausvorsitzende sollte auf diese Zweigvereine mehr achten als bisher. Struth-Coblenz sprach gegen die Affordkolonnen; sie bringen uns um das mühsam Erungene. Schupp und Schieferstein-Dießen verurteilten sich gegen die Ausführenden. Die dortigen Mitglieder wohnen ungeheuer gestreut und auf 97,14 pSt. auf dem Lande. Nach einem Schlußwort Güttmanns wurde in der Mainzer Streikliste einstimmig beschlossen, den Gaus- und Gausvorsitzenden mit der Schlichtung zu beauftragen.

In der Nachmittagsitzung erstattete Wies-Frankfurt für die Mandatsprüfungskommission Bericht. Danach waren

anwesend 100 Delegierte aus 23 Zweigvereinen, sechs Mitglieder des Gausvorsitzenden, Bömelburg vom Hauptverband, Gortler vom Gau Mannheim, der Frankfurter Gauleiter der Bauhilfsarbeiter, Genosse Sempel, und Kollege Thüne-Cassel. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt.

Ueber den Punkt Tarifbewegung referierte Bömelburg. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Ueber die Bildungsaufgaben der Organisation referierte Fröhder-Mainz. Auf dem Gebiete des Bildungswesens wurde in den letzten Jahren sehr viel getan. Nach der Gewerkschaftsschule werden alljährlich 60 Teilnehmer geschickt; dort erhalten sie Anleitung zum Weiterstudium. Die Zweigvereine und die Kartellkörperchaften bemühen sich, den Arbeitern Bildung zu vermitteln durch Abhaltung von Vorträgen. Überall wird Wert auf die Bildung des einzelnen gelegt, um sie der Gesamtbewegung zu vermitteln. Unsere Kollegen müssen immer mehr den Zusammenhang der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erfassen. Die Bewegung ist in den letzten Jahren sehr in die Breite, aber nicht dem entsprechend in die Tiefe gegangen. Das Hauptziel war auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtet, die Bildungsfrage konnte daher nicht die nötige Beachtung finden. Die Schwierigkeiten, die uns im hiesigen Gebiet entgegenstehen, werden noch erhöht durch die landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung, die den Kollegen jede freie Zeit nimmt. Die weiten Wege zum Arbeitsort und der mangelhafte elementare Volksschulunterricht erzeugen bei den meisten Kollegen eine wahre Abneigung gegen jede geistige Betätigung. Viele sind leider noch Opfer der bürgerlichen Klatschpresse. Hier ganz besonders muß der Fehel angeführt werden; denn oft hört man die Kollegen die widersinnigsten Ansichten fortplörren. So über die Ursache der hiesigen Wirtschaftskrise. Da hört man die Meinung, die Arbeitslosigkeit sei die Folge der „hohen Löhne“ und der Streiks der letzten Jahre, daher würde nicht so viel gebaut. Fragt man nach der Quelle dieser Weisheit, so kann man hören: Ja, das hat doch im „General-Anzeiger“ oder sonst wo gestanden! Die Vereinsmeierei bürgerlicher Vereine ist uns sehr hinderlich und verschuldet gar oft den Notmangel. Am beschämendsten ist noch dabei die Beteiligung unserer Kollegen. Gar mancher nicht unbefähigte Kopf ist noch für uns zu gewinnen. Zur Bildung gehört vor allem ein erster Wille, ein guter Charakter und ein genügendes Maß von Selbstvertrauen. Mehr gibt noch Wille und Anleitungen zur Einrichtung und Benutzung von Bibliotheken. Eine Diskussion wurde auch in dieser Frage wegen Mangel an Zeit nicht beliebt. Die Vorstandswahl ließ alle bisherigen Mitglieder im Amt, nur an Stelle des Kollegen Adolf Kappes-Gelsbach wurde der Kollege Lorenz-Erbsen gewählt. Zu Revisoren wurden bestimmt: Th. Moser-Steinfischbach, Wilhelm Goldader-Markthal und Wilhelm Aufh-Krankfurt am Main. Güttmann dankte im Namen der übrigen Mitglieder des Gausvorsitzenden und betonte, daß es besonders angenehm berühre, daß bei allen Beschäftigten, Resolutionen und Wahlen die größte Einmütigkeit geherrscht habe. Mit einer Aufforderung, neue Streiker zu werben, und mit einem begeisterten Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Konferenz um 5 Uhr geschlossen.

Mit-Gesell. Als hier vor vier Jahren eine Fachstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands gegründet wurde, fühlte sich der damals hier amtierende Pfarrer Stanosoff berufen, die toten Verbände geistig abzuschlachten und es berging kein Sonntag, wo er nicht den Vorsitzenden der Fachstelle sowie den Gausvorsitzenden und den Genossen Böbel auf der Kanzel erwähnt hätte. So geschah es, daß er auch einmal vom Vorsitzenden in einem Briefe nicht mit Glaschandschiffen angefaßt wurde. Dies hatte zur Folge, daß der Mitarbeiter zwei Monate darüber nachdenken mußte, auf welche Weise man diesen Leuten am besten entgegenkommen kann. Der Jubel bei den frommen Schiffs... war damals nicht klein, da sie doch schon dachten, sie wären nun endlich von den bösen Geistes erlöst. Doch die Enttäuschung war nicht klein, als man kurze Zeit darauf hörte, daß Kuratus Stanosoff auf eine andere Pfarrei übersiedeln müsse. Aber das schlimmste war noch, daß er kurz darauf auf einige Monate verhaftet, und später von seinem Kardinal, Fürbischoff Kopp, seines Priesteramtes wegen Mißbilligung mit seinen Karanalen entbunden wurde. Kein Wunder, daß sich zu unserer Freude unsere Fachstelle immer besser entwickelte, so daß wir zum größeren Schreck unserer Frommen zur Gründung eines Zweigvereins schreiten konnten. Nun dachten wir, sein Nachfolger würde wohl daraus einen Lehre ziehen und nicht in die Fußstapfen seines Vorgängers treten. Doch damit haben wir uns verrechnet. Die Art und Weise, wie der jetzige „Diener Gottes“ gegen uns arbeitet, spottet jeder Beschreibung. Nicht nur, daß er sich mehr als ein Jahr mit unsern Kollegen vor den Gerichten herumtreibt, nein, er gründete auch eine katholische Fachabteilung, Berliner Richtung. Diese verbündete sich mit dem hiesigen Kriegerverein, um die Verschlechterung der roten Brüder im großen vorzunehmen. Da dieses aber nicht geht, so bedient er sich auch einer andern Taktik. So werden unsern Mitgliedern alle kirchlichen „Ehrenämter“ abgeprochen; als Raten oder Trauzeugen sollen unsere Mitglieder nicht zugelassen werden; die alte Praxis, daß unsere Mitglieder, die in den Ehestand treten wollen, ihre Austrittserklärung aus dem Verbands mitbringen müssen, wird weiter gehandhabt. Den Vorsitzenden des hiesigen Zweigvereins verfußt er damit zu belumpfen, daß er sich bei seiner Agitation für die Fachabteilung damit brüsst, er als Präses des „Streikbrechervereins“ mache die Arbeiten umsonst, nur aus Liebe zu den Mitgliedern, wogegen Kollege Kotarzil für seine Mühe ein gutes „Gehalt“ beziehe. Kommentar überflüssig. Das Gegenteil trifft zu. Kollege Kotarzil „bezieht“ nur das, was er sich beim Unternehmerr verdient. Das ist also die Kampfesweise. Er. Erwidern, des Pfarrers Bisthshofski aus Gutentag. Nachdem wir hier mehr als ein Jahr mit den kirchlichen Ausnahmegerichten kämpfen, können wir dem guten Hirten und seinen frommen Schäfchen mit der größten Seelenruhe sagen: daß diese Agitationsweise einen noch viel schlimmeren Mißerfolg haben wird, als die seines Vorgängers. Im vorigen Jahre ging ein Kollege von uns mit einer Hochzeitsgesellschaft zur Kirche und hatte sich dabei, der Landeskirche folgend, mit einer Schleiße geschmückt, und zwar mit einer roten Schleiße. Als er

Ehrwürden die rote Schleife erblidte, ging es ihm so, wie es dem gehörnten Bierfänger bei einem solchen Anblick gehen soll: er verlor die Ruhe und benutzte die Gelegenheit, um unter dem Schutze der Kirche dem Kollegen eine fröhliche Zurechtweisung zu geben. Am Abend desselben Tages traf dann der Pfarrer und zwei Lehrer mit einigen Kollegen zusammen, die zur Sozialistengesellschaft gehörten. Einer aus der Gesellschaft, der ein Mädchen am Arme führte, rief (es war dunkel) mit dem Pfarrer zusammen. Einer der Lehrer wollte seine Gutgläubigkeit beweisen und fing mit dem Kollegen Streit an. Daraus hat sich dann ein Strafprozeß wegen Beleidigung entwickelt, der mit der Verurteilung des einen Kollegen zu 30 Geldstrafe endete. Wir sind ja allerlei gewohnt und werden auch das Verschmähen. Aber wenn der Pfarrer glaubt, durch sein Verhalten der von ihm vertretenen Sache zu dienen, so irtz er gewaltig. Mehr als alle kirchenfeindliche Agitation ist gerade sein Verhalten geeignet, die redlich denkenden Leute zur Abkehr von der Kirche zu veranlassen. Wir werden so weiter sehen.

Berlin. Die Sektion der Gips- und Zementbrände hielt am 24. März in den „Neuen Arminkallen“ ihre Generalversammlung ab, in der Kollege Soeje den Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1908 gab. Der gedruckte Geschäftsbericht ist den Mitgliedern vor der Versammlung ausgelegt worden. Unter der schlechten Bauwirtschaft in Groß-Berlin hatte auch die Gips- und Zementbrände schwer zu leiden. Die Zahl der in beiden Berufen beschäftigten Arbeiter, die in den Jahren 1905 und 1906 noch 5250 betrug, ging um mehr als die Hälfte zurück und betrug in der letzten Hälfte des Jahres nur noch 2600. Unter diesen Verhältnissen war unter den Berufscollegen während des ganzen Jahres andauernd eine große Arbeitslosigkeit. Verschiedene Unternehmer glaubten, diese Situation für sich auszunutzen zu können und die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Firma Wils, Sollmehl mußte wegen Lohnreduzierung gesperrt werden. Nach fünfmonatiger Sperre, an der 41 Kollegen beteiligt waren, verpflichtete sich der Unternehmer Schödel, den Tariflohn zu bezahlen. Die Unkosten aus dieser Sperre betrugen 2139.15. Aus denselben Gründen wurde die Firma Bruno Klemta gesperrt, weil der Unternehmer den Putzern und Trägern den Lohn um 10 bis 15 % pro Stunde reduzierte. Die Sperre endigte mit vollem Erfolg, schon nach anderthalb Tagen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Unkosten betrugen 62.55. Neben diesen Sperren sind noch sieben Baupersonen gegen einzelne Unternehmer verhängt worden. Am 16. Juni fand eine Bauteilkontrolle statt. Kontrolliert wurden 322 Baustellen mit 2537 daran beschäftigten Kollegen. 303 Mitglieder der Sektion waren arbeitslos, 58 krank und 124 waren in einem anderen Beruf beschäftigt. Im ganzen wurden festgestellt 3027 Kollegen, von diesen waren 2491 organisiert und 536 unorganisiert. Auf 23 Bauteilen der Gipsbrände wurde die achteinhalbstündige Arbeitszeit nicht eingehalten, sondern neun und noch mehr Stunden gearbeitet. Ebenfalls wurde die neunstündige Arbeitszeit in der Zementbrände auf neun Baustellen nicht eingehalten. Zur Erleichterung von Verbandsangelegenheiten sowie zur Agitation wurden im ganzen Jahr 10 Generalversammlungen, 15 Gruppen- und 51 Bezirksversammlungen abgehalten. Die inneren Verwaltungsgeschäfte sind in 19 Vorstands-, 6 Obleute- und 51 Bezirksgruppen erledigt worden. Eine Versammlung fand zwecks Agitation unter den italienischen Kollegen statt. Der Verlauf der Lohnbewegung im Jahre 1908 war für die Sektion von weittragender Bedeutung, da die Bewegung unter besonders schwierigen Verhältnissen zu führen war. Die Unternehmer kündigten am 1. Juli den am 30. September 1908 ablaufenden Tarifvertrag. Mit der Kündigung planten sie die Verschlechterung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Obwohl es gelang, die angebotenen Verschlechterungen in der Hauptsache abzuwehren, mußte trotzdem für die Einschaltendepuer eine Lohnreduzierung von 95 % auf 90 % mit in Kauf genommen werden, da die Unternehmer unter keinen Umständen dieser Kategorie einen höheren Lohn zahlen wollten als den übrigen Rabitzputzern, die nur 90 % Stundenlohn erhalten. Für das Betonbaugewerbe gründete sich im September 1908 eine neue Unternehmerorganisation unter dem Namen „Verband der Berliner Beton- und Eisenbetonbaugeschäfte“. Mit diesem Verband trat die Sektion auf Antrag der Unternehmer zwecks Abschluß eines Tarifvertrages in Verhandlung ein. In fünf Sitzungen der Tarifkommission und einer Verhandlung vor dem Einigungsamt wurde ein Tarifvertrag vereinbart, dem die Generalversammlung am 23. Oktober zustimmte. Inzwischen wurden auch die Verhandlungen mit dem „Berliner Beton-Verein“, in dem die Unternehmer der Gipsbrände organisiert sind, eröffnet. In sechs Sitzungen der Tarifkommission und drei Sitzungen vor dem Einigungsamt war zwischen den Parteien verhandelt worden. Die Verhandlungen scheiterten, da die Unternehmer auf ihrem Standpunkt verharrten, für alle Gruppen eine Lohnreduzierung von 2 1/2 % pro Stunde vorzunehmen. Am 7. Dezember sperrten fünf Unternehmer 231 Rabitzputzer, Spanner und Träger aus, weil sie sich weigerten, die einseitig aufgestellten Arbeitsbedingungen zu unterzeichnen, worin eine Lohnreduzierung von 5 % pro Stunde und die neunstündige Arbeitszeit vorgesehen war. Nach dreitägiger Aussperrung wurden von den Unternehmern neue Verhandlungen angebahnt, die zum Abschluß eines Tarifvertrages führten. Die Versammlung am 11. Dezember stimmte dem Vertrage zu, am 12. Dezember wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In dem neuen Vertrag bleibt die achteinhalbstündige Arbeitszeit wie auch der Lohn für Träger von 72 1/2 % bestehen. Für Rabitzputzer und Spanner tritt bis zum 1. April 1909 eine Lohnreduzierung von 2 1/2 % pro Stunde ein, von da an wird wieder der alte Lohn von 90 % für Putzer und 75 % für Spanner gezahlt. Die Unkosten der Sperren betrugen 2613.55, hieron sind 1451.55 aus der Kassa der Sektion bezahlt. Im Arbeitsnachweis der Sektion waren als arbeitslos eingetragen 2076 Kollegen, von diesen haben sich durch Umhauen in den Bureaus der Unternehmer 1738 selbst Arbeit gesucht. 777 Kollegen sind durch den Arbeitsnachweis vermittelt worden, darunter waren 190 Putzer, 249 Spanner, 109 Träger, 57 Zementierer, 82 Einschaltendepuer und 90 Gipsarbeiter. Am Schluß des Jahres waren 123 Kollegen als arbeitslos eingetragen. Die Mit-

gliederzahl der Sektion beträgt am Schluß des Jahres 1240, hiervon gehören zur Gruppe der Rabitzputzer 882, Rabitzspanner 272, Zementierer 181, Einschaltendepuer 206, Träger 123 und der Hilfsarbeiter 127 Mitglieder. Für das Jahr 1907 hatten die Beiträge voll bezahlt und den Schlussschein erhalten 1760 Kollegen. Das Andenken von 18 im Laufe des Jahres verstorbenen Kollegen sowie das Andenken des Genossen Heßlein, der in vielen Versammlungen der Sektion Vorträge gehalten hat, wurde in der üblichen Weise geehrt. Der Kassierer Dersel gab hierauf den Kassenbericht für das vierte Quartal 1908 wie auch die Abrechnung für das ganze Jahr bekannt. Die Einnahme betrug im vierten Quartal einschließlich des alten Bestandes vom dritten Quartal (M. 11 492.65) M. 19 594.55, die Ausgabe M. 9147.08, bleibt ein Bestand von M. 10 447.47. Die Jahresrechnung betrug mit einem Bestand von M. 14 598.74 vom Jahre 1907 M. 63 369.17, die Ausgabe M. 42 921.70. Der Restbetrag bleibt am Jahreschluß ein Bestand von M. 10 447.47. An den Bericht des Vorstandes knüpfte sich eine rege Diskussion. Insbesondere wurde der Rückgang der Mitgliederzahl besprochen und beklagt, daß so viele Kollegen der Organisation den Rücken gekehrt haben. Zum Teil wurde dies auf die schlechte Baufonjunktur, zum andern Teil auf die Lohnbewegung im Jahre 1908 zurückgeführt. Angeregt wurde noch, daß im nächsten Jahre die Versammlung, in der der Vorstandsbericht gegeben wird und die Auswahl des Vorstandes erfolgt, früher stattfinden soll. An der Affordarbeit, die während des Jahres 1908 zum Schaden der Kollegen immer mehr an Ausdehnung gewonnen hat, wurde scharf Kritik geübt und verurteilt, daß Kollegen schon für Affordpreise arbeiten, die jeder Beschäftigte ohne Bedenken ablehnen würde. Die Kollegen, die selber der Organisation unterworfen haben, sollen dem Bericht übergeben werden, sofern sie nicht ihre Verpflichtungen erfüllen. Der Vorstand wurde hierauf einstimmig entlassen und ein Antrag der Revision angenommen, dem Kassierer ein Mandat von M. 50 und den Hilfsarbeitern von 1 % der Einnahme zu gewähren. Ein Antrag des Sektionsvorstandes wurde gegen wenige Stimmen angenommen, nur noch einen Kollegen als Sektionsleiter aufzustellen, der als Vorstandsmitglied die Kassenangelegenheiten zu erledigen hat. Zum Sektionsleiter wurde Kollege Soeje in geheimer Wahl mit 113 Stimmen gegen 41 Stimmen, die auf den Kollegen Krenn fielen, gewählt. Zu Mitgliedern der Schlichtungskommission wurden die Kollegen Fritz Gasse, Rud. Grundmann, Gustav Scherbarth und Otto Gasse gewählt. Die Verschmelzung der Lokalfass mit der Zweigvereinskasse lehnte die Versammlung in geheimer Abstimmung mit 82 gegen 66 Stimmen ab. Angenommen wurde ein Antrag des Vorstandes, daß die Arbeitslosenmarke an jene Kollegen, die sich wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags, zur Kontrolle melden, aus der Lokalfasse bezahlt wird. Aber sich nur einmal melden, muß die Arbeitslosenmarke selbst bezahlen. Die gewählten Hilfsarbeiter wurden von der Versammlung bestätigt. Eine Klage wegen ungesetzlichen Verhaltens während der Lohnbewegung im Dezember 1908 erhielten die Kollegen Rabitzspanner Albert Krümmen, Fritz Wänsch und Fritz König und der Putzer Robert Schöder. Ausgeschlossen wegen Streikbruchs wurde der Rabitzspanner Wils. Dittmann in Moabit. Unter „Verschiedenes“ wurde noch angeführt, daß bei der Firma Hermann Bräuer auf dem Bau Grunauerstraße bei Weßheim einzelne Putzer und Spanner unter dem Lohn arbeiten; auf denselben Bau wird fast achteinhalb Stunden neun Stunden gearbeitet. Der Vorstand wurde beauftragt, dies der Schlichtungskommission zu melden.

Burgbernheim. Schon mehrmals fanden in unserm Orte Versammlungen der Maurer statt, um die Kollegen für den Verband zu gewinnen, bezw. die Kollegen des bestehenden Bauhandwerkervereins von dem Vorteil einer Zentralorganisation zu überzeugen. Anfanglich waren es nur wenige Kollegen, die diesem Rufe Folge leisteten, aber so wie fester Tropfen den Stein höhlt, so wurde die Zahl unserer Mitglieder immer größer, so daß endlich an die Gründung eines Zweigvereins gedacht werden konnte. Gegenwärtig gehören von den 30 am Orte vorhandenen Maurern 12 dem neugegründeten Zweigverein an, hoffentlich werden sich die noch fehlenden 18 Kollegen bald eines Besseren belehren lassen und in die Reihen der Organisierten eintreten, um ihre Interessen nachdrücklich vertreten zu werden, was aber ganz besonders auch für die Kollegen in dem nahegelegenen Flecken Karstberg zu wünschen wäre, denn dort zählt unsere Kollegen noch zu den rückständigsten in ganz Bayern. Auch einen kleinen Erfolg haben die Kollegen in Burgbernheim durch den Verband bereits zu verzeichnen. Auf eine Forderung, die die Kollegen an ihre Unternehmer stellten, bewilligten diese eine Lohnreduzierung von 2 1/2 % pro Stunde. Würden aber alle Kollegen dem Verbandsangehörig haben, so würde mindestens das Doppelte erreicht worden sein, was sich die Kollegen in unser Gegend zu Herzen nehmen möchten. Einigkeit macht Kraft!

Gemüts. Am 30. März sprach in unsern Mitglieder-Versammlung der Kollege Richard Koch aus Weizig über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Die lehrreichen und fesselnden Ausführungen hingen in eine ernste Stimmung und erregten Agitation aus und fanden reichen Beifall. Nach der Diskussion wählte man eine Bescheidungskommission von fünf Kollegen und nach Erledigung einiger kleiner Sachen schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Göln. Den Kollegen des Zweigvereins zur Nachricht, daß durch die Umwälzungen am 23. März der Kollege Wb. Kreibohm als Vorsitzender und der Kollege Max Böhm als Kassierer wiedergewählt worden sind. Das Bureau befindet sich Göln, Volkshaus, Severinstr. 199, 2. Etg., Zimmer 22, und ist geöffnet: wochentags von 11 bis 1 Uhr und von 6 bis 8 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr. Anwesenheitskartei wird Samstags von 9 bis 11 Uhr ausgehändigt.

Erntmischau. In der am 30. März abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurde zunächst das Andenken der Kollegen Johann Elanings, Richard Jung und Ferdinand Otto durch Erheben von den Plätzen geehrt. Hierauf hielt Genosse Schuster einen gut durchgeführten Vortrag über Genossenschaftswesen, der beifällig aufgenommen wurde. Den Kartellbericht gaben die Kollegen Galtbauer und Wöttger. Von

dem Gewerkschaftskartell ist die Errichtung eines Auskunfts-bureaus geplant. Die Stellungnahme unserer Delegierten zu dieser Frage wurde gutgeheißen. Kollege Albin Claus wurde in die Bescheidungskommission gewählt. Der Besuch der Versammlungen muß besser werden.

Hamburg. Die am 31. März tagende außerordentliche Mitglieder-Versammlung, die sehr gut besucht war, beschäftigte sich mit dem Tarifvertrag, der von der Lokalkommission und den Unternehmern beraten war. Der Vertrag fand einstimmige Annahme. Da sich einige Kollegen hatten dazu verhalten lassen, zu äußerst schlechten Preisen bei der Sperrarbeit wie auch an einigen andern Neubauten Arbeiten in Afford auszuführen, und da sich die hiermit verbundenen Mißstände schon in krasser Weise bemerkbar gemacht hatten, wurde gegen eine Stimme der Beschluß gefaßt, sich in Zukunft jeglicher Affordarbeit zu enthalten. Positivistisch werden die Kollegen den Beweis erbringen, daß sie imstande sind, diesem Beschluß Geltung zu verschaffen, zum Segen der Allgemeinheit. Zur Kassierer wurde mit großer Majorität beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Zu diesem Zweck soll kurz vor dem 1. Mai noch eine Versammlung stattfinden, um über die stattfindenden Veranstaltungen zu beschließen. Der Vorsitzende forderte dann die wahlberechtigten Kollegen auf, zu der Stadtverordnetenwahl ihre Pflicht zu tun. Sollten Kollegen wegen der Ausübung der Wahl Zeitverhältnisse haben, bekommen sie diese aus der Lokalfasse vergütet.

Hamburg. Dem Zweigvereinsvorstand ist nachstehendes Schreiben zugeflossen, das beweist, wie die Kräfte des schmählichsten Rostes der Unterdrückten, die hünische Selbsterniedrigung weckt:

Hamburg, den 17. 3. 1909.
Herrn Bosman & Maurer, G. m. b. H.

Ich möchte hiermit ergeben um Beschäftigung anfragen: Ich war schon in den Jahren 95, 96, 97, 01 bei der Firma in Arbeit. Ich kann sowohl feine Maurerarbeit, Gipsen, Rabitzputz und Spannen. Vielleicht wäre eine Stelle frei, worin ich mich zum Polier ausbilden könnte (ich habe schon bei Berlin selbständig gebaut), ich wäre mit dem kleinsten Lohn zufrieden, auch kann ich kleine zeichnerische Arbeiten ausführen.

Geschäftsbüro
Mar. Brinkmann, Maurer,
Hamburg-St. Pauli, Seilerstr. 21, b. Seythen.

Bis jetzt hat die genannte Firma auf die vielseitige Arbeitskraft des B. verzichtet. Die Firma hat bisher mit Reuten, die mit dem kleinsten Lohn zufrieden sind, schlechte Erfahrungen gemacht.

Gersfelde i. d. W. Am 28. März hielt der Zweigverein Gersfelde seine Generalversammlung in Stügel ab, zu der Kollege Thöns-Berlin erschienen war. Zwei erhaltene Kollege Schöder den Bericht von der Buperkonferenz, der mit Interesse entgegengenommen wurde. Nachdem referierte der Kollege Thöns über: Die gegenwärtige Situation im Baugewerbe und unsre Aufgabe. Sein Referat wurde von der Versammlung mit großem Beifall entgegengenommen. Weiter wurde über die Kassierer gesprochen. Die Versammlung kam zu dem Schluß, es den Kollegen auf der Baustelle zu überlassen, ob sie die Arbeit ruhen lassen wollen oder nicht.

Leidenwalde. Am 21. März beschäftigten sich die Kollegen des Zweigvereins zunächst mit dem am 1. April eintretenden Verfall der Arbeitszeit von zehn auf neuneneinhalb Stunden. Im Vertrag ist nicht zweifelsfrei festgelegt, wie die Verfallung vor sich gehen soll, ob man morgens eine halbe Stunde später anfangen oder ob man die Mittagspause um eine halbe Stunde verlängern soll. Nach längerem Debatte beschloß man gegen fünf Stimmen, die halbe Stunde später anzufangen. Der Beschluß soll möglichst strikte durchgeführt werden. Danach sprach man über die Kassierer. Im vorigen Jahre haben sich die Kollegen durch die Drohung der Unternehmer mit der eintägigen Aussperrung von der Feier durch Arbeitsruhe abhalten lassen. Jetzt beschloßen die Kollegen einstimmig, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, selbst wenn die Unternehmer noch länger aussperrten sollten. Die feiernden Genossen treffen sich morgens 6 1/2 Uhr bei Gerhard. Zum Schluß erstattete Kollege Krenb Bericht von der Buperkonferenz.

Mühlhausen i. Th. Unser Mitglieder-Versammlung am 26. März war gut besucht. Kollege Schenck-Erfurt referierte über: Unser Zentralverband und seine Wirkung auf die Lohnverhältnisse seiner Mitglieder. In den Jahren 1880 bis 1890 betrug in Mühlhausen die Arbeitszeit elf und zwölf Stunden und der Stundenlohn 24 bis 26 %. Seit dem Jahre 1896, wo die Organisation auch hier Fuß faßte, bemerkte man gleich, daß hier die Verhältnisse besser wurden, aber es gab auch harte Kämpfe, ehe sich die Unternehmer daran gewöhnen konnten. Im Jahre 1897 hatten wir den ersten Streik von acht Tagen, den wir mit Erfolg beendeten; da wurde die Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 Stunden verringert und der Lohn auf 30 % erhöht. Gleich ein Jahr darauf, 1898, mußten wir wieder in eine Lohnbewegung eintreten, die aber nicht mit acht Tagen abgetan war; diesmal mußten wir zehn Wochen kämpfen, und die Unternehmer überkauften uns mit Streikbrechern. Jedoch es gelang, auch diesen mit Erfolg zu beenden. Hier wurde die zehnstündige Arbeitszeit erzwungen, der Lohn stieg auf 33 % pro Stunde und ist bis heute auf 42 % gestiegen. So, führte der Redner an, sei es allgemein durch unsern Zentralverband an allen Orten Deutschlands bedingt geworden. Am Schluß seines Referats ermahnte er nochmals die Kollegen, nicht zu ruhen, noch zu rasten, sondern alle sollten daran arbeiten, unsere Organisation weiter und weiter auszubauen. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband die Versammlung.

Posen. Keine Lohnzahlung an königlichen Bauten! Die Gesellschaft für Architektur und Bauausführung m. b. H. führt den Bau der königlichen Akademie aus, den sie in Substitution als Mindestforderung erkannt. Seit Wochen erhalten die Arbeiter, da diese Firma mit dem langen, hochtönenden Namen vor dem Kontur steht, ihren Lohn unpünktlich, niemals am Monatsende, geschloß. Für die letzte Woche war der Lohn bis zum 1. April

nach nicht gezahlt. Das ist der Segen des Submissionswesens. Dem Mindestfordernden wird die Arbeit übertragen, ganz gleich, ob er dabei auf seine Kosten kommt oder nicht; letzten Endes müssen die Arbeiter doch bluten.

Stuttgart. Eine zahlreiche Besuche Gipserversammlung fand am 24. März auf Veranlassung der Gipsersektion unseres Verbandes im Gewerkschaftshaus statt. Kollege Walter referierte über das Submissionswesen im Stuttgarter Gipsergewerbe und die Einhaltung des bestehenden Arbeitsvertrages. Er gestellte insbesondere die von hiesigen Gipsermeistern beliebigen eifrigen Unterbietungen bei Submissionen. Bis zu 25 pSt. würden abgehoben. Bei einer letzten fiktionalen größeren Submission betrug der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Angebot nicht weniger als 60 pSt. Daß bei solchen Unterbietungen die abgegebenen Summen nach Möglichkeit auf die Arbeiter im Gipsergewerbe abgewälzt werden, liegt klar auf der Hand. Die Arbeitsleistungen werden immer größer und die Löhne nach Möglichkeit herabgedrückt. Nicht ganz tatelste Kollegen werden oft sogar unter Tariflohn abgesetzt. Es muß unsere Aufgabe sein, den Tariflohn vollständig forciert durchzuführen, um dadurch der Schmutzkonkurrenz der Gipsermeister einen gehörigen Riegel vorzuschieben. Ramentlich muß dafür gesorgt werden, daß die laut Vertrag am 1. April eintretende Lohnerhöhung von 2 1/2 pro Stunde auf allen Plätzen und für alle Beschäftigten erfolgt. Die Diskussion war sehr lebhaft, da namentlich von einem Mitgliede des Stuttgarter Gipserverbandes versucht wurde, Propaganda für seine, also für eine zweite Organisation am Platze, zu machen. Fast einstimmig aber war die Versammlung anderer Ansicht. Eine ganze Anzahl Redner aus den Reihen der Gipser, sowie Stolle, Grimm und der Referent, traten ganz energisch gegen jede Zersplitterung der Stuttgarter Gipser auf, die doch lediglich nur im Interesse der Unternehmer liege. Sie verlangten, daß der Stuttgarter Gipserverband sein bei der Gründung der Gipsersektion schriftlich gegebenes Versprechen einhalte, bezüglich der Stuttgarter Gipser dem Mauerverband nicht ins Gehege zu kommen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 24. März im Gewerkschaftshaus in Stuttgart tagende öffentliche Gipserversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und protestiert namentlich gegen die Auswüchse des Submissionswesens, wozu insbesondere die Arbeiter im Gipsergewerbe zu leiden haben. Die Versammlung macht es allen Gipsern und Stukfaktoren zur strikten Pflicht, den im Tarifvertrag festgesetzten Lohn zu beanspruchen, um dadurch auch dem Unterbieter der Gipsermeister bei Submissionen entgegenzutreten. Ferner ist sich die Versammlung darüber klar, daß die Interessen der Berufsangehörigen am besten durch eine einheitliche, geschlossene Organisation gefördert werden können und sie ladet daher alle noch fernstehenden Gipser und Stukfaktoren ein, sich der Gipsersektion des Mauerverbandes anzuschließen. Wir fordern die Gipser auf, jetzt auch nach der beschlossenen Resolution zu handeln und dafür zu sorgen, daß die noch nicht organisierten Gipser unüberzüglich ihre Aufnahme in die Gipsersektion des Mauerverbandes vollziehen.“

Vegesack. Am 28. März fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der wichtigste Tagesordnung halber, die den Kollegen acht Tage vor der Versammlung übermittelt worden war, hatten es auch viele Kollegen für ihre Pflicht gehalten, die Versammlung zu besuchen. Zuerst gab der Kollege Mann bekannt, daß sich der Vorstand mit den Zweigvereinen Bremerhaven und Verne in Verbindung gesetzt hat, um die auf der Grenze des Lohngelbiets wohnenden Maurer, soweit sie noch nicht organisiert sind, für die Organisation zu gewinnen. Dann wurde folgender vom Vorstand gestellter Antrag gegen eilige Stimmen angenommen: „Aus der Lokalfasse können in Zukunft nur solche Kollegen Krankenunterstützung erhalten, die im Laufe des letzten vorübergegangenen Jahres mindestens viermal die Versammlungen besucht haben und dies durch die Versammlungssammelkarte im Verbandsbuch nachweisen können. Den Kollegen in den Bezirken Schwanebecker, Farge und Lesum können in den Augenorten in den Bezirken Versammlungen jedes Jahr zwei Stempel verabfolgt werden. Die anderen beiden Stempel können nur in den Vegesacker Versammlungen eingebracht werden.“ Der Antrag tritt am 1. Dezember d. J. in Kraft. Auch die Stempelung der Bücher soll am Schluß der Versammlungen vorgenommen werden. Im weiteren beschäftigten wir uns mit der Lehrlingsfrage. Es wurde den Kollegen aus Farge gelegt, den Lehrling nicht als ein Ausbeutungsgesetz zu betrachten, sondern in ihm einen zukünftigen Kollegen zu sehen. Die vom Kartell gegebene Anregung, die Lehrlinge auf die Jugendorganisation hinzuweisen, soll berücksichtigt werden. Den im dritten und vierten Jahre lernenden Lehrlingen unseres Berufs soll die „Arbeiterjugend“ unentgeltlich zugestimmt werden. Dann wurde von der letzten Gausagitation berichtet, daß sie uns neun neue Kollegen gebracht hat. Im Laufe des Sommers werden wir wohl die paar, die noch ausstehen, auch noch gewinnen, damit wir am Jahreschluß alle Kollegen in der Organisation haben. Sodann wurden nach § 60 zu der bevorstehenden Reichstagswahl im 18. hannoverschen Wahlkreis bewilligt.

Fliesenleger.

Dresden. Am 28. März beschaffte sich eine Versammlung mit dem Tarifvertrag. Die Versammelten sind der Meinung, daß die Unternehmer mit uns keinen Vertrag abschließen werden, und zwar aus folgenden Gründen: Die freie Vereinigung hat wohl auf ihrer Generalversammlung den Beschluß gefaßt, überzutreten und sich als Sektion dem Mauerverband anzuschließen, aber wie fast überall, so ist sie auch hier in Dresden dem Beschluß nicht nachgekommen. Sie halten vielmehr an ihrer alten Form fest. Infolgedessen ist es erklärlich, daß die Unternehmer es nicht nötig zu haben glauben, mit den Fliesenlegern fester Organisationen in Unterhandlung zu treten, weil sie bei der Uneinigkeit der Fliesenleger nichts zu befürchten haben. Der jetzt abgelaufene Vertrag, den die Unternehmer mit der Freien Vereinigung abgeschlossen haben, ist immer von denselben Leuten durchgeführt worden; die Unternehmer gahlen, wie es ihnen be-

liehte, die Kollegen selber waren sich Preisdrücker vor. Beschlossen wurde, in nächster Zeit eine öffentliche Fliesenlegerversammlung einzuberufen und dazu die Kollegen der Freien Vereinigung zu einer gegenseitigen Aussprache einzuladen. Es fängt langsam an, bei der Freien Vereinigung abzurufen; einer nach dem anderen kommt zu uns herüber. Unter „Allgemeines“ wurde noch der Situationsbericht in Nr. 9 der „Einigkeit“ besprochen. Darin ist den Kollegen, die zu uns gekommen sind, nicht der beste Rumund ausgestellt; aber die es talen, wußten auch warum. Der Zentralverband bietet uns die beste Gewähr und die Mittel unfre Kämpfe mit Erfolg zu führen; das kann uns das kleine Organisationsgen nicht bieten.

Flolierer und Steinholzleger.

Dresden. Die Flolierer und Steinholzleger hielten am 21. März ihre regelmäßige Monatsversammlung im Volksbause. Ueber die Sperre bei der Firma Michel erlittete der Vorsitzende, Kollege Fröschel, ausführlichen Bericht. Er schilderte in eingehender Weise die Verhandlungen und den Schriftwechsel in der Angelegenheit. Herr Michel mutmaßt, daß der Tarif bei den übrigen Firmen viel schlechter sei, als der ihm vorgelegte. Bemerkenswert ist, daß Herr Michel früher auf gefälschte Flolierer hielt, was er einmal sogar in der hiesigen Stadtverordnetenversammlung erklären ließ. Gerade das Gegenteil ist jetzt bei dieser Firma der Fall, da verschiedene zusammengewürfelte Elemente aller Schattierungen dort beschäftigt werden. So wurden erst jetzt wieder vom hiesigen Landgericht zwei davon wegen schweren Einbruchsdiebstahls zu fünf und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Auf solche Leute kann Herr Michel wirklich stolz sein. Die Versammlung war der Ansicht, daß auch in Weissen die Arbeit ruhen müßte, wo zurzeit Leipziger Kollegen arbeiten, die auch in der Versammlung erschienen waren und sich solidarisch erklärten. Es wurde dem Vorsitzenden aufgetragen, sich sofort nochmals mit Leipzig hierüber in Verbindung zu setzen. Nach längerer Debatte wurde die Lohnkommission beauftragt, in den nächsten Tagen nochmals zu verhandeln; falls Michel den Tarif nicht unterschreibt, soll die Sperre weiter bestehen bleiben. In „Gewerkschaftliches“ kam der Fall Ullig zur Sprache. Kollege Ullig war zu unrecht beschuldigt worden, Arbeiten in Afford ausgeführt zu haben; es wurde ihm volle Gerechtigkeit zuteil.

Hamburg. Die Ausübung der Hamburger Flolierer dauert ununterbrochen fort. Alle anderen Gerichte sind unwirksam. Die ausstehenden Firmen sind Grünzweig & Harman, Gaale & Co., Jon. Monnington, Mahend & Co., Flolierwerk „Boskowitz“ und Willbrand & Co. Von uns sind gebürt die Firmen C. Sauter und Steinbecker, „Flolierwerk“, Inhaber: Heiden & Co. Mann. Teile der Leiter in Arbeit. Es wird von gewisser Seite das Gerücht ausgebreitet, daß unser zweite Vorhaben bei den Arbeitgebern um Arbeit beizugehen sei. Außerdem treiben verschiedene Arbeitswillige Mißbrauch mit den Namen der Lohnkommissionmitglieder, indem sie die Namen unserer Kollegen als die ihrigen ausgeben, wenn sie an ihren Arbeitsstellen nach dem Namen gefragt werden. Wir erklären das Gerücht bezüglich unsern zweiten Vorhaben für eine direkte Unmöglichkeit. Welches geschieht aus Verrechnung, um unsere Bewegung in Wirklichkeit zu bringen und Wirksamkeit zu erregen, deren Ergebnis gewissen Leuten zum Vorteil gereichen soll. Die „Arbeitswilligen“, denen ihr trauriges Treiben allein nicht genug ist, geben sich bereitwillig dazu her, Verbreiter jener Lügen zu sein. Jeder Arbeitskollege, der mit „Arbeitswilligen“ in Verbindung kommt, erinnere sich dieser Zellen.

Bu früh!

Die mit diesen Worten überschriebene Mahnung in Nr. 11 des „Grundstein“ hat uns mehrere Aufschreiben beschafft, die uns mit einer Ausnahme bestätigen, daß wir recht getan hatten, als wir jene Worte veröffentlichten. Eine Aufschrift jedoch (von einem Kollegen aus Wenzingerode, Kreis Blankenburg a. Harz) beurteilt unsere Stellung und sagt darüber, daß die ländlichen Kollegen teilweise schon sehr zurückgelegt würden und daß sie nun auch noch auf das Recht verzichten sollten, sich Arbeit zu suchen, wann und wo sie wollten. Es sei nicht richtig, anzunehmen, die auf dem Lande wohnenden Kollegen seien in der Stadt und müßten ebensoviele sparen wie die in der Stadt und müßten die Lebensmittel noch teurer bezahlen als jene, weil doch die Produkte durch den Zwischenhändler (den Dorfkrämer) noch verteuert würden. Man solle diese Kollegen nicht als solche zweiter Güte behandeln, denn gerade sie müßten die Prinzipien der Arbeiterbewegung unter den schwierigsten Umständen vertreten.

Demgegenüber sei bemerkt, daß uns nichts ferner gelegen hat, als die ländlichen Kollegen in ihren Rechten oder in ihrer Ehre zu kränken — aber müssen wir uns gegen diesen Vorwurf wirklich erst noch verteidigen? Gerade wir haben eine hohe Meinung von den Verdiensten vieler ländlicher Kollegen um die Arbeiterbewegung, wir wissen, wie sie wirtschaftlich und gesellschaftlich geachtet werden und welche Anforderungen an ihre Lebenshaltungstreue oft gestellt werden. Das kennen wir alles. Also lassen wir das befehle, denn darum handelt es sich hier wirklich nicht, sondern darum: wir rieten den auf Abwanderung angewiesenen Kollegen, noch einige Wochen damit zu warten, damit sie nicht soebenlang ohne Arbeit in den Arbeitsgebieten herumlungern müßten. Das geschah im Interesse der betreffenden Kollegen selbst. Dann meinten wir, daß man auf die Kollegen in der Stadt Rücksicht nehmen sollte, die in ihrer großen Mehrheit schon seit Monaten ohne Verdienst waren. Daß damit mancher nicht aufstehen sein würde, daran haben wir keinen Augenblick gezweifelt, aber gerechtfertigt war es trotzdem. Denn jene Kollegen, an die wir unsere Mahnung richteten, haben (von manchen Ausnahmen abgesehen) in ihrer Gesamtheit nicht so schwer unter der Arbeitslosigkeit gelitten, als die in den Städten. Ihre Existenz hat an einer, wenn auch kleinen, Landwirtschaft immer noch einen Haß, und wenn es damit auch meistens nicht so weit her ist, so ist es doch mehr als das absolute Nichts des großstädtischen Arbeiters. Wie viele sind von diesen in diesem Winter die Miete schuldig geblieben oder sind emigriert worden! Wie viele haben sich von ihnen nach Aufhebung etwaiger Spar-

pennige und nach Erschöpfung des Credits sozusagen durchgehungen! War es angesichts dieser Sachlage zu viel verlangt, daß man darauf Rücksicht nehmen sollte? Unfre Mahnung war ein Appell an das höher entwickelte Sozialistengesetz; wir verlangten, man solle ein kleineres Übel auf sich nehmen, um anderen Kollegen ein größeres Übel zu ersparen. Das ist nicht jedermanns Sache, wie wir selber sehen mußten, denn unser Appell hat sehr wenig gewirkt. Für den Verfasser der erwähnten Aufschrift wollen wir noch sagen, daß es uns sehr wohl bewußt ist, daß unsere Voraussetzungen nicht auf alle ländlichen Kollegen zutreffen, und besonders in seiner Geduld, wo der Domänenbesitz und das Großbauerntum vorherrscht, fallen unsere Voraussetzungen fort — aber damit verliert auch unsere Mahnung für diese Fälle ihre Gültigkeit.

Verband und Arbeitslosigkeit.

Der auf meinen Artikel unter obiger Überschrift erschiene Gegenartikel des Kollegen Karbach-Göttinge nötigt mich, nochmals darauf zurückzukommen. Wenn man die Frage vom menschlich-sozialistischen Standpunkt aus behandelt und dabei die wirklichen Verhältnisse im Auge faßt, so wird man zu einem andern Schluß kommen als der Kollege Karbach. Gewiß gibt es Gründe genug, die dafür und dagegen sprechen. Auch die Mittel, die im Kampfe gegen die Unternehmer angewandt werden, haben sich auf beiden Seiten geändert. Wie nun in Zukunft unsere Kämpfe geführt werden sollen, hängt von den jeweiligen Verhältnissen ab; es ist also eine Frage der Taktik. Doch die Gegenwart bietet Anlaß genug, sich damit zu beschäftigen. Weil sozialistische Fragen, an denen wir ein großes Interesse haben, von Staat und Gemeinde nicht nach unsern Wünschen behandelt werden, deshalb haben auch hier die Gewerkschaften bahnbrechend gewirkt. Sie haben die Folgen, die sich aus der verkehrten Produktionsweise ergeben müssen, gemildert. Dies Verdienst wird ihnen niemand streifen können. Daß das nicht die Aufgabe der Gewerkschaften ist, habe ich in meinem vorigen Artikel ausdrücklich betont, doch solange die herrschende Klasse regiert, solange sie die Macht besitzt, uns niederzuhalten, uns zu unterdrücken, solange haben wir die Rufen allein zu tragen, die in einer späteren Gesellschaft der Allgemeinheit zufallen. Das alles weiß der Kollege Karbach so gut wie ich, trotzdem behandelt er die Frage vom radikal-politischen Standpunkt aus und zieht in ganz radikaler Weise über eine Sache los, die gar nicht dazu angetan ist, um sich radikal zu gebärden, da es sich hier um wirtschaftliche, sozialistische Fragen handelt. Grundsätzlich auf alles einzugehen, was der Kollege Karbach angestrichelt hat, ist hier nicht möglich, da ich auf den Raum der „Grundstein“ Rücksicht nehmen muß. Was will der Kollege Karbach damit beweisen, wenn er sagt, Karbach, Marx und die übrigen Dorfkrämer haben nicht aus rein materialistischen Gründen gerufen: „Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!“, sondern hier spielte ein höheres Ziel, der Sozialismus, die Hauptrolle. Ja, Kollege Karbach, wenn das anders wäre, dann würde es taurig um unsere großen Dorfkrämer und um den ganzen Sozialismus stehen. Wir müßten schlechte Sozialdemokraten sein, wenn wir in einer geringen Arbeitslosenunterstützung unser Endziel erblickten. Das hat doch niemand gesagt. Es ist überhaupt grundbeseitigt, die Sache so hinzustellen, als ob der, der für Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist, aufgehört habe, ein Klassenkämpfer zu sein. Wir haben genug Verbände und Verbandsvorstände, die die Arbeitslosenunterstützung einleitet haben und trotzdem bei prinzipiellen und taktischen Fragen in der Partei eine radikalere Haltung einnehmen, als es bei uns der Fall ist. Ich erinnere nur an die Waisenfrage. Weiter sagt der Kollege Karbach, ob ich nicht auch in erbitterten Kämpfen erfahren hätte, daß dann, wenn die Not am größten war, auch die Selbsthilfe am stärksten angewandt worden sei, also die Widerstandsfähigkeit am größten gewesen sei. Es wäre von unermesslichem Wert, wenn uns Kollege Karbach beraten würde, wie sich der Arbeitslose durch Selbsthilfe vor Hunger schützen könnte; das war nämlich bis jetzt leider nicht möglich. Karbach beruft sich auch auf den Kollegen Bömelburg. Es mag sein, daß sie in der Arbeitslosenunterstützung gleicher Meinung sind, aber auch der Kollege Bömelburg ist nicht unfehlbar, er kann ebenfalls irren. Wenn von Kollegen aus der Mitte heraus Rufe nach Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit kommen, hat man noch lange nicht das Recht, es als undisziplinär zu bezeichnen, ganz gleich, ob man die Meinung teilt oder nicht. Wir können nicht nach dem Myster der Bürgerlichen verfahren, die allem Elend aus dem Wege gehen und höchstens den Hungrigen mit Redensarten abspeisen, die aus gefälligem Magen kommen. Nach der Meinung des Kollegen Karbach zeigt ja ein ausgehungertes, ausgepeinigtes Mensch mehr Widerstandsfähigkeit. Da kann ich ihm nur raten, recht oft davon Gebrauch zu machen; ich glaube, er kommt dann mit mir zu der Ansicht, daß die Gewerkschaften „materialistische“ Forderungen vertreten müssen.

Willi Weber, Nürnberg.

Die Furcht der Unternehmer vor der Organisation.

läßt diese oft zu ganz ungewöhnlichen Mitteln greifen. Am 11. März fand in Barmen (Gau Nürnberg) eine öffentliche Mauererversammlung statt, in der Kollege Hofmann aus Bayreuth über „Bred und Nutzen der Organisation“ referierte. Die Versammlung getrigte das erfreuliche Resultat, daß sich die Anwesenden dem Beitritt zur Organisation geneigt zeigten, und beschloßen, noch eine weitere Versammlung auf den 21. März anzuberaumen, in der alles weitere geregelt werden sollte. Als probatorischer Vertrauensmann wurde der Maurer K. Krüger aus Barmen gewählt, der auch versprochen, eifrig für den Verband zu arbeiten. Als dem Mann des Vertrauens wurden ihm nun zur Vorbereitung der neuen Versammlung die nötigen Gaudgettel und Broschüren übermittelt. Was aber geschah? Der Mann verriet die ihm anvertraute Sache und stellte sich als treuer Hüter des Kapitals auf die Seite der Unternehmer! Die Gaudleitung in Nürnberg erhielt folgendes Schreiben:

Berned, den 18. März 1909.

Herrn Johann Merkel, Altenberg.

Auf Ihre Zuschrift vom 16. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß Ihr Wunsch zwecks Abhaltung von Agitationsvorträgen zwecks ist, nachdem wir einem Vertreter zu Ihrem Verband völlig abgeneigt sind. Wir haben keinen Grund dazu, andere Gesinnung zu vertreten, als solche, mit denen wir schon längst einig sind.

Konrad Träger. Heinrich Träger.

Die Firma Kaufmann hat natürlich das größte Interesse daran, daß ihre Arbeiter weiter schlafen, daß sie nicht fordern, sondern sich willenlos von profitierenden Kapitalisten ausbeuten lassen. Dieser obige Brief kommt, wie verglichenen Schriftproben beweisen, nicht von dem Maurer Konrad Träger. Die Verfasser und die Macher werden vielmehr mit größter Bahrheitlichkeit bei der koalitionsfeindlichen Kaufmann Kaufmann zu suchen sein. Daß die Bauarbeiter dieser Gegend durch die Macht der Verhältnisse, durch die gezahlten Stundenlöhne von 25 bis 28.3 bei einkündigter Arbeitszeit zur Organisation gezwungen sind, steht außer jedem Zweifel. Gerade in Berned muß es aufreizen auf die Arbeiter wirken, wenn sie sehen müssen, wie im Sommer die bestbezahlte Klasse in der herrlichen Natur ein süßes Schlemmerleben führt, während die Arbeiter unter den elendesten Verhältnissen dahingegetrieben. Die Macht der Verhältnisse wird dafür sorgen, daß die Agitation zur Aufrechterhaltung der hiesigen Arbeiter nicht ergebnislos bleiben wird — trotz Kaufmann. Für diesen wäre es wohl ein nützliches Beginnen, den gescheiterten Arbeiterkampfbestimmungen in seinen Neubauten mehr Rechnung zu tragen, als die Arbeiter von der berechtigten Vertretung ihrer Interessen mit allen Mitteln abzuhalten.

Einigungsamt für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten.

Sitzung vom 25. Februar 1909.

Anwesend: Beigeordneter Rath als Vorsitzender, Baugewerksmeister S. Walter-Münsterhausen, Verbandsdirektor S. Schmiedehaus-Essen, Bauunternehmer S. Hausmann-Braun, Johann Franz-Münster, Johann Balduin-Duisburg-Ruhrort, W. Braunstein-Gladbach, Gauleiter S. Kahl-Dortmund, S. Peters-Dortmund, Ferd. Walter-Düsseldorf, Gewerkschaftssekretär W. Koch-Böckum, Th. Hauschen-Wochum, Fr. Werner-Raderborn als Mitglieder, Regierungsassessor Dr. Bodenfein-Essen, Oberstaatssekretär Grebe als unparteiischer Beisitzer, außerdem der Kandidat Schmidt-Essen, Bauunternehmer E. Kaufmann-Lindenhorst, Firma Basse & Selbe-Altena, Bauunternehmer Th. Hermann-Castrop, Dreier-Castrop, Heinrich Wendler-Herne, Rudolf Nicolaus-Dortmund, Alois Kasper-Herne.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 4 Uhr nachmittags. Er teilt mit, daß es nach seiner Ansicht zweckmäßig sei, wenn sich die drei Einigungsämter die Protokolle über die Sitzungen gegenseitig zuwenden würden. Dadurch würde einer einseitigen Auslegung des Kollektiv-Arbeitsvertrags und einer übereinstimmenden Entscheidung gemeinsamer Streitfragen durch die drei Einigungsämter gebiet sein.

Das Einigungsamt hält die Anregung des Vorsitzenden für durchaus zweckmäßig und beschließt, die Protokolle den Einigungsämtern in Barnum und Köln mitzuteilen und diese zu erfragen, ihre Protokolle dem hiesigen Einigungsamt ebenfalls zu übermitteln.

Es wird daraufhin in die Beratung der Tagesordnung eingetreten und verhandelt bis 6 Uhr geschlossen.

Punkt 1 der Tagesordnung: Einführung der gewählten unparteiischen Beisitzer, der Herren Regierungsassessor Dr. Bodenfein und Redakteur Limberg.

Zu Punkt 1. Der Vorsitzende begrüßt die als unparteiische Mitglieder des Einigungsamts gewählten Herren Regierungsassessor Dr. Bodenfein und Redakteur Limberg und dankt ihnen für die freundliche Übernahme des Amtes.

Punkt 2: Entscheidung darüber, ob für die Frage der Zuständigkeit des Einigungsamts der Sitz der Firma oder der Ort, an welchem die freitägliche Verpflichtung zu erfüllen ist, maßgebend sein soll.

Zu Punkt 2. Die Entscheidung wird auf Antrag vertagt.

Punkt 3: Entscheidung darüber, ob unter dem tariflich festgelegten Stundenlohn entlohnt werden kann, wenn der Arbeitnehmer eine angemessene Gegenleistung nicht gewährt. (§ 4 Absatz 1 des Vertrags.)

Zu Punkt 3. Mit 7 gegen 6 Stimmen der Arbeitgeber, bei Stimmhaltung der beiden unparteiischen Beisitzer, wird entschieden, nachdem der Vorsitzende die Sachlage vorgetragen hatte: Es ist im Sinne der Vertragsbestimmungen unstatthaft, Arbeiter, welche eine angemessene Gegenleistung nicht gewähren, mit geringeren als dem im § 4 festgelegten Stundenlohn zu entlohnen.

Punkt 4: Antrag des Gauleiters Peters auf nochmalige Verhandlung des Punktes 7 der Tagesordnung für die Sitzung am 10. Dezember 1908. (Entscheidung darüber, ob der Arbeitgeber 8 statt 11 durch Arbeitsordnung Kündigung auszuschießen, wo sie besteht.)

Zu Punkt 4. Die Entscheidung wird zu Punkt 7 der Tagesordnung vom 10. Dezember 1908, welche lautet: Bei vorübergehenden auswärtigen Arbeiten sind die am Orte der Bauausführung der Firma festgelegten Lohnsätze und Kündigungsfristen maßgebend. Bei dauernden auswärtigen Arbeiten treten dagegen die Lohnbedingungen und Kündigungsfristen des Ortes in Kraft, in welchem die Arbeitsstelle gelegen ist. erhält folgende Ergänzung: „Im übrigen sind Vereinbarungen und Arbeitsordnungen, welche gegen die Lohnbedingungen und Kündigungsfristen des abgegangenen Kollektivarbeitsvertrags verstoßen, in jedem Falle unzulässig. Kündigungsfristen können nur nach Maßgabe des § 7 Absatz 2 des Kollektivarbeitsvertrags abgeändert werden.“

Dieser Beschluß ist allen Gewerbetreibenden des Bezirks des Einigungsamts mitzuteilen.

Punkt 5: Mitteilung eines Beschlusses der Schlichtungskommission Gladbach über Lohnzahlung bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Zu Punkt 5. Der nachstehende Beschluß der Schlichtungskommission Gladbach vom 26. Januar d. J. wird mitgeteilt: „Die Auszahlung des Lohnes bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses hat nur an Lohn- und Abzahlungen zu erfolgen.“ In außergewöhnlichen Fällen soll jedoch eine Ausnahme gemacht werden und der Lohn nach Ablauf der Kündigungsfrist sofort zur Auszahlung gelangen. Desgleichen werden bei Kündigungen, welche seitens des Arbeitgebers erfolgen, dem Arbeiter die Papiere sowie der Lohn sofort nach Ablauf der Kündigungsfrist ausgehändigt. Arbeiter, welche im Bereiche der politischen Gemeinde Gladbach beschäftigt sind, sollen die Entlassungspapiere nebst dem verdienten Lohn vom Bureau des Arbeitgebers abholen. Bei auswärtigen Arbeiten werden dem Arbeiter die Papiere und der Lohn auf der Baustelle ausgehändigt.

Punkt 6: Mitteilung eines Beschlusses der Schlichtungskommission Berned, wonach seit 20. Dezember 1909 für Berned Kündigung ausgeschlossen ist.

Zu Punkt 6. Einigungsamt nimmt von dem Beschlusse Kenntnis und hat keine Bedenken.

Punkt 7: Mitteilung der eingegangenen Antwort des Herrn Konradts zu Altena, betreffend den Ort Mühlenrade.

Zu Punkt 7. Es wird mitgeteilt, daß Mühlenrade zur Landgemeinde und zum Amte Rüdenfeld gehört. Ferner wird festgestellt, daß der Stundenlohn nach dem Kollektivvertrag für diesen Ort für 1908 51 bzw. 42 und für 1909 52 bzw. 43 beträgt. Die Arbeitgeber in Mühlenrade werden auf den heute gefassten Beschluß zu Punkt 4 der Tagesordnung besonders hingewiesen.

Punkt 8: Beschwerde des Gauleiters Köhler gegen die Firma Geisweid.

Zu Punkt 8. Von den Parteien ist niemand erschienen. Die Beschwerde wird als erledigt angesehen.

Punkt 9: Mitteilung von der erledigten Beschwerde gegen Hofstein.

Zu Punkt 9. Das Schreiben der Firma, wonach den Zimmerern der tariflich festgelegte Stundenlohn gezahlt werden soll, wird zur Kenntnis mitgeteilt und die Angelegenheit als erledigt betrachtet.

Punkt 10: Mitteilung der Antwort der Firma Gebr. Kiefer auf die Beschwerde des Bezirksleiters Kahl.

Zu Punkt 10. Das Schreiben der Firma wird vorgelesen und die Angelegenheit als erledigt angesehen.

Punkt 11: Entscheidung über die bei der Schlichtungskommission Rünen unentschieden gebliebene Streitfrage Kahl & Gen. kontra Korts.

Zu Punkt 11. Die Streitfrage wird zur nochmaligen Verhandlung an die Schlichtungskommission Rünen zurückverwiesen. Falls Einigung nicht erzielt wird, ist den Klägern anheimzugeben, das zuständige Gericht anzurufen, weil die Entscheidung nur auf Grund eidlicher Bezeugung der Zeugen getroffen werden kann.

Punkt 12: Beschwerde des Obmannes der Schlichtungskommission Coesfeld gegen die Firma Wolters in Sagen Bernemann.

Zu Punkt 12. Die Beschwerde wird zur nochmaligen Verhandlung und Feststellung des Tatbestandes an die Schlichtungskommission Coesfeld zurückverwiesen, eventuell wird dem Beschwerdeführer anheimgegeben, das zuständige Gericht in Anspruch zu nehmen.

Punkt 13: Beschwerde desselben Obmannes gegen dieselbe Firma wegen Nichtbeachtung des § 6 des Kollektivvertrags.

Zu Punkt 13. Die Firma wird auf § 6 Absatz 3 des abgegangenen Kollektivvertrags hingewiesen und ersucht, künftige feste Bestimmungen nachzukommen.

Punkt 14: Antrag der Schlichtungskommission Ruhrort um Entscheidung darüber, ob und inwiefern Feiertagslohn auf Grund des § 6 des Kollektivarbeitsvertrags eingelegt werden können, wenn durch die Feiertagslohn nicht alle, sondern nur eine gewisse Anzahl Arbeiter einer Baustelle betroffen werden.

Zu Punkt 14. Die Entscheidung kann allgemein nicht getroffen werden, es muß vielmehr von Fall zu Fall entschieden werden. Die Schlichtungskommission wird ersucht, den bei ihr eventuell vorliegenden Fall dem Einigungsamt mitzuteilen.

Punkt 15: Entscheidung über die bei der Schlichtungskommission Herne unentschieden gebliebene Streitfrage Ränge kontra Diedhoff.

Zu Punkt 15. Der anwesende Beklagte bestreitet die Zuständigkeit der Schlichtungskommission, weil eine Streitigkeit aus dem Vertrage selbst nicht vorliege. Nach eingehender Erörterung der Streitfrage wird die Angelegenheit an die Schlichtungskommission Herne zurückverwiesen, da eine Entscheidung mangels eingehender Feststellungen nicht getroffen werden kann. Den Beschwerdeführern wird nach Lage der Sache eventuell anheimgegeben, das zuständige Gericht anzurufen.

Punkt 16: Antrag des Ortsverbandes Witten-Castrop: a) den Stundenlohn für Castrop, Hohlhausen, Ranzel und Sabinghorst auf 53 zu herabzusetzen oder b) Castrop vom Lohngebiet Witten-Castrop loszulösen und einem wirtschaftlich näher liegenden Verbande zuzuwenden oder c) für Castrop ein neues Lohngebiet zu bilden und den Stundenlohn in diesem neuen Lohngebiet auf 53 zu festsetzen.

Zu Punkt 16. Die Anträge werden abgelehnt.

Punkt 17: Mitteilung in Sagen Forzed kontra Erlinghausen.

Zu Punkt 17. Der Vorsitzende teilt mit, daß die Schlichtungskommission Sagen eine Entscheidung in der Streitfrage Forzed kontra Erlinghausen noch nicht getroffen hat, trotz mehrfacher Erinnerungen. Schlichtungskommission Sagen wird nochmals ersucht, die Angelegenheit zur Erledigung zu bringen.

Punkt 18: Beschwerde des Gauleiters Kahl gegen den Vorsitzenden der Schlichtungskommission Rünen, weil er auf mehrfachen Ersuchen eine Sitzung der Schlichtungskommission nicht einberufen hat.

Zu Punkt 18. Es wird festgestellt, daß inzwischen eine Sitzung stattgefunden hat. Die Angelegenheit wird als erledigt angesehen.

Punkt 19: Beschwerde desselben Gauleiters gegen die Firma Korts, weil sie fünf Maurer ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen hat.

Zu Punkt 19. Beschwerdeführer zieht Beschwerde zurück, da sie durch Beschluß zu Punkt 11 der heutigen Tagesordnung erledigt ist.

Punkt 20: Beschwerde des Gauleiters Kahl gegen den Vorsitzenden der Schlichtungskommission Rüdenfeld, weil er eine Sitzung der Schlichtungskommission nicht einberufen hat.

Zu Punkt 20. Nach schriftlicher Mitteilung des Vorsitzenden der Schlichtungskommission Rüdenfeld ist wegen seiner Erkrankung und weil ihm Unterlagen für eine Sitzung der Schlichtungskommission nicht gegeben sind, die Abberaumung der Sitzung unterblieben. Beschwerdeführer teilt mit, daß es sich um Angelegenheiten handle, die in der letzten Sitzung erledigt geblieben seien.

Punkt 21: Beschwerde des Gauleiters Peters gegen die Rüdenfelder Unternehmer, weil sie sich weigern, den Bauhilfsarbeitern den tariflich festgelegten Lohn zu zahlen.

Zu Punkt 21. Der Vorsitzende der Schlichtungskommission Rüdenfeld wird ersucht, die in Frage kommenden Arbeitgeber aufzufordern, den Bauhilfsarbeitern den festgelegten Lohn zu zahlen.

Punkt 22: Beschwerde des Gauleiters Kahl, weil die Arbeitgebervertreter der Schlichtungskommission Altena in diese Kommission gewählten Vertreter der Arbeitnehmer nicht zulassen.

Zu Punkt 22. Das Einigungsamt hält die Zulassung des gewählten Vertreters der Arbeitnehmer, falls sich sonst Bedenken gegen seine Person nicht ergeben, im Interesse der einheitlichen Durchführung des Tarifvertrags für einvernehmlich.

Punkt 23: Beschwerde der Geschäftsleitung des Arbeiterbundes wegen der Sperre Evers.

Zu Punkt 23. Die Angelegenheit wird nach Erörterung als erledigt angesehen.

Punkt 24: Beschwerde des Gauleiters Kahl gegen die Unternehmer von Happe und Gevelberg, weil diese den Tariflohn erst vom 1. April 1909 ab zahlen wollten.

Zu Punkt 24. Dem Beschwerdeführer wird mitgeteilt, daß das Einigungsamt die Happe und Gevelberger Unternehmer auf Antrag des Bezirksleiters Dege bereits aufgefordert hat, die tariflich festgelegten Stundenlöhne sofort zu zahlen.

Punkt 25: Beschwerde des Gauleiters Kahl gegen den Vorsitzenden der Schlichtungskommission Dortmund, weil dieser trotz mehrfachen Ersuchens des Obmannes eine Sitzung bisher nicht einberufen hat.

Zu Punkt 25. Das Schreiben des Vorsitzenden der Schlichtungskommission Dortmund wird vorgelesen. Die Angelegenheit wird vertagt. Abschluß des Schreibens soll dem Beschwerdeführer mitgeteilt werden.

Punkt 26: Antrag des Gauleiters Kahl auf Entscheidung, ob ein Unternehmer, welcher außerhalb seines Wohnortes Arbeiten ausführt, von den entlassenen Arbeitern verlangen kann, daß sich diese Geld und Papiere vom Bureau des Unternehmers abholen, ohne für die hierzu benötigte Zeit Entschädigung verlangen zu können.

Zu Punkt 26. Die Entscheidung wird vertagt.

Die Sitzung wird hiermit um 9 Uhr abends geschlossen.

gez. Rath, Vorsitzender. gez. Grebe, Protokollführer.

Der Zentralverband der Maurer Österreichs

hielt in der Zeit vom 14. bis 19. März zu Budweis seinen neunten Verbandstag ab, der sich mit einer ganzen Anzahl sehr wichtiger Fragen zu befassen hatte. Zur Tagesordnung stand außer den Berichten die Organisationsfrage, über die infolge des Nationalitätenstreites von neuem Klarheit geschaffen werden mußte. Außerdem war über Lohnbewegung und Tarifverträge und mehrere andere wichtige Fragen zu sprechen.

Der Verlauf des Verbandstages kann als geradezu glänzend bezeichnet werden. Wer so wie der Schreiber dieser Zeilen Gelegenheit hatte, die österreichische Maurerorganisation in ihrer früheren vollständigen Bedeutungslosigkeit kennen zu lernen, der mußte nach Einsicht der Berichte, die einen Einblick in die Entwicklung des Verbandes in diesem Jahrzehnt gewähren, und nach dem Verlauf des Verbandstages unwillkürlich zu dem Ausruf kommen: Welch ein bedeutender Erfolg und Fortschritt! Vor nicht vielen Jahren bezug die Mitgliederzahl einige Tausend, heute sind es über 30 000. Damals bei sehr niedrigen Beiträgen eine so große Finanzkraft, daß nicht einmal die Mittel zu einer wirksamen Agitation zur Verfügung standen, heute dagegen Beiträge, die denen unseres Verbandes gleichkommen und die dem Verbandsamt, wenn auch noch nicht musterhaft, so doch immerhin respektable Finanzgrundlage geschaffen haben. Dazu kommen Erfolge auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die sich mit den Erfolgen unseres Verbandes messen können.

Diese günstige Entwicklung hat aber auch in anderer Hinsicht eine sehr vorteilhafte Wirkung ausgeübt. Früher fehlte es an der erforderlichen Doffnung auf die Zukunft, auch mangelte es an geeigneten Personen zur Leitung und Agitation. Heute ist beides vorhanden. Gerade in diesen Punkten bot der Verbandstag ein herrliches Bild. Es war geradezu eine Lust, zu beobachten, wie sich so viele Kollegen im Laufe der Zeiten die Fähigkeiten angeeignet hatten, nicht nur ruhig und sachlich, sondern auch mit großem Verständnis über die zur Tagesordnung stehenden Fragen zu diskutieren. Dadurch ist es auch möglich gewesen, daß die sprachlichen Schwierigkeiten leicht überbunden wurden. Trotzdem alle Reden in zwei Sprachen gehalten werden mußten und auch alle Abstimmungen zweisprachig waren, ging alles wie am Schnürle. Alles in allem kann man mit Recht von einer großartigen Entwicklung sprechen und dazu unser österreichisches Bruderorganisations von Herzen gratulieren. Was die Erklärung des Zentralverbandes der Maurer Österreichs für uns bedeutet, darüber können unsere Kollegen in Sachsen am besten Auskunft erteilen. Die Zeiten, wo die Unternehmer aus Böhmen die Streikbrecher in Massen nach Deutschland importieren konnten, sind vorüber. Die böhmisches Streikbrecher kämpfen heute auch in Deutschland mit uns Schülern für die Ideale der Arbeiterbewegung. Der Gedanke der internationalen Solidarität wird stärker.

gelte sich aus auf dem Verbandstage. Wie schon oben erwähnt, mußte wiederum Stellung genommen werden gegen die von Prag ausgehenden Versuche, auch die Maurer auf nationaler Grundlage zu organisieren. Dies geschah nicht nur in sehr scharfer, sondern auch in ziemlich einheitlicher Weise. Man ging mit den Organisationsgegnern seltener sehr scharf ins Gericht. Zugehörige aller Nationen sprachen sich dahin aus, daß die Erfüllung der den gewerkschaftlichen Organisationen gestellten Aufgaben nur möglich sei, wenn die Arbeiter, ohne Rücksicht auf die Nationalität, nur in einer einzigen, das ganze Land umfassenden Zentralorganisation zusammengefaßt werden. Die Ansicht des Verbandstages kommt in folgender, mit allen gegen zwölf Stimmen beschlossenen Resolution zum Ausdruck:

„Der neunte Verbandstag der Maurer Oesterreichs erklärt abermals, daß die auch in Oesterreich einzig mögliche und wirksam ihre Aufgabe erfüllende Gewerkschaftsorganisation nur jene sein kann, die auf zentraler Grundlage aufgebaut ist und den Glanzpunkt darstellt.“

Der Verbandstag erklärt im Sinne des § 1 des internationalen Kartellvertrags der Maurer- und Bauführerorganisationen, daß für jedes Land, beziehungsweise mehrere Länder, die einer einheitlichen Reichsregierung unterstehen, nur eine Organisation jeder Berufsgruppe anerkannt werden kann.

In diesem Sinne vermahnt sich der Verbandstag gegen das organisationszerstörende Treiben der Prager Gewerkschaftskommission, deren Wirken bisher ihrer Aufgabe, für die Kräftigung der Organisationen zu arbeiten, entgegen-
gesetzt war.

Der Verbandstag erklärt ferner, daß, solange die Parteilichung der tschecho-slavischen Partei und die tschecho-slavische Gewerkschaftskommission nicht in aller Form den Ausschuß des tschecho-slavischen Reichverbandes der Maurer Oesterreichs erklären, jener erklären, außer dem Zentralverband der Maurer Oesterreichs keine andere Organisation der Maurer anzuerkennen, die Beiträge an die tschecho-slavische Gewerkschaftskommission einestheils kleben."

Zu der Erledigung der weiteren Tagesordnungspunkte begnügten wir uns, kurz zu bemerken, daß den Verbandsschriftführern einstimmig Entlastung erteilt wurde. An den Satzungen wurden Änderungen von besonderer Bedeutung nicht vorgenommen, und der Punkt „Lohnbewegung und Tarifverträge“ fand seine Erledigung durch die Entgegennahme der Referate. Eine viel umstrittene Frage war der Verlust, für die Angestellten des Verbandes einen Dienstvertrag zu schaffen. Man einigte sich schließlich dahin, die Angelegenheit dem nächsten Verbandstag zur Erledigung zu überweisen. Als Verhandlungsvorsitzender wurde an Stelle des Hohen Siedel, der die Leitung einer großen Kantentasse übernommen hat, Kollege Reichner gewählt.

Den Höhepunkt des Verbandstages bildete unzweifelhaft die Erörterung der Organisationsfrage. Die zu diesem Punkt beschlossene Resolution dürfte von großer Bedeutung für die fernere Entwicklung des Verbandes sein, um so mehr, da die Annahme berechtigt sein dürfte, daß sich die kleine Minderheit dem Votum der Majorität fügt.

Damit ist die Bahn frei für die Lösung der bedeutungsvollen Aufgabe unserer österreichischen Bruderorganisation. Die Aufgaben werden um so besser gelöst, je mehr sich durch Einheit und Einigkeit in der Organisation die Schlagkraft des Verbandes steigert.

Zentralfrankenfasse.

(„Grundstein zur Einheit“.)

In der Woche vom 28. März bis 3. April sind folgende Beträge eingegangen: Von der brüderlichen Verwaltung in Friedebau M. 250, Driefen 200, Hohen-Neuendorf 100, Johannisthal 100, Wiefenburg 100, Rauen 100, Groß-Edenbüchel 100, Frankenstein 50. Summa M. 1000.

Zusätze erhielten: Berlin M. 4000, Charlottenburg 1000,
Potsdam 1000, Niddorß 800, Memel 700, Brandenburg d. d. S.
300, Brieg 400, Dortmund 850, Weissenfeld 300, Straubing
80, Groß-Modern 800, Dautzig 300, Teterow 250, Halberstadt
200, Hirschberg 200, Reunrups 200, Ootterberg i. d. Pfalz 200,
Königsberg i. Pr. 200, Leipzig 200, Hannover 200, Baulow 200,
Saarlouis i. Baden 150, Saarwald 150, Langendieck 110,
Luedenburg 100, Neuenhagen 100, Jägerhof 100, Hamm. Mühlent
100, Jechensid 100, Vandschühheim 100, Grlitz 100, Mölln
i. Lauenburg 100, Holtewien 100, Neuzeile 100, Letzlin 100,
Gutrow 100, Güffrow 100, Kirch-Steinbeck 80, Wudow 75,
Wartbauken 75, Fochmischthal 60, Albbben 60, Berwenick 60,
Ootterbeke 60, Meyßel d. A. 60, 60.

Altona, den 5. April 1909.
Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Barmen-Elsfeld. Drei schwere Unfälle, die sich hier in ganz kurzer Zeit bei Tiefbauarbeiten ereignet haben, geben uns Veranlassung, die Frage aufzuwerfen, ob denn die sowohl von den Behörden als auch von der Berufsgenossenschaft erlassenen Schutzmaßregeln beachtet worden sind. Der erste Unfall ereignete sich am 19. Februar an den städtischen Notstandarbeiten in Elsfeld an der Hohenlohestraße, wo ein Arbeiter, gerade als der Schachtmeister Mittag rief, unter herabstürzende Erdmassen geriet. Man glaubte den Beobachtern denken zwar noch lebend darunter hervor, jedoch hatte er so schwere innere Verletzungen davongetragen, daß er nach ganz kurzer Zeit verschied. Wie uns von Augenzeugen mitgeteilt wird, ist dieser Unfall darauf zurückzuführen, daß man die wegzuschaffenden Erdmassen nicht ordnungsmäßig wegnahm, sondern senkrecht abgrub. Die Unfallverhütungsvorschriften verbieten dies, sobald die abzugrabenden Erdmassen höher als 1 m sind. Hier war es eine Wand von etwa 2 m Höhe, die den Verunglückten erschlug. Am 27. Februar ereignete sich ein ganz gleicher Unfall bei den Notstandarbeiten der Stadt Barmen, und zwar bei den Ausschachtungen zu den städtischen Krankenanstalten. Auch hier gerieten zwei Arbeiter unter herab-

führende Erdmassen. Während der eine mit dem Schreden davon kam, blickte der zweite das Leben dabei ein. Wohl lagen beide Schachmeister, daß sie den Arbeitern das „Unterminieren“ der Erdmassen unterlag hätten. Wie es aber ohne das möglich ist, senkrecht 2 m hoch die Erde wegzunehmen, ist für uns ein Rätsel. Und dann wissen die Herren Schachmeister doch sonst ihre Autorität so energisch zur Geltung zu bringen! Der dritte Unfall ereignete sich am 15. März an den Eisenbahnarbeiten am Bahnhof Doppelberg in Elberfeld. An der an dem südlichen Abgang gelegenen Feldwand war eine Anzahl Arbeiter mit dem Losbrechen von Erdmassen beschäftigt, um größtmäßig Teils Italiener. Zwei der letzteren waren an der unteren Wand mit Bohren beschäftigt, während die übrigen oberhalb das lockere Gestein abtrugen. Hierbei löste sich ein größerer Block und traf die beiden Bohrer so unglücklich, daß der eine sofort getötet, der andere sehr schwer verletzt wurde. Auch hier müssen wir sagen, daß eine derartige Arbeitsmethode mit den Schutzbestimmungen nicht in Einklang zu bringen ist. Bemerken wollen wir noch, daß die von der Stadt Elberfeld angestellten Baufortinspektoren bei den Bahnhofsarbeiten keinen Zutritt haben. Die Stadtverordneten Elberfeld hat sich dieserhalb bis an den Eisenbahnminister gewandt, ist aber abschlägig beschieden worden, daß die Eisenbahnverwaltung selbst die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen und überwahe. Wie oben schon ange deutet, find das in einem Zeitraum von nicht ganz einem Monat drei tödliche Bauunfälle in den beiden Städten und angiebt solcher Vorkommnisse wohl es die ganze Kapitalistenpresse, fortwährend gegen jede wirksame Bauaufsicht zu hegen. Ja, nicht genug damit, nein, man geht noch viel weiter. Im Nr. 11 der „R.-B.-Z.“ Arbeitgeber-Ztg. werden in einem Artikel, mit der Überschrift: „Die Arbeitslosigkeit, Umfang, Ursprung und Beseitigung“, die zu Krüppeln gewordenen Arbeiter in folgender niederricht trächtigen und gemeinen Weise verhöhnt: „Wir haben schon so viele Pensionäre herumlaufen. Ein Unfall wird von so und so vielen Arbeitern freudig begrüßt, werden sie doch durch die Rente für das ganze Leben der Sorge um das tägliche Brot entkoben.“ Diese Ausfalsung des betreffenden Blattes zeigt mit dankenswerter Offenheit, daß dem Unternehmertum die ganze soziale Gesetzgebung und jeder Arbeiterzweig, wie auch immer gear tet, ein Dorn im Auge ist. Aber auch eine Gefühlsroheit und Mißachtung gegen die gesamte Arbeiterklasse spricht aus diesen Ausfalsungen, wie sie krasser nicht gedacht werden kann! Daß denn der Zirkelfuß, der den oben zitierten Satz nieder schrieb, schon damals darüber nachgedacht, welchen Leidensweg ein Unfallverletzter wandeln muß, ehe er in den Besitz der Unfallrente gelangt? Hat er schon damals darüber nachgedacht, wie viel Herzleid, Jammer, Not, Elend, Blut und Tränen ein Unfall für die Angehörigen mit sich bringt? Die beiden in Elberfeld und Barmen bei den Rothbambauarbeiten Verunglückten waren Familienväter. Kann die farge Rente den Frauen ihre Männer, den Kindern ihre Väter ersetzen? Der an den Bahnarbeiten zu Tode gekommene war ein junger Italiener von 22 Jahren. Gefund und munter hat er seine Lieben, bieselst Vater und Mutter, verlassen, um in der Fremde sein Brot zu verdienen und vielleicht auch den Eltern noch etwas zuzuwenden. Er lebte nicht wieder nach Hause, sondern ruht als Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit in fremder Erde. Kann der Verrasser den unangbaren Schmerz der Eltern dieses jungen Menschen erfassen? Oder glaubt man etwa, weil es Italiener sind, deshalb wäre der Schmerz nicht vorhanden oder nicht so groß? Wir find von den Arbeitgebern und deren Presse schon sehr viel gewöhnt, halten uns aber doch für verpflichtet, derartige Ausfalsungen als das zu bezeichnen, was sie sind: als den Ausdruck einer niedrigen, nur vom nacktesten Eigennutz und von der Mißachtung gegen die Arbeiterklasse diktierten Gesinnung.

Curhaven. Am 29. März führte unser Stollge-
hilfmann im Treppenhause eines Neubaus, wo er mit
Buben beschäftigt war, 8 m tief ab und erlitt Ver-
letzungen an einer Hand und an den Knien. Das Treppen-
haus war in der ganzen Höhe nicht abgedeckt. An dem be-
treffenden Bau lassen die Gerüste überhaupt viel zu wünschen
übrig, obwohl der Unternehmer noch bei uns organisiert ist
und auch nur organisierte Leute auf dem Bau hat. Rüstlich
hatte man eine Leitplanke nur mit wenigen Nägeln befestigt,
ohne Stangen darunter zu setzen. Es ist jetzt bedauerlich,
daß die Kollegen nicht den Mut finden, von dem Unter-
nehmer mehr Muthat auf ihren Schutz zu fordern. Solche
Rechte müssen gefordert werden, auch von Unternehmern,
die unserer Organisation angehören. Wenn diese Unter-
nehmer vielleicht glauben, daß sie die Zugehörigkeit zu unserm
Verband von der Verpfändung, anständiger Gerüste zu bauen,
entbindet, dann irren sie sehr.

31. März führte der Maurer Karl Wulff, vom Appen an der früheren Seidenspinnerei beschäftigt, von der zweiten Etage, ungefähr 7½ m, herab. Der herbeigerufene Arzt ordnete sofort die Ueberführung ins städtische Krankenhaus an. Der Beobachtereuerte trug einen Schiffsleibensbrü und einige Rippenbrüche davon. Auch ein Arbeitsnagel wurde mit herabgerissen, konnte sich aber glücklicherweise am nächsten Gerüst festhalten. Der Unglücksfall geschah dadurch, daß das Brett, auf dem der Abseiger stand, infolge einer Apssele mitten entwei brach. Das Gerüst bestand aus Rüstleitern, die ungefähr 3 m voneinander entfernt standen. Da die Arbeitsstelle gegenüber dem Gaus des Meistes lag, so war es nicht notwendig, einen Polier anzustellen; die Kollegen waren sich daher selber überlassen.

Wessbaden. Am Neubau der Turnerschaft in der Schwalbacherstraße, ausführender Unternehmer Maurermeister Hühns, stützte am 31. März der Tagelöhner Christmann hier aus einer Höhe von 6 m in eine Kojlergrube. Erheblich verletzt wurde Christmann durch den Sanitätswagen ins Krankenhaus gebracht. Noch im Laufe des Tages ist er durch seinen Verletzungen erlegen. Die Ursache des Unfalles ist, wie immer, in mangelhaftem Gerüstbau und im Fehlen eines vorsichtsmäßigen Eingeweihten zu suchen.

* Die Firma Rodwan & Kruener hat ihren Gründer und Leitenden Kopf, Hermann Kruener, durch den Tod verloren. Kruener ist nur 37 Jahre alt geworden. Er hat als Bureauangestellter seine Laufbahn begonnen, gründete dann

ein Studegeschäft, aus dem sich später das größte oder doch eins der größten Unternehmen entwickelte, die wir im Baugewerbe haben. Anzumer war ein Geschäftsmann im modernen Sinne des Wortes, ein Kind unserer Zeit der Großbetriebe und der unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten, ein Kind dieser Zeit und ihr Typ: weit ausgreifend mit seinen Plänen und rücksichtslos in ihrer Durchführung. Natürlich war er auch ein harter Gegner der Arbeiterbewegung und ihrer Bestrebungen; bei dem Berliner Kampfbewegung und ihrer Bestrebungen; bei dem Berliner Kampf im Jahre 1907 stand er unter den ausstreichenden Unternehmern an erster Stelle.

Bautätigkeit in Berlin. Die Baufirma Kurt Bernbs in Berlin hat in diesem Jahre folgende Bauten aus: Wilmstraße 6, Wohnhaus 1. 195 000, Wilmstraße 69, 84 000, Friedrichstraße 181, 100 000, Frobenstraße 34/65, 400 000, Maybachstraße 48/51, jetzt 1. 800 000, Rodeckstraße 112, 1. 1 200 000, Wehrstraße 4, 800 000, Wegstraße 7, 622 500, Brenzlauer Allee 38, 1. 600 000, Finkenstraße 7, 18 500, Colonnenstraße 57/58, 445 000, Friedrichstraße 56/57, 1. 502 500. Es scheint aber nicht fünf bis sechs Projekte, die noch nicht fertig, jedoch dem Abschluss nahe sind. Leider kann man trotz dieser großen Bauaufträge bei nur einer Firma noch keineswegs den guten Bauausführer für Berlin reden. Wahrscheinlich der Arbeitsmarkt in Berlin noch immer sehr gedrückt.

Der Wohnungsberein in München hat in den letzten Jahren eine rege Tätigkeit entwickelt, um der herrschenden Wohnungsmangel zu steuern. Am 1. April waren fünf Einfamilienhäuser bezugsfertig; am 1. Juli d. J. sollen weitere zwölf Einfamilienhäuser bezugsfertig sein. Im Giesing hat der Verein ein größeres Grundstück erworben, auf dem acht Kleinfhäuser und zwei größere Häuser errichtet werden sollen, während man an der Althausstraße den Bau von vier Kleinhäusern plant. An der Dachauertstraße hat der Verein ein großes Grundstück gekauft, auf dem er 200 bis 300 Kleinwohnungen zu erbauen gedenkt. Die hier als Kleinwohnungen genannten Wohnungen enthalten alle zwei bis vier Zimmer, wobei besonders auf große, helle Schlafzimmern und auf Badegelegenheit gesehen wird. Die Miete schwankt zwischen 8 10 und 11 pro Zimmer und Monat. Wir Bauarbeiter können uns über die Tätigkeit solcher Bauvereine nur freuen, denn abgesehen davon, daß hier auf eine bessere Ausfüllung der Arbeit gesehen wird als bei der privaten Spekulation, und daß überhaupt die Profitmacherei dabei weniger mißbräuchlich, bilden diese Bauvereine die ersten schwachen Anfänge zu einer Regelung der Bauproduktion, wobei das Bedürfnis und nicht das Erwerbsinteresse einzelner Kapitalisten entscheidet. Andererseits ist das Bestreben der Bauvereine, gute, gesunde Wohnungen für die breite Masse des Volkes zu schaffen, von großem Segen für die Volksgesundheit. Von dem Münchener Verein wird noch berichtet, daß er mit Rücksicht darauf, daß von der gemeinnützigen wie der privaten Bau-tätigkeit mit der Zeit dieelsicht die akute Wohnungsmangel in München behoben werden kann, eine dauernde und auch für künftige Generationen wirksame Verbesserung der Wohnverhältnisse aber schwerlich durch die jetzt geplanten Maßnahmen durchzuführen ist, beabsichtigt, entsprechend dem in Nürnberg, Dresden und andern Städten geschaffenen Vorbild, in nächster Zeit die Vorarbeiten zur Gründung einer großen, alle Kreise der Bevölkerung umfassenden gemeinnützigen Organisation für Schaffung einer Gartenstadt in nächster Umgebung Münchens ins Werk zu setzen.

• Für die Erhaltung des Strohdaches beginnt man, sich jetzt ernstlich zu interessieren. Das Strohdach ist bekanntlich ein Feuergefahrthier wegen von den Bauordnungen verpönt, so daß es eigentlich bald ganz verschwinden würde, wenn man nicht Mittel fände, es fruchtbar zu machen. Die Vorfürze des Strohdaches besteht hauptsächlich darin, daß es das Haus im Sommer küßt und im Winter warm hält. Außerdem mag es für ländliche Gegenden auch wohl billiger sein als das Ziegeldach. Besonders haben sich Maler und andre Künstler und Kunstfreunde für das Strohdach eingelegt. Anscheinend daß ihr Streben Erfolg, denn man hat ein Verfahren erfunden, womit man die Strobedeckung feuerfest machen kann. Es besteht darin, daß man das Stroh mit einer Flüssigkeit tränkt. Bei mehreren Proben hat sich das Verfahren vollumfänglich bewährt. Nun sind die Interessenten bemüht, bei den Behörden die Aufhebung der gegen das Strohdach gerichteten Verordnungen zu bewirken. Im preussischen Landtage hat kürzlich der Abgeordnete Bahrenhorst eine Lange dafür gebrochen. Der Minister versprach, sich die Sache zu überlegen.

Aus Unternehmerkreisen.

* Die zehnte Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat, wie geplant, in Cassel stattgefunden. Von seinen Beschlüssen ist durch die Tageszeitungen näheres bekannt geworden. Wir sind in der Lage, einem ausführlichen Bericht darüber bringen zu können, mit dessen Abdruck wir in der nächsten Nummer beginnen.

Neutralisation der Unternehmensorganisationen. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ veröffentlicht in ihrer Nr. 11 folgenden zwischen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände abgeschlossenen Kartellvertrag:

§ 1. Die Vertragsschließenden betrauten es als ihre oberste gemeinsame Aufgabe, den Zusammenhang der Arbeitgeber zu Arbeitgebern und zu Arbeitnehmern zu diesem Behufe in Wirtschaftsvereinen aufzulaufen und werden auch fünftig von Veränderungen im Mitgliedsbestande dem anderen Teil sofort Nachricht geben. Sie werden ferner jeden direkten Verkehr der einen Centrale (Hauptstelle oder Verein Deutscher Arbeitgebeverbände) mit den Mitgliedsvereinen der anderen unterlassen und auf ihre Mitglieder im Sinne der fruchtbarsten Lösung gemeinsamer Aufgaben hinwirken.

§ 2. Die Vertragsschließenden verpflichten sich gegenseitig, darauf hinarbeiten,

daß freitende oder ausgesperrte Arbeiter während der Dauer der Bewegung in den Betrieben der angeschlossenen Mitglieder keine Beschäftigung finden. Eine Nachprüfung über die Berechtigung des Auslasses oder der Aussperrung findet nicht statt, wenn erklärt wird, daß eine solche Prüfung ordnungsgemäß vorgenommen ist.

§ 3. Als wichtige Aufgabe betrachten die Vertragsschließenden weiter die gemeinsame Förderung der Arbeiter nach wie der Arbeitgeber, und zwar sowohl in den Fachverbänden als auch in den gemischten Verbänden. Die jährlichen Arbeitsschlichtungskonferenzen sollen in Zukunft gemeinsam abgehalten werden.

§ 4. Die Vertragsschließenden suchen den ferneren gemeinsamen zu fördern: den Schutz der Arbeitstätigen sowie die Durchführung der Streikmaßnahmen.

Die Frage, ob und inwieweit ein Zusammenarbeiten der beiderseitigen Streitverhandlungsstellen erreichbar ist, bleibt den hierfür bestehenden besonderen Organen der Vertragsschließenden zur Entscheidung überlassen.

§ 5. Sofern im einzelnen Falle den von Streit, Boykott oder Aussperrung betroffenen Arbeitgebern über den Rahmen des § 2 hinaus Hilfe geleistet werden soll, bleibt die Entscheidung hierüber den beiderseitigen Organen von Fall zu Fall vorbehalten.

§ 6. Zur dauernden Aufrechterhaltung der Fühlung zwischen den beiden Zentren wird ein ständiger Kartellauschuss eingeleitet, in welchen von jeder Seite fünf Mitglieder entsandt werden. Der Kartellauschuss ist lediglich eine beratende Stelle und tritt nach Bedarf zusammen. Im folgenden Fragen soll der Kartellauschuss um Begutachtung ersucht werden:

1. Wenn Hilfe über den Rahmen des im § 2 ausgesprochenen Verpflichtung hinaus in Anspruch genommen wird (§ 5);
2. wenn Meinungsverschiedenheiten auf Grund dieses Vertrages zwischen den vertraglichen Teilen ausgetauscht sind;
3. wenn gemeinsame Maßnahmen zur Wahrung der allgemeinen Arbeitgeberinteressen ergriffen werden sollen.

Die Leitung der Verhandlungen und demgemäß auch die Einberufung des Kartellauschusses liegt abwechselnd in den Händen der vertraglichen Teile.

§ 7. Das Kartell erhebt keine Beiträge; jede Zentrale übernimmt die auf sie fallenden Ausgaben.

Berlin, 9. März 1909.

Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände.

Der Vorsitzende: (gez.) Roeder.

Berein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Der Vorsitzende: (gez.) Sedemann.

Das „Korrespondenzblatt“ schreibt dazu:

„Damit ist zweifellos ein wichtiger Schritt zur Zentralisation der deutschen Unternehmerorganisationen getan. Ueber die Aufgaben dieser Zentralisation läßt der Kartellvertrag keinerlei Zweifel offen. Der Austausch der Mitgliederlisten soll zunächst ein schnelles Vorgehen im Sinne des § 2 ermöglichen. Dieser Paragraph bestimmt, daß freitende oder ausgesperrte Arbeiter in den Betrieben der angeschlossenen Mitglieder keine Beschäftigung finden dürfen. Damit wird für die Arbeiter faktisch der § 152 der Gewerbeordnung innerhalb des Machtbereiches der beiden größten Organisationsgruppen des deutschen Unternehmertums ausgeschaltet. Der Arbeitsstellenmarkt folgt der schwarzen Röhre, die an sämtliche organisierten Unternehmer auf Grund der ausgeschalteten Mitgliederlisten sofort versendet wird.“

Der § 5 zeigt vollends, in welcher Richtung die Kampfstärke der deutschen Unternehmerverbände sich in der Folge entwickeln wird. Als Hilfe, die „im einzelnen Falle den von Streit, Boykott oder Aussperrung betroffenen Arbeitgebern über den Rahmen des § 2 hinaus“ geleistet werden soll, kann in erster Linie nur die Sympathieaussperrung in Frage kommen. Nicht nur die im Eingefalle freitenden oder ausgesperrten Arbeiter sollen dauernd brotlos gemacht werden, sondern die Aussperrungen selbst sollen eine erhebliche Erweiterung erfahren. Man hat damit das bisherige Prinzip, die Aussperrungen auf einzelne Verufe resp. Industrieweise zu beschränken, aufgegeben, und man will für die Folge darüber hinaus Generalaussperrungen sämtlicher bei organisierten Unternehmern, die dem Kartellvertrage angeschlossen sind, beschäftigten Arbeiter vorsehen.

Das ist die wahre Natur dieser Vertragsbestimmung. Ob die Macht der Unternehmerführer schon heute soweit reicht, um derartige Aussperrungen durchzuführen, ist eine andere Frage, die uns indes zunächst weniger interessiert. Die Gewerkschaften werden nicht erst abwarten, bis die Unternehmer sich soweit gerüstet haben, daß sie diese Erweiterung der Aussperrungsmittel durchführen können, sondern sie werden sich ausgereizt vorbereiten, auch diese Schritte aufzunehmen.

Indirekt liegt in dieser Vertragsbestimmung jedoch die Anerkennung der führenden Geister im Unternehmertum, daß ihre bisherige Aussperrungsmacht die Erfolge nicht gehabt hat, die sie erwartet hatten und die der breiteren Öffentlichkeit aufzuweisen gesucht wurde. Sie setzen sich jetzt schon dazu genötigt, schärfere Kampfmittel ins Auge zu fassen. Der Kartellvertrag von 1904 sah im wesentlichen nur folgende Punkte vor: Schutz der Arbeitstätigen, Ausschaltung der Arbeitsschlichtung, Durchführung der Streikmaßnahmen. Mit diesem Programm ist man indes nicht weit gekommen. Die Gewerkschaften haben sich seitdem kräftig entwickelt; nicht nur ihre Mitgliederzahl, sondern vor allem ihre Kampfes- und Leistungsfähigkeit hat eine günstige Entwicklung aufzuweisen. Dem wollen nun die beiden großen Unternehmerorganisationen durch Erweiterung der Aussperrungsmittel entgegenreten.

Dieser Kartellvertrag stellt also eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland in Aussicht. Die Gewerkschaften werden aber auch mit dieser schärferen Waffe der Unternehmer fertig werden.“

Wir erinnern daran, daß sich unsere Unternehmer auf ihrer bevorstehenden Generalversammlung damit beschäftigen werden, ob sie sich dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände anschließen. Für den Fall, daß sie sich für den Anschluß

entscheiden, sind auch die baugewerblichen Arbeiter sehr stark an diesem Zusammenschluß der beiden größten Schlichtungszentren interessiert.

Gewerkschaftliches.

* Der Bund der technisch-industriellen Beamten, gegen den sich im vorigen Jahre der unter dem Namen Gehälterrat bekannte Vorstoß der bayerischen Metallindustriellen richtete, hat im Jahre 1908 sehr gute Fortschritte gemacht. Sein Mitgliederbestand ist um 2244 Mitglieder und 632 Hospitanten (Studierende) gewachsen, so daß sich für Ende 1908 eine Gesamtzahl von 13 002 Mitgliedern und 786 Hospitanten ergibt. Daß der Bund trotz des oben erwähnten Angriffes, der ihn zur Erhebung einer Extrasteuer von 6 pro Mitglied nötigte, und trotz der allgemeinen Wirtschaftskrisis eine so günstige Entwicklung genommen hat, darf wohl als ein gutes Zeichen für seine Zukunftsaussichten angesehen werden. Während der Bund Ende 1907 an 112 Orten mit 77 Ortsgruppen und 25 Abteilungen vertreten war, zählte er am Ende des Vorjahres 160 Verwaltungstellen. Die größte Verwaltungsstelle ist nach wie vor Berlin mit 3347 Mitgliedern. Diese Ortsgruppe hatte im Berichtsjahre eine schwere innere Krise durchzustampfen; ihre günstige Entwicklung — eingetreten sind 950, ausgetreten 684 Mitglieder — zeigt, daß sie den Konflikt gut überstanden hat. Das Vermögen des Bundes betrug circa 200 000. Als charakteristisches Zeichen für die wirtschaftliche Konjunktur des Jahres 1908 kann man die Tatsache ansehen, daß der Bund für Unterstützung von Stellunglosen nicht weniger als 35 445,50 an 368 Stellunglose ausgezahlt hat. Bezeichnend für die ungünstige rechtliche Lage der Privatangestellten ist es auch, daß der Rechtschutz des Bundes im Berichtsjahre einen Aufwand von 14 000 erforderte. Es wurden im Laufe des Jahres 123 Prozesse geführt; die Summe der erstrittenen Gehälter betrug 24 376, die Zahl der erstrittenen Pensionen 21, die erteilten Rechtsauskünfte beliefen sich auf 1500.

Eingegangene Schriften.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag. Von der unter diesem Titel erscheinenden Broschüre ist jetzt Heft 4. Die Tätigkeit des Deutschen Reichstages von 1887—1889 im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erschienen. Preis M. 1.

Vorher sind schon herausgegeben worden als 1. Heft der Bericht für die Zeit von 1871—1874; als 2. Heft der Bericht für 1874—1876. Das 3. Heft enthält die sozialdemokratischen Wahlversuche zu den Reichstagswahlen der Jahre 1881, 1884, 1887. Ein in Kürze erscheinendes fünftes Heft wird den Bericht für 1889—1892 bringen. Die einzelnen Lieferungen sind so geordnet, daß sie zu einem Bande vereinigt werden können. Jeder Genosse, der sich für die parlamentarische Tätigkeit interessiert, wird aus diesen Heften reiche Belehrung schöpfen.

Die Erziehung zum Volkseifer. Von J. Chr. Pfäffe, Verlag der „Völk“, Berlin-Schöneberg, 48 Seiten, modern kartoniert 60 ϕ . Der Verfasser nimmt in seinem Buche die auch von der Sozialdemokratie erhobene Forderung von der Erziehung der Jugend zur Wehrfähigkeit auf und entwickelt einen detaillierten Plan, wie sie zu verwirklichen sei. Er fordert eine Rekrutenprüfung auf körperliche und geistige Ausbildung und für die, die sie bestanden, die einjährige Dienstzeit im Heere. Von dieser Einjährig-Verpflichtung sei eine Umwandlung des heutigen Heeres in ein wirkliches Volkseifer und außerdem eine große Erparnis. Das Buch liest sich recht interessant.

Von den Heften „Die Volkseifer“, herausgegeben vom Bildungsanschuß der sozialdemokratischen Partei, ist neu erschienen die Einführung zu Heft 1, „Die Volkseifer“. Diese Hefte haben den Zweck, dem Arbeiter das Verständnis für die Kunst der Wähe zu erleichtern, ihm in gedrängter Kürze in den Geist des betreffenden Stückes einzuführen. Die einzelnen Nummern kosten 10 ϕ und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Jungblut, Handwerkslieder, Wanderlieder und Volkslieder für frohliche Leute vom Volke gesammelt und herausgegeben von August Winnig. 104 Seiten. Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Muer & Co., Hamburg, Fehlandstraße 11. Preis gebunden 60 ϕ . Gegen Einsendung von 60 ϕ in deutschen Briefmarken zu beziehen vom Verlag.

Briefkasten.

B. 50. Du mußt Klage auf Auszahlung der fehlenden Summe erheben; wenn dort kein Gewerbegericht besteht, dann beim Amtsgericht. Du mußt jedoch zeigen, daß du bittest, daß wirklich nicht mehr als der angegebene Betrag in der Zeile war. Ueber den Ausgang der Sache erbiten wir uns Mitteilung.

R. 2. in D. Da wir zu jener Vankgeschäft keine Beziehungen haben, so können wir keine sichere Auskunft geben. Aber wir raten Dir doch zur Vorsicht. Am Ende mußt Du ja selbst sehen können, ob es noch Wert hat oder nicht.

Hob. 61. in B. Wir haben bisher noch keine Zeit dazu gefunden, um uns mit jenem Anruf gründlich zu befassen und können auch nicht versprechen, ob es uns bald möglich sein wird.

Anzeigen.

Angelagen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Ed. Pöhlend, geb. 18. April 1881 zu Plauen i. V., sein genaue Adresse angegeben, um Gelder aus dem Kontos Langmaack zu empfangen.
[M. 1,50] Max Eckstein, Kontorsverwalter, Kiel.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileide 16 ϕ .)

Münchburg. Am 31. März starb unser Kollege Xaver Huber von Göggingen im Alter von 84 Jahren an Lungenschwund.

Berlin. Am 30. März starb unser Mitglied August Sachs im Alter von 57 Jahren an Nierena. Am 29. März starb unser Verbandsmittel Georg Friesenbahn im Alter von 32 Jahren an Lungenschwund.

(Sektion der Reger.) Am 25. März starb unser Mitglied Wilh. Fathke; am 26. März das Mitglied Oswald Wanderlich an Herzkrankheit und das Mitglied Friedrich Erdmann an Lungenschwund.

Bamberg. Am 28. März starb unser Verbandskollege Wilhelm Standke im Alter von 49 Jahren an Herzschlag.

Göth. Am 28. März starb das Mitglied Jakob Konz in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt zu Bonn im Alter von 53 Jahren.

Grimmshaus. Am 29. März starb der Verbandskollege Ferdinand Otto im Alter von 64 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Frankfurt a. M. Dauborn. Am 21. März starb nach langem, schweren Leiden unser treuer Verbandskollege Karl August Lenkel im Alter von 38 Jahren an Malaria.

Sammer. Am 27. März starb nach langem Leiden unser Kollege Georg Othmer aus Springe im Alter von 19 Jahren an der Prostatenkrankheit.

Leipzig. Am 2. April starb unser Kollege Karl Liebmann im Alter von 69 Jahren an Infark.

Mainz. Am 31. März starb unser Kollege Jakob Stamm im Alter von 32 Jahren an Herzleiden.

München. Am 26. März starb unser treuer Mitglied Karl Huber, Mitbegründer unseres Zweigvereins, nach kurzer Krankheit im Alter von 68 Jahren an Lungenschwund.

Posen. Am 24. März starb unser treuer Mitglied Anton Dachtler im Alter von 36 Jahren an Bauch- und Nierenleiden.

Soran. Am 29. März starb unser Kollege Wilhelm Schulz im Alter von 39 Jahren an Lungenschwund.

Ehre ihren Andenken!

Adressen-Veränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Berichterstatter, H Herberge, R Rekrutenprüfung wird ausgeführt bei)

Münchburg. K. Richard Strauß, Mühlens-S. Jakob Nr. 187.
Waldenberg. K. August Busse, Schulstr. 15. Beiträge werden jeden Sonntag nach dem 1. und 15. eingekommen.

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 11. April, 1. Osterfesttag.

Nebra. Nachm. 2½ Uhr im „Waldhof zur Burg“. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Montag, den 12. April, 2. Osterfesttag.

Würzburg. 8. Remeniere und Alphonse. Nachm. 10 Uhr in der Betonarbeiterversammlung. Tagesordnung.

Dienstag, den 13. April.

Kolzig. Nachm. 1½ Uhr bei Herrn Fabiane, Grünwald. Referent: Gauvorsprecher Knapf, Wörlitz. Mitgliedsbücher mitbringen.

Mittwoch, den 14. April.

Coblenz. Abends gleich Feierabend im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung. Wähler mitbringen.

Donnerstag, den 15. April.

Grünberg i. Schl. Abends 6½ Uhr in Wörlitz Lokal.

Sonntag, den 17. April.

Aken. Abends 6½ Uhr in der Herberge zur Heimat.

Brieg. Abends 6 Uhr bei Hoffmann, Fischerstraße. Wichtige Tagesordnung. Abends 8½ Uhr bei Aug. Rinn. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 18. April.

Gr.-Neuendorf. Nachm. 4 Uhr bei Sporn.

Längewitzendorf. Nachm. 3 Uhr bei Aug. Stalk. Wichtige Tagesordnung. Wichtige Tagesordnung. Wichtige Tagesordnung.

Neugersdorf. Nachm. 3 Uhr im „Hofen Bismarck“. Tagesordnung. Wichtige Tagesordnung. Wichtige Tagesordnung.

Neuhardenberg. Nachm. 2 Uhr bei Köppling. Mitgliedsbücher mitbringen.

Oppeln. Nachm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Minowitzerstr. 8.

Würzburg. Nachm. 10 Uhr im „Hofen“. Wichtige Tagesordnung.

Zentralrentenkasse der Maurer usw.

Montag, den 12. April, 2. Osterfesttag.

Aarhorst b. Driesen. Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt Densle in Aarhorst.

Würzburg. Nachm. 9 Uhr in der „Herberge“. (Gemeinschaft). Tagesordnung.

Sonntag, den 18. April.

Gr.-Neuendorf. Nachm. 4 Uhr bei Sporn.

Spandau. Nachm. 10 Uhr bei Göttsch, Schmalzbergstr. 80. Tagesordnung. Wichtige Tagesordnung. Wichtige Tagesordnung.